PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Ochsenhorn 6 – Auflage: 44 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW, Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, Kto-Nr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 1. April 1975 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

3. April 1975 Jg. 3 Nr. 13 50 Pfennig

Die Völker von Vietnam und Kambodscha erringen den Sieg !



Der Aufruhr in den Städten bricht los. Mittelschüler protestieren in Saigon gegen die Herabsetzung des Aushebungsalters auf 17 Jahre. Sie wollen nicht für eine ungerechte Sache kämpfen.

US-Imperialisten in Katastrophenstimmung
Die Bundesregierung unterstüzt das Thieu-Regime bei der Zwangsevakuierung

"Das Ende Südvietnams ist kolossal plötzlich gekommen. Es ist, als ob Südvietnam nur noch ein Kartenhaus gewesen ist." Mit diesen Worten kommentierte ein Frankfurter Rundfunksprecher die Nachricht von der Befreiung der südvietnamesischen Küstenstädte Qui Non, Tuy Hoa und Nha Trang durch die Volksbefreiungsstreitkräfte, die nun fast ganz Südvietnam außerhalb der Hauptstadt Saigon kontrollieren. Schon einige Tage vorher, als Da Nang in die Hände der Volksbefreiungsstreitkräfte gefallen war, sprach der US-Präsident Ford von *"einer ungeheuren menschlichen Tragödie, die für die gesamte zivilisierte Menschheit beunruhigend ist"*. Mit Sicherheit ist die Beunruhigung dieses Vertreters der *"zivilisierten Menschheit"* inzwischen noch größer geworden. Die bisher von ihm ausgehaltene Marionette Lon Nol in Phnom Penh hat mit Sack und Pack Kambodscha verlassen müssen. Die letzte Hafenstadt des Lon-Nol-Regimes am Me-
Hafenstadt des Lon-Nol-Regimes am Me-
kong, die Stadt Neak Luong, ist von Einheiten des Roten Khmer erstürmt worden, und die zweitgrößte Stadt Kambodschas, Battambang, ist ebenfalls befreit.

Jede Niederlage der Imperialisten ...

Als Tag für Tag amerikanische B 52 ihre Bomben auf Städte und Dörfer abluden, war bei der US-Regierung keine Rede von Beunruhigung der zivilisierten Menschheit. Und als amerikanische Soldaten in Südvietnam landeten und Massaker veranstalteten, war bei dieser Regierung auch keine Rede von einer *"ungeheuren menschlichen Tragödie"*. In Tragödienstimmung gerieten diese Vertreter der zivilisierten Menschheit erst, als die amerikanischen Soldaten nicht vorankamen, sondern Niederlagen erlitten, die ihnen das vietnamesische Volk und das kambodschanische Volk zufügten. Und so ist die Lage auch jetzt wieder:

Der US-Imperialismus gerät in Tragödienstimmung, weil es mit seinen Marionetten in Südostasien zu Ende geht und der Kampf der Völker siegreich ist.

... ist ein Sieg für die Völker

Für die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland besteht zu solcher Trauer- und Katastrophenstimmung, welche die Imperialisten gegenwärtig befällt, kein Anlaß. Verloren wurden diese Länder von den Imperialisten, also von denselben Leuten, die in den kapitalistischen Ländern die Arbeiter ausbeuten und dem Volk im Nacken sitzen. Gewonnen werden sie von den Arbeitern und Bauern, von dem Volk von Kambodscha und Vietnam, die jahrelang im Kampf schon ausharren.

Wenn daher in den bürgerlichen Zeitungen und in den Nachrichtensendungen von der "verzweifelten Lage in Vietnam" die Rede ist, dann bedeutet das vom Standpunkt der Arbeiterklasse und des Volkes hier und in Vietnam: *"ausgezeichnete Lage"*. Wenn es heißt: *"Da Nang gefallen"*, dann bedeutet es für die Ausgebeuteten und Unterdrückten in der ganzen Welt, daß Da Nang befreit ist. Wenn man lesen kann, daß *"Thieus 'Elitetruppen' versagt"* hätten, dann heißt es, daß ein wichtiges Instrument zur Unterdrückung ausgefallen ist.

Diese Erkenntnis muß unterdrückt werden. Und so schreibt denn die Bild-Zeitung: *"Drei haben gewonnen (nämlich Sihanouk, Le Duc Tho und General Giap), drei haben verloren (nämlich Kissinger, Lon Nol und Thieu) ... und die Völker leiden und weinen."* Vergessen werden soll, warum ein Volk, das um seine Befreiung kämpft, so viel leiden muß und wer ihm das Leid antut.

Die Wahrheit kommt ans Licht

Denn es läßt sich nicht mehr länger verbergen, wer für das Flüchtlingselend verantwortlich ist, über das jetzt überall zu lesen ist. In den Fernsehnachrichten war am 1. April zu hören, südvietnamesische Bauern hätten berichtet, daß sie ihre Dörfer auf Befehl der südvietnamesischen Armee verlassen mußten. Und über die Brutalität der Thieu-Soldaten werden ebenfalls die ersten Nachrichten herausgelassen: Von einer Marine-Eliteeinheit war zu hören, die auf ihren Schiffen die Evakuierten beraubt, vergewaltigt und ermordet hätte. Das Leiden der Völker ist genau bestimmbar: Es sind ihre Ausbeuter und Peiniger, die in Südvietnam und Kambodscha zugleich im Dienste des US-Imperialismus stehen.

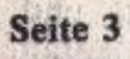
Schluß mit der Einmischung der Imperialisten!

Präsident Ford hat die Bekundung seiner Beunruhigung über die *"menschliche Tragödie"* sofort dadurch unterstützt, daß er Landungsschiffe in die vietnamesischen Küstengewässer in Marsch gesetzt hat. Sie sollen dem Thieu-Regime helfen, die Zwangsevakuierten abzutransportieren in den inneren Ring der Hauptstadt, wo sie noch als Soldaten gepreßt werden können. Daran mangelt es dem Thieu-Regime. In Saigon fanden Protestdemonstrationen von Schülern statt, die jetzt mit 17 Jahren schon eingezogen werden sollen.

An diesen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten durch Entsendung von Schiffen zum Abtransport der Zwangsevakuierten beteiligt sich auch die Bundesregierung. Sie hat zwei westdeutsche Handelsschiffe verpflichtet, die südvietnamesische Küste anzulaufen, d.h. in die Hoheitsgewässer der Provisorischen Revolutionären Regierung, und dem Thieu-Regime beim Abtransport der Zwangsevakuierten zu helfen. Das ist keine Flüchtlingshilfe, sondern direkte Unterstützung einer kriegführenden Partei, und zwar derjenigen, die im Dienste der Imperialisten das Volk unterdrückt. Sie trägt zur Verlängerung des Krieges bei. Dem muß entgegengetreten werden. Und ebenso muß man entgegentreten den Aufrufen zu humanitärer Hilfeleistung, die jetzt von der Bundesregierung und verschiedenen Verbänden losgelassen werden. Diese Hilfe wird ebenfalls an das Thieu-Regime fließen. Hilfe ist mit Sicherheit nötig, gerade auch dann, wenn der Sieg nahe ist. Aber die Arbeiter und Bauern in Vietnam brauchen Hilfe, nicht das Thieu-Regime. Und diese Hilfe kann ihnen nur zufließen über die Provisorische Revolutionäre Regierung, die ihren Befreiungskampf leitet und für eine gerechte Sache ficht.

W.M.

Spendenkonto Kambodscha: Nr. 437 50 93
Spendenkonto Vietnam: Nr. 13o 24 50
H. Leberl, Bezirkssparkasse Heidelberg





Kämpfer der Volksbefreiungsarmee schreiten voran



Der Sturm auf die Zitadelle von Hue ist gelungen. Heute weht wieder die Fahne der Provisorischen Revolutionären Regierung von Südvietnam über der Stadt.

UdSSR muss GRUNK anerkennen

Am kompromißlosen Standpunkt der GRUNK scheitern die Pläne der US-Imperialisten und der Sozialimperialisten

Nachdem mit Lon Nol auch Long Boret, der Ministerpräsident der sogenannten Regierung Kambodschas, das Land verlassen hat, befinden sich nunmehr alle sieben vom zweiten kambodschanischen Nationalkongreß zum Tode verurteilten Verräter auf dem Weg zu ihren millionenschweren Kriegsgewinnen in Europa und Amerika.

Sosthene Fernandez und Cheng Heng, zwei andere Minister aus dem Marionettenkabinett, sind in Paris eingetroffen, wo ihnen die "befreundete französische Regierung" gleich einen Fernsehauftritt bescherte.

Vorige Woche hat nun auch die Sowjetunion ihre Beziehungen zum Lon-Nol-Regime völlig abgebrochen. Bis jetzt hofften die Sozialimperialisten, daß die GRUNK und FUNK zu einer Verhandlungslösung mit dem US-Imperialismus gezwungen werden könnten, bei der sie dann als zweite Supermacht ins Geschäft kommen könnten. Diese Hoffnung haben sie erst angesichts der Flucht des bisherigen Marionettenkabinetts aufgegeben.

Allerdings bedeutet dessen Abgang nicht, daß der US-Imperialismus aufgibt. Die Flucht Lon Nols wird dazu benutzt, erneut Hoffnungen auf eine Verhandlungslösung zu schüren, um Zeit für weitere Verwüstungen und weitere Völkermordaktionen zu gewinnen.

Von den 3 000 US-Beratern, mit denen die US-Regierung den Krieg führt, hat keiner das Land verlassen.

Die GRUNK hat demgegenüber unmißverständlich ihren Standpunkt wiederholt: Auch mit den Nachfolgern Lon Nols wird es keine Verhandlungen geben. Der Krieg ist in dem Augenblick beendet, in dem der US-Imperialismus gezwungen ist, seine Einmischung einzustellen, und bis dahin wird das kambodschanische Volk seinen Kampf kompromißlos fortsetzen.

H.L.

Warum Propagierung von Gewalt verboten wird?

Der bürgerliche Staat sichert sein Gewaltmonopol durch Redeverbot

Nach der Bundestagsdebatte über die "Innere Sicherheit" soll jetzt noch vor der Sommerpause eine Verschärfung des Gesetzes zur "Inneren Sicherheit" im Bundestag durchgezogen werden. Dazu liegen drei Entwürfe vor: *"Der Gesetzentwurf zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens"* vom Bundesrat und fast gleichlautend von der CDU/CSU-Fraktion des Bundestags und der *"Entwurf eines 13.Strafrechtsänderungs- Gesetzes"* von der SPD/FDP-Regierung.

Nach dem Entwurf des Bundesrates soll mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden, wer *"Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen androht oder wider besseren Wissens vortäuscht, eine solche Straftat sei geplant oder befinde sich in Ausführung"* (§ 126.6). Auf die *"Propagierung der Gewalt"* bezieht sich auch der § 126 des Regierungsentwurfs, allerdings in juristisch versteckterer Form. In der Begründung dazu heißt es: *"Eine Gewalttätigkeit wird befürwortet, wenn diese als begrüßenswert oder nur als notwendig oder unvermeidbar dargestellt wird."* Diese Paragraphen lassen sich anwenden auf die Bauplatzbesetzung in Wyhl oder zustimmende Berichte darüber, auf die Besetzung von Straßenbahnschienen bei Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen, aber auch auf die Bewegung gegen den § 218, die Unterstützung antiimperialistischer Kämpfe und natürlich auf spontane Streiks.

Bisher ist es der Bourgeoisie nicht gelungen, die demokratischen Kämpfe des Volkes einzudämmen, im Gegenteil, diese Kämpfe haben sich immer breiter entfaltet. Neben dem Ausbau des Bundesgrenzschutzes, des Verfassungsschutzes usw. versucht die Bourgeoisie jetzt, ihre Gesetze weiterhin zu verschärfen, um ein noch härteres Vorgehen gegen das Volk juristisch abzusichern.

Das bezieht sich auch schon auf *"theoretisiertes Eintreten"* für Gewalt. So heißt es in § 130a des Bundesratsentwurfs: *"(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) eine der in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Taten oder Gewalttätigkeiten gegen Menschen und Sachen oder Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit fordert oder befürwortet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist.*

(2) Ebenso wird bestraft, wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) eine Anleitung zur Begehung einer der in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat oder zu Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder zu Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit gibt und sich dafür einsetzt, daß eine solche Handlung begangen wird."

Und in § 140: *"Wer eine der in § 126 Abs. 1 oder § 138 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Taten belohnt oder in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) billigt, nachdem sie begangen oder ihre Begehung versucht worden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist."*

Danach kann jeder bestraft werden, der auf Versammlungen oder ähnlichem, z.B. Besetzungen (wie jetzt in Wyhl) billigt. Das bedeutet eine massive Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit.

Mit diesen Entwürfen will die Bourgeoisie die Unterdrückung der demokratischen Kräfte in der BRD verschärfen, was allein der Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse dienen soll. Doch wie sich allerorts zeigt, z.B. bei den Demonstrationen gegen den § 218 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, wird ihr dies nicht gelingen.

Die Bourgeoisie will die Rechte des Volkes beschränken auf die 4-jährliche Stimmabgabe für eine ihrer bürgerlichen Parteien. Sie will jede selbständige Regung der Arbeiterklasse und der Volksmassen unterdrücken, um ihre Ausbeuterherrschaft aufrechtzuerhalten.

Dagegen kämpft die Arbeiterklasse für Demokratie; denn Demokratie ist das machtvolle Mittel, um die Gewalt der Volksmassen gegen die Gewalt der Kapitalistenklasse und ihres Staates zur Geltung zu bringen und die kapitalistische Ausbeuterordnung zu beseitigen.

–A., Clausthal–

Das Volk in den USA gegen die Militärintervention

In der 'International Harald Tribune' wurde jetzt eine Meinungsumfrage veröffentlicht, die schon im vergangenen Dezember in den USA stattgefunden hat. Danach ist die große Mehrheit des amerikanischen Volkes strikt gegen jede Intervention der US-Truppen im Ausland. Im einzelnen: 61 % der Amerikaner sind gegen eine Intervention in Europa, wenn es von der UdSSR angegriffen wird; 66 % der Amerikaner sind gegen eine Intervention, wenn Westberlin durch die UdSSR annektiert werden sollte; 68 % haben sich gegen ein Eingreifen ausgesprochen, wenn Kuba zum Beispiel die Dominikanische Republik einnehmen würde; am meisten sind die Amerikaner aber gegen eine mögliche Verteidigung Isreals durch US-Truppen im Falle eines neuen Nahost-Krieges: nur 27 % sind für ein militärisches Eingreifen der USA in einem solchen Fall.

Zwei Gesichtspunkte sind festzuhalten an der Umfrage: 1. Die Mehrheit des amerikanischen Volkes hat so entschieden, obwohl die Fragestellung jeweils äußerst übel und demagogisch formuliert war. So war immer von "Überfällen" die Rede, gegen die die US-Truppen als "Retter" hätten eingreifen sollen. 2. Die US-imperialistische Politik, die durch ständige Aggression und Intervention soviel Leid und Unglück über die Völker der ganzen Welt gebracht hat, hat im amerikanischen Volk selber keine Grundlage. Das zeigt umso mehr, daß diese Politik nicht im Interesse des Volkes gemacht wird sondern im Interesse einer kleinen Handvoll von Kapitalisten, die aus der Unterdrückung und Ausbeutung auch des amerikanischen Volkes ihre Profite beziehen.

–g.j.–

CDU: Ohne Gewerkschaften soll es den Schwachen besser gehen

Wie die CDU/CSU ihre Politik gegen die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften vorbringt und dabei die Entwaffnung der Gewerkschaften durch die SPD-Politik nutzt.

Bei der letzten Bundestagsdebatte war nicht Strauß der Hauptredner der CDU/CSU, weil er seine durch die Sonthofener Rede aufgerissenen Flanken abdichten mußte. Dafür schickte die CDU/CSU den Freiherrn von Weizsäcker nach vorn, um in der Aufmachung des Edelmanns und Philosophen die christliche Unionspolitik vorzutragen. Der Freiherr versuchte die CDU/CSU als die Partei darzustellen, die gegen die "Mächtigen" zu Felde zieht und die Interessen all derer vertritt, die in dieser Gesellschaft zu kurz gekommen sind.

Sein Haupttrick bestand darin, nicht nur wie alle bürgerlichen Parteien den Klassenwiderspruch zu leugnen, sondern zugleich die "übermächtigen Gewerkschaften" und die Monopole und Konzerne anzugreifen. Gegen Monopole und Gewerkschaften, das ist das neue Grundmuster der Verwirrungsstrategie der CDU/CSU. Das große Kapital braucht sich über solche Reden nicht zu beunruhigen. Hat die CDU/CSU doch schon einmal das große Kapital angegriffen. Das war in ihrem ersten Ahlener Programm nach dem Krieg, und 20 Jahre lang hat die CDU/CSU daraufhin die Regierungsgeschäfte des Kapitals wahrgenommen.

Jetzt aber will sie zugleich gegen Kapital und Gewerkschaften antreten. Das muß man schwarz auf weiß studieren, um diese Spielart der bürgerlichen Roßtäuscherei kennenzulernen, um sie bekämpfen zu können. Weizsäcker sagte:

"Die Starken in der heutigen Gesellschaft sind Kapital und Arbeit zusammen oder, genauer, die großen Arbeitgeber und die großen Gewerkschaften miteinander. ... Natürlich gibt es heftigen Streit unter den Tarifpartnern um Prozente und Rahmenbedingungen. Am Ende aber siegen nicht die Kapitalisten gegen die Arbeitnehmer oder umgekehrt. Gewinner sind vielmehr die Tarifpartner zusammen, und zwar in starken Branchen und in günstigen Regionen zu Lasten der Schwachen. Die Mächtigen diktieren praktisch gemeinsam dem Rest der Gesellschaft die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen. Und heute siegen letztlich die Beschäftigten zu Lasten der Unbeschäftigten ... (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.3.1975)

Soweit der Auszug aus der Rede des CDU-Freiherrn.

Worin beruht denn die Stärke dieser beiden Starken, die angeblich miteinander gegen den Rest der Gesellschaft stehen?

Auf der einen Seite die Stärke des Kapitals und insbesondere der Monopole. Diese Stärke beruht darauf, daß 85 % der arbeitsfähigen Bevölkerung als Lohnabhängige für das Kapital bzw. für dessen Staat arbeiten. Die Stärke des Kapitals besteht also darin, daß es den größten Teil der Bevölkerung ausbeutet. Alles, was die Arbeiterklasse produziert, gehört zunächst dem Kapital, und alles, was die Arbeiterklasse über das hinaus produziert, als was ihr in Form von Lohn zum Leben gelassen wird, vermehrt das Kapital. Zudem ist diese Stärke des Kapitals höchst konzentriert. Denn allein 0,01 % aller kapitalistischen Unternehmen beuten 21 % aller Lohnabhängigen aus – oder in Zahlen: 209 kapitalistische Unternehmen lassen 4 Millionen Lohnabhängige für sich arbeiten. Daß dieser gesellschaftliche Zustand nicht auf freier Vereinbarung beruhen kann, liegt auf der Hand. Denn zählt man das Millionenheer der Arbeiter gegen die Handvoll Kapitalisten auf, muß man feststellen, daß dies Millionenheer wohl die Stärke besitzt, einer Handvoll Kapitalisten klar zu machen, daß es nicht länger für diese ein Lohnarbeiterleben fristen möchte. Damit dies nicht geschehen soll, hat die Kapitalistenklasse den bürgerlichen Staat, ein Heer, Justiz und Polizei, um das Privateigentum an Produktionsmitteln für die Kapitalisten zu verteidigen, und bürgerliche Parteien, die in unterschiedlicher Manier die politische Macht des Kapitals vertreten und um die Regierungsgeschäfte rivalisieren.

Die Stärke der Kapitalistenklasse – insbesondere des Großkapitals – beruht also auf dem Privateigentum an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln, das es ihr erlaubt, die Mehrheit der Gesellschaft als ihre Lohnarbeiter auszubeuten, und im bürgerlichen Staat, der diese Ordnung schützt.

Worauf beruht auf der anderen Seite die Stärke der Gewerkschaften? Sie beruht auf dem freiwilligen Zusammenschluß der Arbeiter. Dieser freiwillige Zusammenschluß hat das Ziel, daß nicht jeder Arbeiter einzeln gegenüber dem mächtigen Kapital um den Preis betteln muß, zu dem er seine Arbeitskraft verkaufen muß. Ohne den freiwilligen Zusammenschluß der Arbeiter in Gewerkschaften wäre die Arbeiterklasse Freiwild für die Kapitalisten. In den Gewerkschaften sind gegenwärtig etwa 9 Millionen Arbeiter organisiert, also etwa 40 % der Lohnabhängigen und entsprechend mehr, dort wo die Lohnarbeit in großen Betrieben konzentriert ist.

Es ist natürlich richtig, daß dort, wo die gewerkschaftliche Organisation am stärksten ist, die entscheidende Auseinandersetzung um Lohn- und Arbeitsbedingungen stattfindet. Dort ist auch der gesellschaftliche Widerspruch zwischen der von Tausenden von Arbeitern durchgeführten gesellschaftlichen Produktion und der Aneignung des Arbeitsprodukts durch einige wenige Kapitalisten am äußersten zugespitzt. Der Freiherr von der CDU behauptet nun, daß diese Auseinandersetzung stets zu Lasten des Rests der Gesellschaft ausgeht. Wer ist nun dieser Rest?

Da sind zuerst die Lohnabhängigen, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Ihr Lohnniveau hängt entscheidend davon ab, was von den Gewerkschaften erkämpft wird. Allerdings überlassen die Unorganisierten ihrem Kapitalisten den Vorteil, so zu tun, als gebe er freiwillig, was die Gewerkschaften gegenüber den Kapitalisten erzwingen.

Da sind außerdem die mittleren und kleinen Kapitalisten. Sie versucht die CDU/CSU vor allem anzusprechen. Der kleine Unternehmer ist der ideologische Ausgangspunkt für die CDU/CSU schon immer gewesen. Festzuhalten ist: Sie leben von der Lohnarbeit, auch wenn ihr Kapital nur ausreicht, wenige Lohnabhängige für sich arbeiten zu lassen. Bedroht sind sie durch das große Kapital, das ihnen die Preise diktieren kann, das sie niederkonkurrieren kann, weil es die Vorteile der Großproduktion den kleinen voraus hat.

Das große Kapital versucht schon immer, das kleine Kapital zu seiner Speerspitze gegen die Gewerkschaften zu machen. Denn gerade weil das kleine Kapital von den Monopolen in die Zange genommen ist, also schon in seiner Existenz bedroht ist, sieht es in den Gewerkschaften mit jeder Lohnerhöhung das Ende des freien Unternehmertums.

Bei den Bauern, die ja auch selbständige Unternehmer sind, gelingt es dem großen Kapital schon immer weniger, diese zu Vasallen seiner Herrschaft zu machen. Denn der größte Teil der Bauern lebt ohne Ausbeutung fremder Arbeit nur von seiner eigenen Hände Arbeit – und immer schlechter. Sowohl beim Kauf ihrer Produktionsmittel als auch beim Verkauf ihrer Produkte werden sie vom großen Kapital in die Zange genommen, so daß ihnen immer weniger zum Leben bleibt. Auch hier versucht die CDU/CSU das Elend der Bauern den gewerkschaftlichen Lohnkämpfen anzulasten, die dazu führten, daß die Kapitalisten ständig die Preise erhöhen müßten.

Die Bauern aber argumentieren zunehmend umgekehrt und sagen, wir müssen gegen die großen Kapitalisten so wie die Gewerkschaften auftreten.

Bleiben vom Rest der Gesellschaft noch die Nichterwerbstätigen. Soweit sie als Kinder und nichterwerbstätige Frauen in den Familien der Lohnabhängigen sind, ist ihre Existenz unmittelbar an die Existenzbedingungen der ganzen Arbeiterklasse geknüpft. Und schließlich die Rentner. Wird ihre Lage durch Lohnerhöhungen schlechter? Ihre Lage ist schlecht genug, aber dennoch sind die Renten an die Lohnhohe gekoppelt. Je schlechter es den Lohnabhängigen geht, desto schlechter auch ihre Lage.

Bleibt also von der Philosophie des Unions-Freiherrn von Weizsäcker nichts, als ein plumper Versuch, den gewerkschaftlichen Lohnkampf als das Grundübel dieser Gesellschaft hinzustellen, wobei es sich grad umgekehrt verhält. Denn das Grundübel dieser Gesellschaft ist die kapitalistische Ausbeutung, und der gewerkschaftliche Lohnkampf ist das Mittel, dieser Ausbeutung Grenzen zu setzen. Freilich kann er nur Grenzen setzen, nicht das Grundübel dieser Ausbeutung selbst beseitigen.

Wie kommt nun dieser Unternehmerphilosoph Weizsäcker dazu, die Gewerkschaften frech in einen Topf mit den Großkapitalisten zu werfen und das Geschäft der Spaltung mit dieser billigen Methode zu betreiben?

Daß er sich damit überhaupt einen Erfolg versprechen kann, liegt daran, daß die Gewerkschaften unter bürgerlicher Führung stehen, die selbst nichts unversucht gelassen hat, die einheitliche Kampfkraft der Gewerkschaften und damit der Arbeiterklasse zu sabotieren und zu schwächen. Die SPD und die SPD-Gewerkschaftsführer wollen mitregieren mit dem Kapital. Sie handeln als Vertreter dieser kapitalistischen Ordnung, und wenn sie gegen die Kapitalisten auftreten, dann immer nur mit dem Vorwurf, die Kapitalisten würden sich gegen eine "vernünftige Zusammenarbeit" sperren, würden nicht genug Mitbestimmung zugestehen.

Während also die SPD die Gewerkschaften auf die Zusammenarbeit mit dem Kapital festlegen will, nutzt die CDU nun diese Schwäche, um einen Angriff auf die Gewerkschaften überhaupt zu führen. Sie versucht Stimmung gegen die Gewerkschaften zu machen, indem sie anspielt auf die kapitalistischen Unternehmen, die die SPD-Gewerkschaftsführer aus den Gewerkschaftsgeldern aufgebaut haben und die zu Recht in der Arbeiterklasse und im Volk verhaßt sind. Zum Beispiel die "Neue Heimat", die führend bei den Mieterhöhungen ist.

Das Zurückweichen der SPD-Gewerkschaftspolitik in allen Existenzfragen der Arbeiterklasse hat die Kapitalisten nur immer mehr ermutigt, gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen, und die CDU/CSU nutzt die Situation, um selbst in Teile der Arbeiterklasse vorzudringen.

Die Arbeiterklasse braucht die Gewerkschaftseinheit, sonst wird sie ein Spielball der Kapitalistenklasse. Gewerkschaftseinheit kann sie nur erreichen auf dem Boden ihrer Klasseninteressen, für die sie kämpfen muß.

Die Verleumdung der Gewerkschaften durch die CDU/CSU zielt auch darauf ab, die Arbeiterklasse von den anderen Teilen des Volkes abzuspalten.

Die Arbeiterklasse ist die führende Kraft des Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die Kapitalistenklasse versucht über die bürgerlichen Parteien die Arbeiterklasse und das Volk auseinanderzuhalten und zu spalten und dann über die verschiedenen bürgerlichen Parteien an die kapitalistische Ordnung und an den bürgerlichen Staat zu fesseln. Demgegenüber vertreten die Kommunisten die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und die Einheit des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und ihren bürgerlichen Staat, mit dem Ziel, diesen Staat zu zerschlagen, die Ausbeutung zu beenden und auf der Grundlage breitester Demokratie der Volksmassen den Sozialismus aufzubauen.

bb

7000 in Hannover: Keinen Pfennig mehr als bisher für den Grossraumnahverkehr!

Seit einer Woche gibt es in Hannover keine Fahrkarten mehr zum alten Preis. Dagegen demonstrierten am Montag, dem 24. März, weit über 2 000 Menschen. Inzwischen hat sich der Widerstand weiter entwickelt.

Zum ersten April riefen die Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen zu einer Kundgebung und Demonstration auf. Auf dem Opernplatz sammelten sich zur Kundgebung etwa 5 000 Menschen. Unter den Forderungen "Miete, Steuern, Straßenbahn – alles zahlt der Arbeitsmann" und "Keinen Pfennig mehr als bisher für den Großraumnahverkehr" gewann die Demonstration immer mehr Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Schüler auf dem Weg durch die Innenstadt. Auf diesem Weg wurde sie eingerahmt von mehreren Hundertschaften von bewaffneten Polizisten mit Wasserwerfern, mit denen das Großraumparlament seinen Beschluß gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes in Hannover durchsetzen will. Diesen Polizisten, die aus Lüneburg, Braunschweig und Wolfsburg herangekarrt wurden, sagten die Demonstranten deutlich, daß sie abhauen sollten, weil die Hannoveraner ihre Angelegenheit selbst regeln können.

Am Ende der Demonstration am Bahnhof war sie auf über 7 000 Demonstranten angewachsen, die deutlich machten, daß sie keine Fahrpreiserhöhung wollen und daß sie gegen die Abschaffung des Einheitstarifes sind, den die Hannoveraner sich 1969 erkämpft hatten.

Abfuhr für die Spalter

Ebenso zu dieser Demonstration rief der *Rote Punkt* auf, der von der DKP angeführt wird. Dieser versuchte auf dem Kundgebungsplatz durch das Abspielen seiner Fahrpreislieder und durch eigene Beiträge die Rede der Komitees, die die Demonstration organisiert hatten, zu verhindern.

Gegen diese Taktik, die Einheit zu spalten und die Demonstration immer weiter hinauszuschieben, wandten sich die Massen und forderten in Sprechchören den *Roten Punkt* auf, seine Beiträge zu beenden und mitzumarschieren. Als der *Rote Punkt* dieser Forderung, in der noch belebten Innenstadt zu demonstrieren, nicht nachkommen wollte, organisierten die Fahrpreiskomitees den Abmarsch der Demonstration.

Viele Menschen, die durch die Plakate des *Roten Punktes* zum Opernplatz gefunden hatten, reihten sich in diese Demonstration ein. Die Führer des *Roten Punkts* selbst zogen mit einem Block von etwa 500 festen Anhängern in die entgegengesetzte Richtung.

Die Einheit erweitern und festigen

Auf der Grundlage der richtigen Forderung **"Keine Fahrpreiserhöhungen – keine Stufentarife"** gelang es den Fahrpreiskomitees, immer mehr Menschen vom Straßenrand weg für die Demonstration zu gewinnen. Dies zeigt die richtige Linie der Komitees auf, den Wunsch der Massen, die Fahrpreiserhöhungen zurückzuschlagen, aufzugreifen und zur Grundlage einer breiten Aktionseinheit zu machen.

In einer ersten Einschätzung der erfolgreichen Demonstration wurde von den Komitees auf der Abschlußkundgebung auf dem Opernplatz festgestellt, daß es jetzt noch mehr darauf ankommt, in den Betrieben, Verwaltungen, Universitäten und Kasernen Menschen zu gewinnen, um die Demonstrationen zu stärken und schließlich zum Sieg zu führen.

Als Vorschlag, die Einheit der Massen gegen die Fahrpreiserhöhungen noch fester zusammenzuschließen, gilt der offen Brief an das Großraumparlament.

Der offene Brief

"Offener Brief an das Großraumparlament

Ihr habt am 29. Januar 1975 Fahrpreiserhöhungen im Großraum Hannover beschlossen und zum 24. März im ersten Schritt eingeführt. Ihr sagt, die Fahrpreiserhöhungen sind notwendig wegen des Defizits im Nahverkehr. Wir, Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen in Betrieben, Stadtteilen, Schulen, Universitäten und Kasernen, wenden uns gegen diese zusätzliche Last für die arbeitende Bevölkerung und fordern: **Keine Fahrpreiserhöhungen! Keine Stufentarife!**

Über 6 000 Hannoveraner haben mit ihren Unterschriften, die in kurzer Zeit von uns am Arbeitsplatz, in Stadtteilen, Schulen, Universitäten und Kasernen gesammelt wurden, diese Forderungen unterstützt.

Wir fragen: Habt Ihr oder hat die Bundesregierung von Defizit geredet, als Milliardensubventionen für die Privateigentümer von Fabriken, Banken und Kaufhäusern beschlossen wurden? Und das Geld, das in den Nahverkehr gesteckt wird, dient es dem Vergnügen der arbeitenden Bevölkerung oder dient es dazu, sie in die Fabriken und Kaufhäuser zu bringen? Für diese Ausgaben bekommt der Staat sein Geld durch Steuern und Tarife zum größten Teil aus der Tasche der arbeitenden Bevölkerung.

Wir fragen: Woher nehmt Ihr das Recht, da von Defizit zu reden und noch mehr Geld zu fordern? Diese Fragen müßt Ihr beantworten. Die arbeitende Bevölkerung Hannovers fordert Antwort von Euch.

Vor knapp einem Jahr seid Ihr gewählt worden. Damals war von Fahrpreiserhöhungen, von Gebührenerhöhungen bei Strom, Gas, Abwasser, Krankenhäusern, Altenheimen, Bädern und Zoo nicht die Rede. Jetzt ist all das beschlossen, und wir fordern, daß Ihr die Fahrpreiserhöhungen öffentlich und persönlich auf der Straße und auf Kundgebungen rechtfertigt. So, wie Ihr vor einem knappen Jahr auf die Straße gegangen seid, um die Wählerstimmen der arbeitenden Bevölkerung zu bekommen.

Wir stehen nicht allein. Ihr könnt sicher sein, daß die Arbeiter, kleinen Angestellten und Beamten, die Rentner, Lehrlinge, Schüler und Studenten in immer größerer Zahl auf die Straße gehen werden und Antwort von Euch fordern. Die Demonstrationen am 28. Januar, am 24. März und vom 1. April an könnt Ihr dafür als Beweis nehmen."

Unterschrieben von den Komitees Oststadt, List, Lingen, Westinghouse, Medizinische Hochschule, Bockdorf, Mathematik, Geschichte, Stadtverwaltung, Emmich, Cambrai-Kaserne, Schulzentrum Langenhangen, Lehrte und Kollegen von Max Müller

Dieser offene Brief wurde am 2. April dem Herrn Briese, dem Vorsitzenden des Großraumverbandes, übergeben. Von den Vertretern der Komitees wird gefordert, daß Politiker des Großraumparlaments am Mittwoch, den 2. April, sich auf dem Urbanplatz für ihren Beschluß rechtfertigen sollen.

"Geheimwaffe der DKP im Fahrpreiskampf"

Mitte Januar sprach der *Rote Punkt* von einer Geheimwaffe, die er als die große Überraschung in den Fahrpreiskämpfen einsetzen wollte. Vor einigen Tagen ließ man die Katze aus dem Sack. Die Demonstranten sollten Fahrräder mitbringen, um die Demonstration zu schützen und um sich schnell von einem Punkt zum anderen bewegen zu können.

Die Menschen, die gegen die Fahrpreiserhöhung demonstrierten, gaben diesem einfältigen, in der Konsequenz aber gefährlichen Vorschlag eine klare Abfuhr. Sie setzten auf ihre geschlossene Kraft und nicht auf die Fahrräder, mit denen man sich schnell aus dem Staub machen sollte. Die Fahrräder blieben zu Hause.

Ortsgruppe Hannover

Arbeiter diskutieren mit Bauern während einer Bauerndemonstration.

DKP im Kommunalwahlkampf

Kommunalwahlkampf in Hildesheim: DKP wirbt mit Luftballons für Preisstopp

Anläßlich der Stadtratswahl am 13.April in Hildesheim war auch die DKP gezwungen, ans Licht der Öffentlichkeit zu treten. Sie verteilte Luftballons mit der Aufschrift: "Wählt DKP!"

Aus den Städten Stade, Springe, Wolfsburg, Hannover, Lüneburg, Peine, Hamburg und München hatten die DKP-Wahlkämpfer ihre Mitglieder herangeholt für eine Veranstaltung mit anschließender Demonstration in der Stadt. Aus Hildesheim waren nicht einmal die Stadtratskandidaten der DKP vollständig. Dieser Wahlkampfzirkus, der mit Schalmei-Kapelle in Hildesheim Einzug nahm, vertrat folgende Auffassungen:

1. Es müßte ein *"Preisstopp"* durchgeführt werden und dafür müsse unbedingt eine Kampfdemonstration veranstaltet werden. Der KBW war anderer Auffassung: Denn solange das Eigentum an Fabriken und Maschinen auf Seiten des Kapitals liegt, so lange legen diese auch die Preise fest. Der Arbeiter kann gegen steigende Preise allein den Lohnkampf führen. Führt er aber den Kampf für den *"Preisstopp"*, dann baut er Luftschlösser und vergißt, daß es in allen Fragen des Klassenkampfes darum geht, die Arbeiter einheitlich zusammenzuschließen, um schließlich selbst die Herren der Fabriken zu werden. Da die Fabriken in der UdSSR und in der DDR, den Vorbildern der DKP, auch nicht mehr in den Händen der Arbeiter liegen, steigen auch dort die Preise. Die Preisstopp-Kampagne der DKP ist genauso ein lausiges Wahlversprechen, wie man das von den anderen bürgerlichen Parteien gewöhnt ist.

Dort, wo wirklich gekämpft wird, dort ist die DKP nicht oder nur, um diesen Kampf zu spalten. In Hildesheim hat sie dies anläßlich des Kampfes gegen die Fahrpreiserhöhungen so gehalten und hat eine Aktionseinheit mit dem KBW abgelehnt, doch hätte sie gerade hier beweisen können, wie sie gewillt ist zu kämpfen gegen Preiserhöhungen, die vom Stadtrat beschlossen werden.

2. *"DKP wählen, wenn es anders werden soll!"* Dies ist ihr Slogan. Doch so einfach ist das nicht. Denn im Rathaus wird sich auch durch DKP-Stadträte nichts ändern, dies bleibt auch nach dem 13.April ein Rathaus des Kapitals. Gegen den Staat des Kapitals will die DKP ja auch gar nicht zu Felde ziehen, denn sie möchte doch bloß im Schatten des großen Bruders SPD mitmischen.

Gegen Gesetze dieses Staates, wie dem § 218, wollen sie nicht kämpfen. Deshalb lehnte es Braukmüller und Hans (DKP) auch ab, auf dem Podium am 26.3. gegen den § 218 zu sprechen. Auch hier will die DKP nicht den Zusammenschluß aller Menschen gegen den § 218, sondern brabbelt was von: "Chaoten, Spaltern." Doch Otto Hans (DKP) ließ es am Samstag nicht nur beim Brabbeln, er gab mir einen Kinnschieber, womit er den Menschen zeigte: Die DKP übertrifft an "Schlagkräftigkeit" gegen Kommunisten selbst die CDU und SPD. Otto Hans konnte sich von der Polizei schützen lassen. Der Abmarsch einer Demonstration war dann der Höhepunkt des Wahlzirkus'. Die DKP nahm Aufstellung. Zur gleichen Zeit machten wir auf dem Platz eine Diskussionsveranstaltung. Der Demonstrationszug mit DKP-Wahlkämpfern marschierte ab, die Menschen blieben stehen und hörten zu, welche Auffassung der KBW vertritt.

–J.Meier, Stadtratskandidat des KBW, Hildesheim–

Arbeiterbauern bekommen kein Arbeitslosengeld

Durch die Krise des westdeutschen Kapitalismus werden auch viele Arbeiter arbeitslos, die im Nebenerwerb noch eine kleine Landwirtschaft haben. Diese Arbeiterbauern haben wie ihre Arbeitskollegen jahrelang die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlt. Jetzt bekommen sie aber Arbeitslosengeld nur dann ausbezahlt, wenn sie nicht mehr als 20 Stunden wöchentlich auf dem Hof arbeiten. Sonst werden sie nicht als arbeitslos anerkannt.

Eine Arbeiterbäuerin schreibt dazu: "Der Nebenerwerbslandwirt war erst einmal gezwungen, arbeiten zu gehen, um seinen Betrieb vor dem Untergang zu retten. Er arbeitete in x-beliebigen Branchen seine vollen Stunden. Vom Lohn wurden ihm die vollen Beiträge für eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit abgezogen, und das über Jahre. So ist es sein gutes Recht, auch jetzt sein Arbeitslosengeld zu bekommen, ganz gleich, wie viele Stunden er in seinem Betrieb arbeitet. Vorher wurde ja auch nicht gefragt, wie er es schafft, seinen Betrieb aufrechtzuerhalten und einer Vollbeschäftigung nachzugehen." (Feld und Wald Nr. 6/75)

Nein, vorher hat keiner danach gefragt, daß die Kleinbauern als billige Arbeitskräfte in die Industrie abwandern mußten, weil ihre kleinen Höfe nicht mehr genug zum Lebensunterhalt der Familie abwerfen. Denn die Industrie- und Bankkapitalisten erhöhen laufend die Betriebsmittelpreise, während die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise so niedrig sind, daß nur noch große Höfe damit zurechtkommen. Dieser Preis-Kosten-Schere und der Konkurrenz durch die großen Höfe ist die Masse der Kleinbauern nicht gewachsen. Schon mehr als die Hälfte aller Bauern muß in der Industrie zuverdienen.

Viele Arbeiterbauern betreiben trotzdem die Landwirtschaft noch nebenbei: Sei es, weil der Lohn nicht reicht, sei es, weil noch laufende Pachten und Schulden des Hofes abzuzahlen sind. Viele betrachten die Landwirtschaft auch als Sicherheit für Krisenzeiten. So setzen sie sich nach Achtstundentag und Heimfahrt von der Fabrik ins Dorf noch auf den Schlepper und gehen in den Stall. Aber auch das ist vielen Kapitalisten ein Dorn im Auge. Sie möchten "ihre" Arbeitskräfte auch noch nach Feierabend beaufsichtigen: "Offensichtlich scheint Sie die neben Ihrer Beschäftigung bei uns ausgeübte Tätigkeit in der Landwirtschaft zusätzlich gesundheitlich zu überfordern. Wir untersagen Ihnen hiermit diese Nebentätigkeit ausdrücklich. Wir machen Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß wir bei weiteren Fehlzeiten die Möglichkeit Ihrer Weiterbeschäftigung einer nochmaligen Prüfung unterziehen." (So die Bosch-Kapitalisten an einen Göttinger Arbeiterbauern)

Die Arbeiterbauern sind denn auch oft die ersten, denen gekündigt wird. Viele von ihnen fanden nur als Hilfsarbeiter Beschäftigung, zumal es in ländlichen Gebieten nur wenige Betriebe gibt. Diese sind außerdem besonders krisenanfällig: Beispielsweise pflegt ein großer norddeutscher Büromaschinenkonzern in konjunkturell günstigen Zeiten in ländlichen Gebieten Hallen zu mieten, stellt sie mit Maschinen voll, und los geht's mit der Produktion.

Bei Absatzschwierigkeiten werden die schnell angelernten Arbeiter entlassen und die Maschinen wieder abtransportiert. Die Folgen tragen die Arbeiterbauern, die von den Kapitalisten als besonders "arbeitswillig, ruhig und anpassungsfähig" betrachtet werden, mit denen sie glauben, alles machen zu können.

Sind die Arbeiterbauern nun arbeitslos, so will ihnen der Staat kein Arbeitslosengeld zahlen – obwohl er doch gerade ihre Abwanderung aus der Landwirtschaft beschleunigt hat! Das Arbeitsamt forscht die Arbeiterbauern nach ihrem landwirtschaftlichen Einkommen aus, das sogar auf das Kurzarbeitergeld angerechnet wird.

So werden die Arbeiterbauern sowohl als Arbeiter als auch als Kleinbauern bedrängt: Nachdem die Industrie- und Handelskapitalisten sowie die Großbauern die selbständige Existenz der Kleinbauern zerstört haben, wird an die Arbeiterbauern jetzt wieder als "Selbständige" appelliert! Die kapitalistischen Großbauern in der Führung des Bauernverbands sprechen den "Unternehmer" in ihnen an. Sie wollen die kleinen Bauern als Fußvolk für ihre Interessen, wie niedrige Löhne für die Landarbeiter, einspannen (dabei sind doch die Arbeiterbauern selbst an höheren Löhnen interessiert).

Der Hinweis auf die Landwirtschaft soll die Arbeiterbauern davon abhalten, mit ihren Arbeitskollegen gemeinsam gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Sie sollen über die Landwirtschaft versuchen, Lohnabbau und Arbeitslosigkeit auszugleichen und sich so mit niedrigeren Löhnen, weniger Arbeitslosengeld und schlechten Arbeitsbedingungen zufriedengeben. Aber es gibt für die Arbeiterbauern kein Zurück zur selbständigen Landwirtschaft, weil das kapitalistische Eigentum das kleine Eigentum niederkonkurriert und immer mehr Kleinbauern als Arbeiter in die Fabriken zwingt. Es gibt nur ein Voran gemeinsam mit der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung!

E.N.

„Bis hierher und nicht weiter!"

Streikende Kalletal- und Seibelarbeiter einig

Bei Seibel geht der Kampf weiter. Seit dem 10.März ist nun das Werk besetzt. In dieser Zeit haben die Kollegen wichtige Erfahrungen gesammelt. Das wird deutlich an einem Artikel in der "Streikstimme" (Zeitung der Besetzer von Seibel).

Es wird berichtet über den Besuch der Kollegen von DEMAG, Kalletal, die sich auch im Streik befinden. Die Kollegen schreiben:

"Wir haben deshalb diesen Besuch zu einem wichtigen Erfahrungsaustausch benutzt. Dabei wurde einiges deutlich: Zum Beispiel, daß es nicht so sehr auf die Person des Unternehmers ankommt. Hier herrscht ein despotischer Einzelunternehmer, dort ein multinationaler Konzern mit Aktionärsversammlung, Aufsichtsrat und Vorstand. Hier wie dort wird die Belegschaft belogen, mit Kurzarbeit verunsichert und rücksichtslos entlassen. Wenn die Profite auch nur um Bruchteile sinken, zeigt das Kapital sein wahres Gesicht. Dabei wird versucht, jeden Einzelnen fertig zu machen, um damit uns alle zu erledigen. Die Kollegen aus Kalletal haben ihre Hoffnung und Überzeugung ausgedrückt, daß der Tag kommen wird, an dem alle Arbeiter aufwachen und sagen: Bis hierhin und nicht weiter!"

Diese Erkenntnis ist ein Fortschritt, wenn man bedenkt, daß vor 14 Tagen noch die Meinung vorherrschte, daß es sich bei Seibel um einen Einzelfall handelt.

Die Seibel-Kollegen haben von Anfang an die Bevölkerung in ihren Kampf einbezogen, indem sie sie über alles informierte. Sie haben dadurch erreicht, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung hinter ihnen steht. Dadurch ist auch möglich, daß ganze Schulklassen zum Betrieb kommen und sich informieren.

So besuchte am Samstag, den 22.3., die Klasse 9a der Hauptschule Erwitte das Werk. Die Kollegen haben den Schülern erklärt, weshalb sie streiken und haben ihnen gezeigt, wie ihre miserablen Arbeitsplätze aussehen. Sie haben erklärt, daß Seibel alle Gewinne aus dem Betrieb gezogen und in Lateinamerika und Kanada angelegt hat. Das heißt, er macht den Laden dicht und wendet sich im Ausland Geschäften zu, die mehr Profit versprechen.

Was schlägt nun die SPD/FDP-Regierung in Nordrhein-Westfalen gegen solche Erscheinungen wie bei Seibel vor?

Minister Riemer erklärte dazu: Der zur Zeit herrschende ruinöse Preiswettbewerb schadet der ganzen Branche. Deshalb habe er sich auch in Bonn für die Genehmigung eines Strukturkrisenkartells eingesetzt, das für eine gewisse Zeit helfe, die Lage zu konsolidieren. So ein Krisenkartell gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, offen Preisabsprachen vorzunehmen, um so steigende Profite abzusichern. Nebenher sollen die Betriebe sinnvoll rationalisieren. Entlassungen sollen gar nicht verhindert werden. Verhindert werden soll, daß die ganze Belegschaft auf einmal entlassen wird, wodurch dann "Unruhe" entstehen kann.

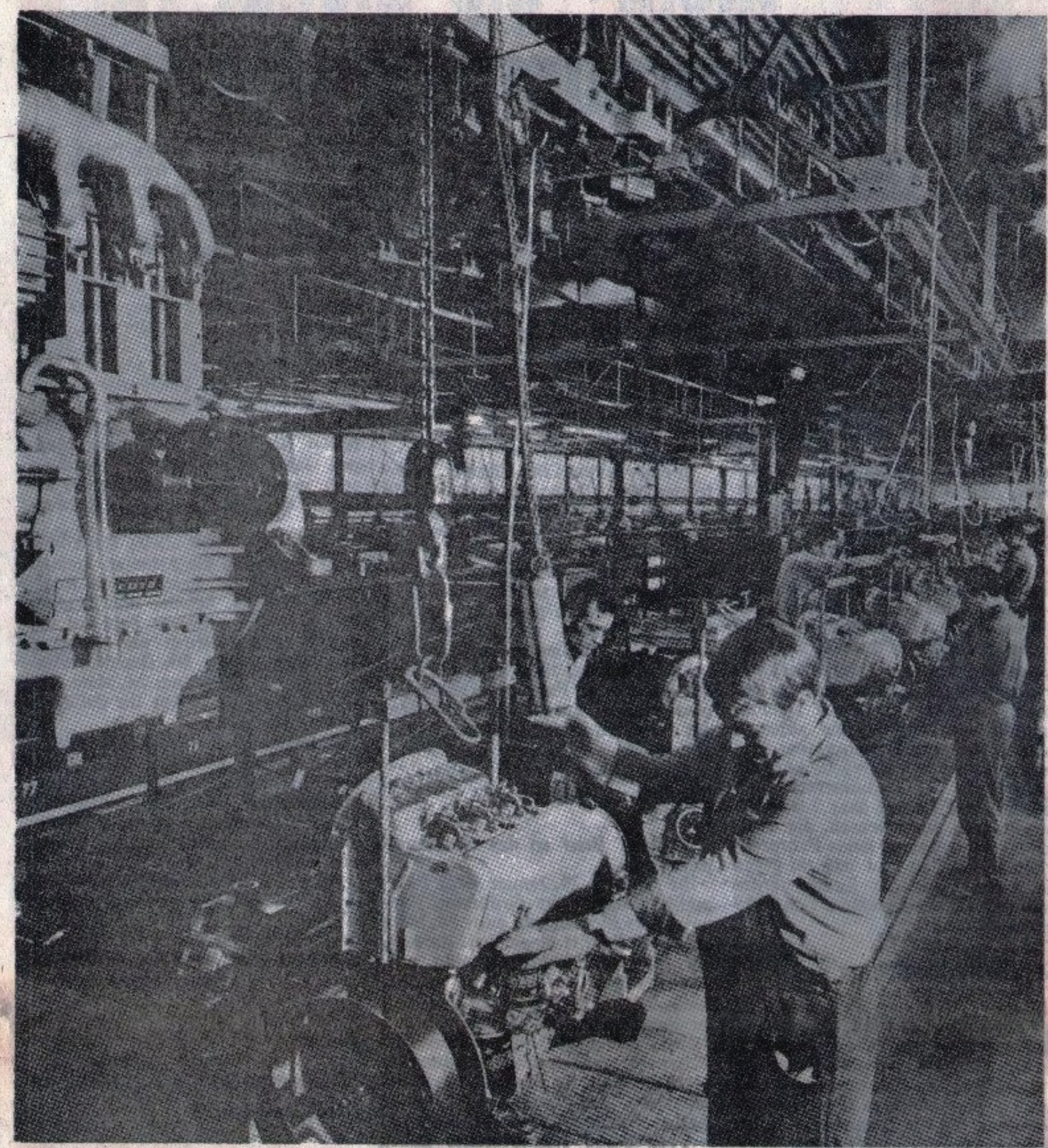
Die Regierung will die Kapitalisten bei Stimmung halten, und dafür sollen die Arbeiter gewonnen werden. Die Kollegen von Seibel haben demgegenüber gezeigt, wie man den Kapitalisten gegenübertreten muß. Sie haben den Widerstand selbständig organisiert und beweisen dadurch, daß die Arbeiterklasse in der Lage ist, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Am 4.April wird es zu einer Schlichtungsverhandlung kommen, wo es darauf ankommt, daß die Kollegen ihre Erfahrungen anwenden.

H.Sch., Ortsaufbaugruppe Paderborn

Klöckner-Humbold-Deutz Köln

1970 bauten 11 Arbeiter 64 Motoren, heute müssen 8 Kollegen 68 herstellen



Im Kleinmotorenbau bei Klöckner-Humboldt-Deutz

Im Kleinmotorenbau bei Klöckner-Humboldt-Deutz

Köln. Ihr habt in Eurem Artikel in der letzten KVZ (Nr.11) über die Vorbereitung des 1.Mai folgendes geschrieben:

"Die Kapitalisten nutzen die gegenwärtige Krise, um in den Betrieben die Arbeitshetze zu steigern. Was früher zwei gemacht haben, soll heute einer machen." Dazu möchte ich Euch folgenden Artikel schicken, der dies an einem praktischen Beispiel verdeutlicht.

Wie sehr sich in letzter Zeit die Arbeitshetze bei Klöckner-Humbold-Deutz und damit die Ausbeutung verstärkt hat, möchte ich an folgendem Beispiel aus der Halle 100 (Kleinmotorenbau in Köln-Deutz) aufzeigen:

In der mechanischen Fertigung werden die Motorengestelle auf mehreren Straßen bearbeitet.

1970 sah es an der 3-Zylinderstraße so aus, daß die 11 Kollegen, die daran arbeiteten, 64 Motoren produzierten.

In den darauf folgenden Jahren gingen die Kapitalisten kräftig daran, "Arbeitskräfte einzusparen und die Produktivität zu erhöhen". Das sah dann für die Kollegen so aus:

Bis 1974 wurden zwei Kollegen von der Straße abgezogen. Die verbliebenen Kollegen durften als "Ausgleich" nun 68 statt 64 Motoren bauen. Ende 1974 wurde dann noch einmal ein Kollege von dem Band abgezogen.

Heute sieht es also so aus, daß acht Kollegen 68 Motoren bauen. Entfielen 1970 auf jeden Kollegen umgerechnet ca. 5,8 Motoren, so sind das heute 8,5 pro Mann. Das ist eine Steigerung um über 55 %. Mußten die Kollegen 1970 noch jeweils 3 Maschinen bedienen, so sind es heute zum Teil 5 oder 6 Maschinen.

Die Kollegen haben das natürlich nicht so einfach hingenommen, sondern versuchten sich zu wehren. So kamen dann Meister und Betriebsleiter und versuchten, größere Unruhe abzuwehren, indem sie den Kollegen 30 bis 40 Pfennig mehr die Stunde anboten. Damit gelang es bisher immer die Verschärfung der Arbeitshetze durchzusetzen.

Es ist klar, daß die Kollegen mehr Geld brauchten. Doch wo man damit hinkommt, wenn man sich verschärfte Ausbeutung damit einhandelt, das zeigt dieses Beispiel. Die Kapitalisten sind wie die Teufel, die, wenn sie den kleinen Finger kriegen, gleich die ganze Hand nehmen. Um die Verschärfung der Ausbeutung nicht einfach hinnehmen zu müssen, müssen wir uns auf Forderungen einigen und den Betriebsrat nützen, um uns gegenüber den Kapitalisten zu behaupten.

Dies gilt es auch bei den vor der Tür stehenden Betriebsratswahlen zu beachten, daß nur solche Kollegen gewählt werden dürfen, die von den Interessen der Kollegen ausgehen und nicht zum obersten Ziel erheben, den Betrieb und damit die Kollegen ruhig zu halten.

—e.—

Forderungen auf den Tisch

Forderungen auf den Tisch

Erhöhung des Schmutzgeldes auf der Werft gefordert

Hamburg. Ich arbeite auf einer Schiffsreparaturwerft in Hamburg. Die Auftragslage ist zur Zeit gut. Letzte Woche fand eine Betriebsversammlung statt. Die Stimmung der Kollegen war gespannt, und irgendwann muß einem ja mal der ganze Mist aufstoßen.

Der Betriebsrat begann mit seiner Rede. Nach einigen Kleinigkeiten kam eine Diskussion um das Schmutzgeld (10 Pf.) zustande, das immer wieder gestrichen worden war. Dieser Groschen ist sowieso ein Hohn auf die Drecksarbeit. Die Kollegen brüllten herum und verlangten einen von der Geschäftsführung, der dazu eine Stellungnahme abgeben sollte.

Der kam erst, als seine Leute ihm gut zugeredet hatten. Und da stellte sich heraus, daß es ein Vorarbeiter war, der die Stunden gestrichen hatte, weil es sich Liebkind bei der Geschäftsleitung machen wollte. Die Kollegen erhoben dann die Forderung nach 20 Pf. Schmutzgeld und forderten den Betriebsrat auf, sich um die Durchsetzung und um die Streichungen zu kümmern, denn das Geld wird gebraucht.

Dann kamen die Lehrlinge zur Sprache.

Der Jugendvertreter hatte die Forderungen der Lehrlinge, nämlich Fahrgeldersatz, höhere Entlohnung der Überstunden auf mindestens 5 DM netto und besseres Essen und andere Kleinigkeiten dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung übergeben. Jetzt erschien der Chef und hielt einen Vortrag über die gute Lage und mit den üblichen Drohungen den Kollegen gegenüber (mehr arbeiten, sonst wird entlassen). Er ging auf die Forderungen der Lehrlinge ein und hakte kurz ab: Besseres Essen liegt nicht drin (weil es mehr Geld kosten würde). Bei den Überstunden soll eine Regelung nach den Lehrjahren gemacht werden. Dieser Spaltung darf nicht nachgegeben werden. Beim Fahrgeld konnte ein Teilerfolg erzielt werden, es gibt nämlich ab jetzt 75 % des Fahrgeldes. (Bisher hatten wir nichts bekommen.)

Und dann kam der Hammer des Tages. Der Chef meinte, auf Grund des guten Jahres und den mickrigen Abschlüssen der Gewerkschaft ist er von sich aus bereit, den Lohn "individuell" anzuheben. Das bedeutet eine Spaltung, darauf können wir uns nicht einlassen. Die Kollegen waren verblüfft, es wurde nicht mehr diskutiert.

Die Betriebsversammlung war ein kleiner Erfolg, weil Forderungen auf den Tisch kamen, die von allen unterstützt wurden. Aber diese Forderungen sind noch nicht errungen. Nun finden in der nächsten Zeit Betriebsratswahlen statt. Die beste Garantie für die Durchsetzung der Forderungen ist, wenn wir die Kollegen, die sich zur Wahl stellen, an diese Forderungen binden.

Die Einheit der Kollegen in den Forderungen ist eine gute Grundlage dafür, die am Boden liegende Gewerkschaftsbewegung (nur wenig Organisierte, kein Vertrauensleutekörper) wieder in Gang zu bringen.

Forderung zum 1.Mai

Darmstadt. Antrag der Betriebsgruppe der ÖTV in den Niederramstädter Heimen:

Wir fordern die ÖTV-Verwaltungsstelle Darmstadt auf, sich an den DGB mit der Forderung zu wenden, am 1. Mai eine Demonstration und ein öffentliche Kundgebung zu organisieren. Die Kollegen haben beschlossen, daß sie am 1. Mai unter folgenden Forderungen demonstrieren:

- Volle Tarifautonomie für die Kollegen in den kirchlichen Einrichtungen!
- Für die Einhaltung der 40-Stunden-Woche, gegen Planstellenverknappung! Mehr Personal!
- Weg mit dem Tendenzschutzparagraphen! Für uneingeschränktes Recht auf Bildung von Betriebs- und Personalräten und Jugendvertretungen!

Verhältnisse im Hotel Atlantic

Im Hamburger Hotel: Erlesene Speisen für die Geldsäcke - Abfall für die Belegschaft

Hamburg. Das Hotel Atlantic ist bekanntlich eine der piekfeinen Absteigen für Leute mit viel Geld, die andere für sich arbeiten lassen. Häufig handelt es sich bei diesen Leuten um Kapitalisten, für deren Profit in ihren Fabriken oft hunderte und tausende von Arbeitern im Akkord schuften. Den Großteil des Geldes, das die Arbeiter erwirtschaften, streichen die Kapitalisten ein, denen die Fabriken gehören. Zum Teil stecken sie es wieder in die Produktion, damit die Fabriken noch größer werden, zum Teil verprassen sie es aber auch, zum Beispiel in solchen Luxus-Hotels wie das Atlantic in Hamburg.

Dort arbeiten etwa 600 Lohnabhängige (Kellner, Köche, Zimmermädchen usw.) in Schichten rund um die Uhr. Sie müssen den feinen Gästen das Leben im Hotel so angenehm wie möglich gestalten, damit ihnen im Interesse der Atlantic-Kapitalisten so viel Geld wie möglich aus der Tasche gezogen wird. Saftige Preise für erlesene Menüs sorgen dafür, daß dieses Geld in die Taschen der Hotelbesitzer fließt.

Nun sollte man meinen, daß in einem solch stinkfeinen Hotel das Kantinenessen für die 600 Beschäftigten ebenfalls von guter Qualität ist. Das Gegenteil ist aber der Fall! Bei Ausgaben für die Belegschaft sparen die Atlantic-Kapitalisten an allen Ecken und Enden! Das Kantinenessen wird nämlich aus den Resten und Abfällen der Restaurantspeisen für die "High Society" hergestellt! Es ist teilweise derart ungenießbar, daß die Herren Abteilungsleiter auf Weisung der Geschäftsleitung vom "Genuß" dieses Kantinenessens befreit worden sind! Sie müssen lediglich reihum jede Woche einmal eine "Kostprobe" nehmen und stellen dann mit schöner Regelmäßigkeit fest: "Das Essen ist in Ordnung." Die Kollegen allerdings, die **jeden Tag** diesen Fraß herunterwürgen müssen, sind da ganz anderer Meinung. Viele meinen, daß das Kantinenessen im Hotel Atlantic unter aller Kanone ist.

Jetzt steht die **Neuwahl des Betriebsrates** vor der Tür. Diejenigen Kollegen, die sich zur Wahl stellen, sollten sich öffentlich vor der Wahl dazu äußern, wie sie im Interesse aller Kollegen gegen diesen Mißstand angehen wollen. Denn: Die Belegschaft des Hotels sollte es sich nicht länger gefallen lassen, daß einerseits für die reichen Geldsäcke das Beste gerade gut genug ist, andererseits für die Kollegen, die von morgens bis abends auf den Beinen sind, gerade noch die Abfälle und Reste übrigbleiben.

—Z.—

Betriebsversammlung Klöckner Hütte Bremen:

Gegen Kurzarbeit und Rationalisierungen auch am 1. Mai

Bremen. Auf der ersten Betriebsversammlung nach der Betriebsratswahl kam die Empörung der Belegschaft über die Einführung von Kurzarbeit und andere Maßnahmen, die Krise auf ihrem Buckel abzuwälzen, sehr gut zum Ausdruck.

Verschiedene Kollegen schilderten die konkreten Auswirkungen der Kurzarbeit an ihrem Arbeitsplatz. Ein Beispiel soll hier für die vielen Beiträge stehen:

Wenn bisher im Stahlwerk in zwei aufeinanderfolgenden Schichten wenig produziert wurde, so lassen die Kapitalisten jetzt eine Schicht auf Kosten der Arbeitslosenversicherung kurzarbeiten und die andere Schicht das Doppelte produzieren. Dieser und all die anderen Beiträge fanden großen Beifall bei der versammelten Belegschaft. Auch ein Kollege, der aufdeckte, daß die Klöckner-Kapitalisten sich mit Millioneninvestitionen in Zimbabwe (Rhodesien) an der Ausplünderung der schwarzen Kollegen in den sogenannten Niedriglohnländern beteiligen, während sie uns hier kurztrampeln lassen, erhielt starken Beifall von der Belegschaft.

Der Arbeitsdirektor erntete für seinen im Tonfall einer Leichenrede gehaltenen Bericht zur wirtschaftlichen Lage Gelächter und Spott. Überhaupt ist es nicht so, daß die Belegschaft nun angesichts der Krisenauswirkungen ihre Interessen völlig zurücksteckt.

Im Gegenteil. Es wurden Forderungen erhoben, die sich nicht nur an die Klöckner-Kapitalisten richten. Außer, daß die Klöckner-Herren nicht bereit waren, die Differenz zwischen 68 % Kurzarbeitergeld und 90 % des letzten Nettolohnes zu zahlen, wurde z. B. auch angeprangert, daß die Arbeiter und Angestellten keine Kontrolle über ihre Sozialversicherungsbeiträge hätten, und daß die Schichtzulagen bei der Berechnung des Kurzarbeitergeldes völlig unberücksichtigt bleiben.

Wiederholt wurde die IGM aufgefordert, ihre Kraft für die Änderung dieser schlechten Lage **sofort einzusetzen**. Die verschärfte Krisen**entwicklung** läßt die Illusionen über die Mitbestimmung zerplatzen. Ein Beitrag unserer Zelle, der an Hand der Erfahrungen aufzeigte, daß die ganze Mitbestimmung der Gesunderhaltung des Betriebes mehr diene als der Durchsetzung der Interessen der Belegschaft, wurde mit stürmischem Beifall der Belegschaft unterstützt. Der Betriebsratsvorsitzende Heinz Röpke, DKP, sagte, daß es viel mehr bringen würde, wenn die Gewerkschaft ihre Kraft für die Verwirklichung der auf dieser Versammlung erhobenen Forderungen einsetzen würde, als die ganze Quaddelei um Mitbestimmung.

Auf der Versammlung kam auch der stärker werdende Wunsch nach Einheit zum Ausdruck. So zum Beispiel als ein Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes (CMV) die Kollegen unter dem Schlachtruf "Solidarität der Demokraten gegen die Verfassungsfeinde" gegen die fortschrittliche Betriebsratsmehrheit aufzuwiegeln versuchte. Die Belegschaft war drauf und dran, diesen Herrn vom Podium zu holen, wenn er nicht selbst den Rückzug angetreten hätte.

Der Wunsch nach Einheit kam auch in dem Beifall zum Ausdruck, den ein Genosse unserer Zelle erhielt, in dem die Wahlanfechtung des CMV als Spaltungsmanöver zurückgewiesen und dazu aufgefordert wurde, sich in der IG Metall mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß diese Gewerkschaft auch wirklich die Interessen und Forderungen der Lohnabhängigen vertritt und so eine klassenbewußte und kampfstarke Einheitsgewerkschaft wird. In demselben Beitrag, der starken Beifall erhielt, wurde die Belegschaft aufgerufen, am 1. Mai öffentlich zu demonstrieren, daß sie nicht bereit ist, die Krise auf ihren Buckel abwälzen zu lassen.

Nach der kürzlich durchgeführten Betriebsratswahl kann man in bezug auf die Betriebsversammlung insgesamt sagen, daß sie ein weiterer Schritt in Richtung Vereinheitlichung der Belegschaft auf der Grundlage von Forderungen war.

–Betriebszelle Klöckner Bremen–

Streik gegen 3%



Die Belegschaft des Opti-Werks versammelt sich vor dem Werkstor

3 Stunden lang streikten am Donnerstag, den 27.3., 500 der insgesamt 900 Beschäftigten der Opti-Reisverschlußwerke in Essen.

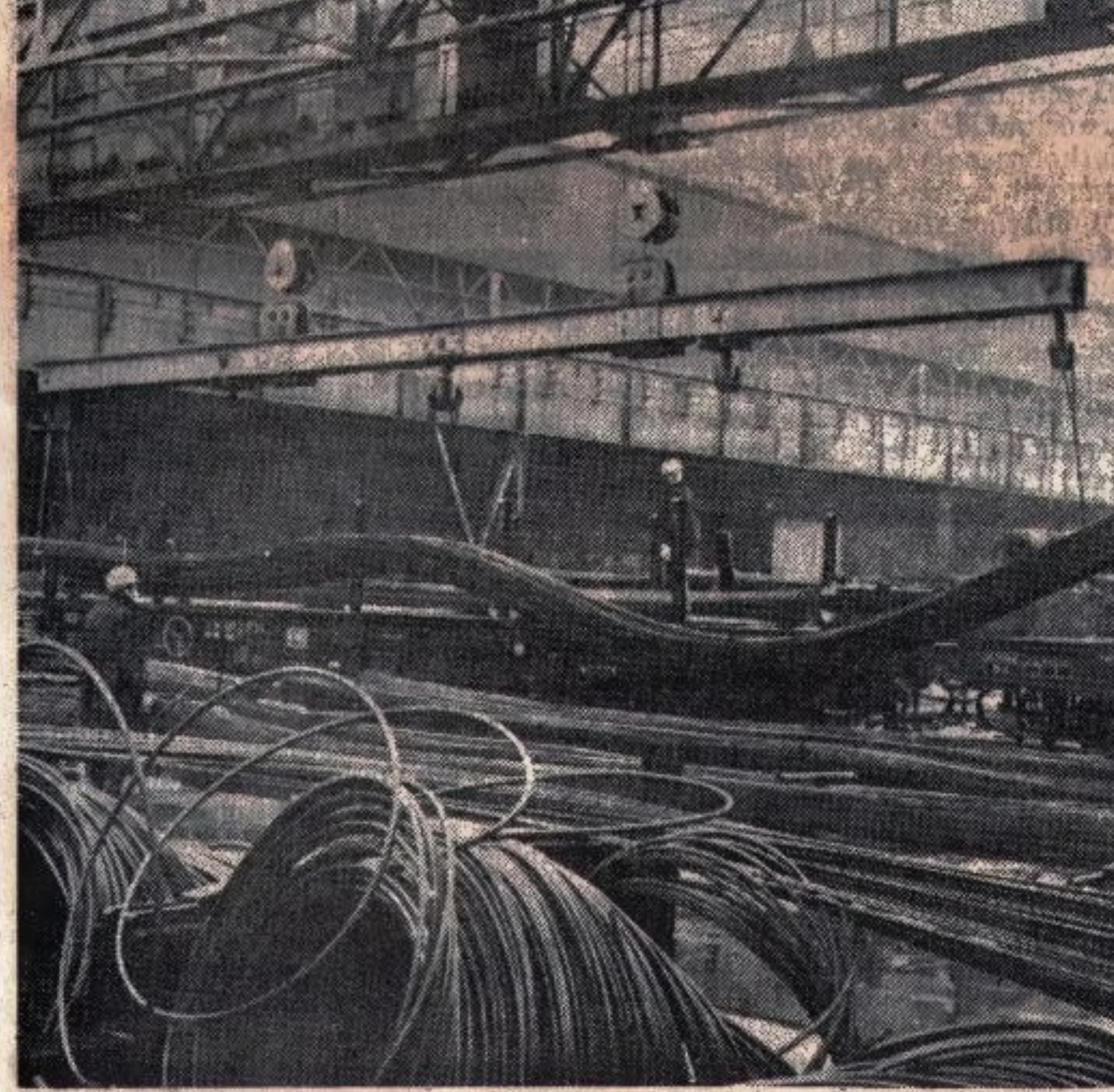
Sie zogen auf die Straße und protestierten damit gegen einen Haustarifvertrag, den die IG Metall Mitte März vorläufig abgeschlossen hatte und der nur lumpige 3 % Lohnerhöhung vorsah. Opti hat außer dem Essener Stammbetrieb noch ein Werk in Ostfriesland und in Duderstadt/Harz.

In beiden Gebieten ist die Arbeitslosigkeit extrem hoch: 14 % und 20 %. Diese Lage benutzte der Unternehmer, um

1. das Arbeitstempo unerträglich zu steigern und
2. den Lohn zu drücken.

Er versuchte, die Belegschaft der drei Werke gegeneinander auszuspielen und zu erpressen. Zunächst machte er kein Angebot, dann bot er 3 %, und drohte, daß jede weitere Lohnerhöhung zu Entlassungen oder gar zur Verlagerung des Betriebs nach Holland führen würde. Die Gewerkschaft ließ sich auf die Erpressung ein, die Essener Belegschaft nicht! Sie fordert neue Verhandlungen, einen gesonderten Haustarif, und mindestens 6,8 %.

Klöckner-Hütte Hagen Haspe



Während der Kurzarbeit auf der Klöckner-Hütte Hagen-Haspe

Überstunden während Kurzarbeit

Hagen. Wie erst jetzt bekannt wurde, müssen die Kollegen der Zurichtereibetriebe während der Kurzarbeit Überstunden kloppen.

In der Zurichterei wird der gewalzte Betonstahl weiterverarbeitet. Sie arbeiten normalerweise im Zweischicht-Turnus und raboten jetzt rund um die Uhr, weil, wie es so schön in der bürgerlichen Presse zu lesen war, die Kunden warten und die Kollegen sich sputen müssen. In den drei Wochen zwischen den beiden Kurzarbeitsperioden wurde nur auf Lager produziert, die Halle vollgepackt bis unter die Decke. Selbst Kollegen aus den Walzwerksbetrieben, die früher einmal in der Zurichterei gearbeitet haben, wurden bestellt, um die Aufträge rauszukriegen. Die Anklagepunkte gegen unseren Betriebsrat, der diesen Überstunden während der Kurzarbeit ja seinen Segen gegeben hat, summieren sich. Wir werden sie ihm auf der nächsten Betriebsversammlung entgegenhalten.

–Kommunistische Gruppe Hagen–

Neptun-Werft

Vor Gericht

Bremen. Auf der Neptun-Werft wollten die Kollegen einen Betriebsrat wählen. Das schmeckte dem Kapitalisten nicht und er entließ 13 Kollegen (siehe Kommunistische Volkszeitung Nr.7/75).

Am 6.März 1975 fand die Güteverhandlung zwischen den entlassenen Neptun-Arbeitern und dem Besitzer der Werft statt. Die DGB-Rechtsabteilung in Bremen hatte den Rechtsbeistand der entlassenen Kollegen übernommen. Die Forderungen lauteten:

Wiedereinstellung der Kollegen bei Nachzahlung des Lohnausfalles

sowie Durchführung der Betriebsratswahl.

Zu einer vorzeitigen Einigung kam es nicht, denn Bartel's Rechtsvertreter lehnte die Forderungen ab. So wurde ein neuer Gütetermin vereinbart, und zwar am 3.7.1975.

Stadtteilzelle Woltmershausen

Prozeß wegen Ford-Streik 1973:

Der Staatsanwaltschaft schwammen alle Felle davon

Köln. Schon im September vorigen Jahres mußte der erste von ca. 5 Strafprozessen wegen des Streiks bei Ford wegen der großen Widersprüche der Belastungszeugen eingestellt werden, die Vorwürfe der "schweren Körperverletzung und des Landfriedensbruches" zerplatzten wie Seifenblasen.

Am 20.3. und vorige Woche am 26.3. fand nun – nach über 1 1/2 Jahren Wartezeit – der Prozeß gegen das Mitglied der im Streik demokratisch gewählten Streikleitung, Frank Kühne, und gegen zwei Türken statt. Die Anklagepunkte lauteten anfangs auf Nötigung und Körperverletzung.

Hauptzeuge der Anklage war der Ford-Manager Zimmermann; dieser also behauptete, Kühne habe ihn am Tor 3 während des Streiks zusammen mit den beiden Türken ("seiner Leibwache") zu Boden geworfen und zusammengetreten; er sei damals drei Wochen krank gewesen und habe heute noch wegen des Nasenbeinbruchs keinen Geruchssinn mehr.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung brachen diese "Beweise" gegen die Angeklagten sang- und klanglos zusammen.

Die erste Belastungszeugin, eine Schreiberin aus der G-Halle, konnte sich nicht mehr genau erinnern und außerdem konnte sie von ihrem Büro aus sowieso sehr wenig erkennen; auch die anderen Zeugen brachten nichts Genaues. Nur Zimmermann selber steckte nicht so schnell auf. Er meinte: Kühne sei damals sein Gesprächspartner am Tor 3 gewesen; er hätte ihn auf Gruppenfotos wiedererkannt. Auf die Frage, ob er einen der beiden Türken wiedererkennen würde, antwortete er: Schwer zu sagen, die gleichen sich ja doch alle.

Ford-Manager: Nicht K., sondern H.

Als die Verteidigung aus einem Protokoll, das Zimmermann 14 Tage nach dem Streik auf dem Kölner Polizeipräsidium gemacht hatte: "... ich muß mich korrigieren, dann war es nicht K., sondern H." (den er auf dem Foto erkannt hätte), da wurde Zimmermann auf einmal ganz unsicher. K. hätte sich sehr verändert, aber er wäre heute ganz sicher, daß er es sei, der gesprochen hätte mit Schaum vor dem Mund, außerdem sähen sich die beiden (K. und H.) ähnlich. Schließlich meinte Zimmermann, das Ganze sei ja doch ziemlich lange her. Diese Aussagen waren insgesamt so unglaubwürdig, daß sogar Staatsanwalt Hahn vorschlug, daß er mit der Einstellung des Verfahrens einverstanden sei.

Der Verteidiger beharrte richtig darauf, daß es gerade wegen der türkischen Kollegen wichtig sei, nicht das Verfahren einzustellen, sondern einen Freispruch zu erzielen.

Um sein Gesicht nicht ganz zu verlieren, beantragte daraufhin die Staatsanwaltschaft: Weiterführung!

Freispruch für die türkischen Kollegen

Ein Meister aus der A-Halle wurde als Zeuge aufgerufen: Er wollte gesehen haben, daß einer der beiden Türken mit einer Flasche in der Faust auf den am Boden liegenden Zimmermann losgerannt sei. Da sich aber bereits eine Traube um Zimmermann gebildet hatte, konnte er nicht sagen, ob mit der Flasche zugeschlagen worden sei.

Der türkische Kollege wies dagegen daraufhin, daß der Meister inzwischen drei verschiedene Versionen der Aussage gemacht habe (bei der Polizei, vor dem Arbeitsgericht und jetzt). In Wirklichkeit habe er die Flasche gehabt, um Wasser zu holen, weil der Automat inzwischen leer gewesen sei.

Nach diesen Aussagen wurde das Verfahren gegen die türkischen Kollegen vorgezogen. Selbst der Staatsanwalt Hahn beantragte "unter schweren Bedenken" Freispruch mangels Beweisen. Die Türken wurden daraufhin noch am ersten Prozeßtag freigesprochen.

Nachdem dem Staatsanwalt so schon alle Felle davongeschwommen waren, hatte er sich im Laufe der Woche etwas Neues einfallen lassen. Einen neuen Strafbestand. Da angeblich die Tore während des Streiks besetzt waren und keiner raus kam, nannte er dies Freiheitsberaubung (§ 239 StGB). Da K. mit zu den Initiatoren des Streiks gehört habe, sei er auch dafür verantwortlich.

Das Gericht zog sich zurück. Die Verteidigung stellte dann in einem neuen Beweisantrag fest, daß von der Streikleitung niemals eine solche Parole (Tore verrammeln!) ausgegeben wurde. Es stimmt, daß während des Streiks Kollegen jederzeit rausgehen konnten. Damit war auch dieser Anklagepunkt hinfällig.

Gegen Mittag entschied das Gericht auf 300 DM Geldstrafe wegen der geleisteten Widerstandshaltung bei der Festnahme "durch einfachen Armschlag beim Abführen zur Feststellung der Personalien". Dieses Urteil ist ein Hohn und diente nur dazu, den ganzen Prozeß nicht als unsinnig erscheinen zu lassen. Von den übrigen Anklagepunkten wurde K. nämlich freigesprochen.

Neben der totalen Entlarvung des Geschäftsleitungszeugen Zimmermann deckte dieser Prozeß, genauso wie der im vorigen Jahr, noch andere Tatsachen auf:

Gegendemonstration: Meister und Vorarbeiter

So mußte erneut ein hoher Polizeibeamter (ein Hauptkommissar, der Einsatzleiter war) zugeben, daß am Schluß des Streiks ein gutes Dutzend (tatsächlich 20) vorläufige Festnahmen "nach Absprachen mit dem Betriebsrat" vorgenommen worden seien.

So konnte Betriebsrats-Sprecher Kuckelkorn, der als Zeuge mit einer großen SPD-Wahlplakette auftrat, dem nur entgegenhalten, daß er nichts für die Aussagen eines Polizeikommissars könne.

So wurde erneut klar, daß die sogenannte "Gegendemonstration der Arbeitswilligen" am letzten Streiktag ein zusammengerotteter Haufen von Meistern, höheren Angestellten und Vorarbeitern war, der den Grund für den Polizeieinsatz, der zur schließlichen Zerschlagung des Streiks führte, liefern sollte.

Insgesamt war es so, daß es die bürgerliche Justiz nicht geschafft hat, den Streik und die daran beteiligten Kollegen, von denen man wahllos 5 herausgegriffen hat, zu kriminalisieren. Von den ursprünglichen Vorwürfen blieb nur ein Trümmerhaufen.

–N., Köln–

Nacht- und Nebel-Abschluss in der IG-Chemie-Tarifrunde

Ohne Forderungen verhandelt / Ein schlechtes Ergebnis als Quittung

Am 26. März hat die Verhandlungskommission der IG Chemie einem Tarifabschluß in der chemischen Industrie für die Tarifrunde 1975 zugestimmt. Am 27. März hat der Gesamthauptvorstand in einer Sondersitzung das Ergebnis gebilligt und den Vertrauensleuten und Tarifkommissionen die Annahme empfohlen. Danach sollen die Löhne und Gehälter um 6,8 % erhöht werden.

Das ist sehr wenig. Zu wenig angesichts der Preis- und Tariferhöhungen im letzten Jahr und angesichts der Steigerung des Arbeitstempos. Und es ist lächerlich angesichts der Gewinne, die vor allem die Großchemie erzielt hat. Erst in diesen Tagen war zu lesen, daß die BASF in ihren Ludwigshafener Stammbetrieben 1974 wiederum einen Gewinnzuwachs von 27,5 Prozent erzielt hat (Frankfurter Rundschau vom 27. März).

Verhandlung ohne Forderung

Zustandegekommen ist dieser ganz und gar unzureichende Abschluß auf einmalige Art und Weise. In einem Schreiben des Bezirksleiters der IG Chemie für Rheinland-Pfalz an die Tarifkommissions-Mitglieder vom 27. März heißt es, daß "mit den Arbeitgebern sondiert werden sollte, ob unter Berücksichtigung der gegenwärtigen differenzierten Entwicklung in der chemischen Industrie, im Vorfeld der Tarifbewegung vorab bestimmte Tarifregelungen im Hinblick auf eine Arbeitsplatzsicherung erzielt werden können. Die Arbeitgeber haben derartige Gespräche davon abhängig gemacht, daß auch die Frage der Lohn- und Gehaltsfindung hierbei mit einbezogen werden müsse." Darauf hat sich die Verhandlungskommission eingelassen und einem Abschluß zugestimmt, ohne daß die Tarifkommissionen auch nur Forderungen beschlossen hatten. Von mehreren Vertrauensleuteversammlungen, so z.B. bei der Firma Merck und bei Röhm in Darmstadt, war eine Festgeldforderung von 180 DM für alle gleich aufgestellt worden. Diese Beschlüsse betrieblicher Körperschaften sind beiseite geschoben worden zugunsten eines vom Hauptvorstand hochgelobten "Arbeitsplatzsicherungsabkommens", das auch der "Spiegel" als "bisher einzigartigen Tarifvertrag" herausgestrichen hat. Einzigartig ist dieses "Arbeitsplatzsicherungsabkommen" in der Tat – nämlich für die Kapitalisten. Bewußt wurde z.B. in Darmstadt von Vertrauensleuteversammlungen die Verhandlung eines solchen Abkommens in Zusammenhang mit der Tarifrunde abgelehnt. Das Hauptargument dafür war, daß die Kapitalisten damit die Lohnforderungen runterdrücken wollen, was ihnen in den Verhandlungen mit dem Hauptvorstand der IG Chemie ja jetzt auch gelungen ist.

Arbeitsplatzsicherungsabkommen: Teuer erkauft, wenig im Sieb

Konkret heißt dieses Arbeitsplatzsicherungsabkommen, daß in den einzelnen Unternehmen ein gewisser Verdienstschutz bei Rationalisierungen eingeführt wurde, der freilich im Fall einer Pleite oder einer Betriebsstillegung nichts nützt. Und weiter ist ein "Unterstützungsverein der chemischen Industrie für arbeitslos gewordene Chemie-Arbeitnehmer" vereinbart worden. Dafür soll ein Fonds eingerichtet werden, der von den Kapitalisten finanziert wird. Sie wollen 0,5 % der Jahres-Brutto-Lohn- und Gehaltssumme (60 bis 70 Millionen DM) in diesen Fonds einzahlen. Anspruch auf Gelder dieses Fonds sollen die Arbeiter und Angestellten haben, "wenn sie 8 Jahre ununterbrochen Betrieben der chemischen Industrie angehört haben und hiervon 4 Jahre im letzten Betrieb beschäftigt waren" und dann auf die Straße gesetzt werden. Allerdings soll man auch nicht sofort dieses Geld beanspruchen dürfen, sondern erst, wenn man 4 Wochen lang Arbeitslosengeld bekommen hat. Falls man bei der Entlassung Geld aus einem Sozialplan erhalten hat, wird dieses erst mit der Brutto-Lohnsumme verrechnet, bevor man einen Zuschuß erhält. Der Zuschuß soll in einer Höhe von 15 % des Arbeitslosengeldes gezahlt werden.

Die Verwaltung des Fonds soll durch einen paritätisch besetzten Ausschuß (Kapitalisten und alle Gewerkschaften, also IG Chemie, DAG und Vereinigung Akademischer Angestellter) erfolgen. Für zusätzliche 0,5 Prozent, die zudem weitgehend in den Händen der Kapitalisten bleiben und die Arbeiter zur "Betriebstreue" anhalten sollen, wurde also einem derart schlechten Lohnabschluß zugestimmt.

Der Abschluß stößt auf Ablehnung

Beide Verhandlungsergebnisse, die 6,8 % sowie die Änderung des Manteltarifvertrages, wurden in Darmstadt von den Kollegen einstimmig abgelehnt. Und folgende Maßnahmen wurden beschlossen: Einstimmig wurde die Forderung nach 180 DM für alle gleich aufgestellt und die Mitglieder der bezirklichen Tarifkommission, die am 3. April tagt, aufgefordert, dafür einzutreten.

Noch vor diesem Verhandlungstermin soll eine Erklärung an die örtliche Presse abgegeben werden, die die Festgeldforderung begründet. Ebenso sollen Flugblätter dazu vor den Toren der chemischen Fabriken der Verwaltungsstelle verteilt werden. Weiter wurde beschlossen, daß aus den Mitgliedern der Vertrauensleutekörperleitungen eine Redaktion gebildet wird, die für die Erstellung der Flugblätter verantwortlich ist.

Weiterhin wurde aufgefordert, eine Vertrauensleuteversammlung auf Bezirksebene durchzuführen. Denn schon gleich am Anfang der Versammlung wurde von einem Kollegen aus Raunheim zu Recht kritisiert, daß zu wenig Vollversammlungen auf dieser Ebene durchgeführt werden. Er meinte, daß gerade die Kollegen von kleineren Betrieben damit isoliert seien.

Was ist zu tun?

Für die Annahme oder Ablehnung der Vereinbarung hat die Verhandlungskommission des Hauptvorstandes eine Erklärungsfrist bis zum 18. April 1975 vereinbart. Vorher beraten noch die Tarifkommissionen.

Es muß dieses Vorgehen in der IG Chemie unbedingt erörtert und kritisiert werden. Ein Mittel dazu sind Stellungnahmen für die "Gewerkschaftspost" der IG Chemie oder besser noch von Körperschaften der IG Chemie. Und in den Betrieben müssen die Tarifkommissionsmitglieder darauf festgelegt werden, dem ausgehandelten Abschluß entgegenzutreten. Die Chemiearbeiter dürfen sich nicht zum Spielball der Interessen der Kapitalisten machen lassen.

W.M.

Ergebnis abgelehnt

Die Jugendvertrauensleutevollversammlung der BASF hat am 1. April in einer einstimmigen Resolution das Vorgehen des Hauptvorstandes in der Chemietarifrunde verurteilt, insbesondere, daß die Kollegen und Vertrauensleute ausgeschaltet wurden, und hat den Abschluß von 6,8 % abgelehnt. Stattdessen wurde eine gestaffelte Forderung für die Lehrlinge von 70 bis 100 DM aufgestellt. Die Große Tarifkommission wurde aufgefordert, dieses Ergebnis abzulehnen und eine eigene Forderung aufzustellen und Verhandlungen darüber aufzunehmen.

Bauer-Druck Hamburg:

Abteilung Reprofotografie

Hier laufen Schwarz-Weiß-Schriftseiten von fast allen Bauer-Heften durch und werden auf einen dünnen Film umkopiert. Die Arbeit wird von Fotolaborantinnen gemacht. Es arbeiten 4 Frauen in 2 Schichten.

Die Frühschicht beginnt um 6.30 Uhr. Jetzt müssen die ganzen Bäder angesetzt werden. Zum Teil äußerst giftige und gefährliche Stoffe, die in Verbindung mit anderen hochexplosiv sind. Es gibt natürlich genaue Vorschriften für das Arbeiten mit diesen Stoffen. Aber die können kaum eingehalten werden, weil es ja schnell gehen muß. Es gab vor einiger Zeit schon einmal eine Explosion, bei der einer Fotolaborantin das ganze Gesicht verätzt wurde und sie das Augenlicht nur deshalb nicht verlor, weil sie zufällig Brillenträgerin ist.

Von 40 bis 60 auf 80 bis 100 Seiten

Kaum ist angesetzt, kommen auch schon die ersten Seiten. Um eine ungefähre Vorstellung von der Zeiteinteilung zu haben, muß man wissen, daß für 3 bis 4 Seiten normalerweise eine Stunde gerechnet wird (auf den Tageszetteln). Vor ca. einem Jahr kam das meistens auch hin. Ca. 40 bis 60 Seiten wurden in einer Schicht umkopiert. Inzwischen ist das auf 80 bis 100 Seiten angewachsen. In derselben Zeit, versteht sich, und mit denselben Leuten; das bedeutet für die Frauen natürlich eine ungeheure Verschärfung der Arbeitshetze. Sie müssen ununterbrochen auf den Beinen sein. Kurze Sitzpausen wie früher gibt es kaum noch. Macht man trotzdem eine kurze Pause, bleiben die Seiten liegen und man muß anschließend doppelt so schnell arbeiten. Für die Fotolaborantinnen bedeutet das, 8 Stunden lang vor der hellerleuchteten Kamera in die Dunkelkammer zu laufen und zu entwickeln. Die Kamera strömt so viel Hitze aus, daß es dort über 35 Grad warm ist – in der Dunkelkammer ist es umso kälter: 15 Grad und niedriger ist die Temperatur. Für die Frau in der Dunkelkammer bedeutet das, 8 Stunden lang mit den Händen in fließend kaltem Wasser zu arbeiten. Schon nach kurzer Zeit sind die Hände total abgestorben und schneeweiß. Diese Arbeit führt zu Gicht in den Händen. Um diese Krankheit zu heilen, muß man die Hände mit Rotlicht bestrahlen. Doch das geschieht nicht in der Arbeitszeit, sondern wird der Frau als Tip für zu Hause gegeben.

Manchmal muß die Arbeit so schnell gehen, daß die Abteilungsleiter sich hinter die Frauen stellen und auf die Seiten warten, was natürlich sehr "beruhigend" ist.

Schichten werden gegeneinander ausgespielt

Klappt irgend etwas nicht, ist zum Beispiel die Kamera kaputt, was seit einem 3/4 Jahr alle 2 Tage vorkommt (sie wird nicht mehr repariert, weil es sich für den Kapitalisten nicht mehr lohnt, da die Abteilung durch eine andere Maschine bald überflüssig wird), dann müssen sich die Frauen von dem Abteilungsleiter sagen lassen, daß sie wohl zu blöd sind zum Arbeiten. Das Schlimmste aber ist, daß die beiden Schichten von den Abteilungsleitern gegeneinander ausgespielt werden. Es muß genau aufgeschrieben werden, welche Seite von welcher Schicht gemacht wird. Sämtliche Hefte werden, ehe sie gedruckt werden, kontrolliert, manche von Herrn Bauer persönlich, schlechte Seiten angestrichen, und dann wird nachgeprüft, wer sie gemacht hat. Jeder Schicht wird vorgehalten, daß die andere besser arbeitet. Das hat zur Folge, daß beide Schichten versuchen, immer mehr zu schaffen als die andere. Hinzu kommt, daß, wenn jemand krank oder in Urlaub ist, oft Überstunden gemacht werden müssen, denn wenn die Seiten nicht rechtzeitig umkopiert sind, muß die Montage warten und verzögert sich im Endeffekt der Druck und auch die Auslieferung der Zeitung.

–H.–

Rücknahme der fristlosen Kündigung

Kassel. Am 19. November 1974 war dem wissenschaftlichen Angestellten Henning Reetz an der Gesamthochschule Kassel fristlos gekündigt worden.

Er hatte ein Flugblatt zur ÖTV-Tarifrunde verteilt, in dem einheitliche Lohnforderungen für alle gleich gefordert wurden. Auch die ÖTV-Betriebsgruppe hatte beschlossen, 200 DM mindestens zu fordern. Ein Unterzeichner des Flugblatts war die damalige Sympathisantengruppe Kassel des KBW. Weiterer Grund für die Kündigung war, daß er die Kommunistische Volkszeitung auf einer Referentenkonferenz in die Diskussion einbrachte und sie verteilte.

Das Land Hessen hatte ihm die Störung des Betriebsfriedens vorgeworfen. Am 19. März 1975 stellte jedoch das Arbeitsgericht fest, daß die Kündigung unwirksam sei, und verurteilte das Land Hessen, Henning Reetz sofort weiterzubeschäftigen und ihm das rückständige Gehalt auszuzahlen.

Gegen die Entlassung hatten der Personalrat der Bediensteten der Gesamthochschule Kassel, die Personalversammlung, die GEW, der Bund demokratischer Wissenschaftler und der Gründungsbeirat protestiert. 1 000 Studenten protestierten im Laufe einer Unterschriftenaktion der Initiativgruppe "Solidarität mit Henning Reetz" schriftlich gegen die Entlassung, ebenso eine studentische Vollversammlung, das Studentenparlament, Fachschaftsräte, verschiedene Seminare, Organisationseinheiten und 40 Dozenten.

Das Schreiben des Personalrats machte schon während des Prozesses Spekulationen über eine mögliche Umwandlung in eine fristgemäße Kündigung unmöglich, da aus ihm hervorging, daß er nicht zustimmen würde.

Das Votum der Personalversammlung und die Unterschriften machten deutlich, daß der Vorwurf, Henning Reetz habe den Betriebsfrieden gestört, unhaltbar ist.

Das starke Interesse der Hochschulangehörigen am Prozeß und die Solidaritätsbewegung übten starken Druck auf das Arbeitsgericht aus. Es ist jedoch wichtig, zu sehen, daß mit dem Urteil des Gerichts der Kampf noch nicht abgeschlossen ist. Das Land Hessen wird versuchen, dieses Urteil zu Fall zu bringen. Darüber hinaus besteht immer noch der Antrag des Kreisvorstandes der ÖTV, Henning Reetz aus der Gewerkschaft auszuschließen. Die Betriebsgruppe Gesamthochschule Kassel der ÖTV hat schon einhellig diesen Antrag verurteilt und seine Zurücknahme gefordert.

Zelle Gesamthochschule Kassel
der Ortsaufbaugruppe Kassel

Druck – Rationalisierung

Wiesbaden. In der Druckbranche ist die Entwicklung bestimmt durch die Zentralisierung des Kapitals, die einhergeht mit Rationalisierungen, Verschärfung der Arbeitshetze und Entlassungen.

So ist z. B. ein Teil der Produktion vom **Wiesbadener Kurier** schon nach Mainz verlagert worden. Der Rest wird folgen. Die **Bertelsmann-Gruppe** und der **Gabler-Verlag** mit Druckerei werden in Zukunft "kooperieren", was nichts anderes heißt, als daß Rationalisierungen durchgeführt und Arbeitsplätze vernichtet werden. Genau wie in den anderen Bereichen der Industrie wird diese Entwicklung in der Druckindustrie begleitet durch die Verlängerung des Arbeitstages und durch die Verschärfung der Arbeitshetze.

In den **Wiesbadener Graphischen Betrieben** wird der Buchdruck rapide abgebaut, dafür kommen die Aufträge jetzt in den Offset-Druck. Es wurde aber nur eine Erweiterungsinvestition getätigt (eine Maschine), was bedeutet, daß die Schichtarbeit zur Dauereinrichtung in der Offset-Abteilung wird.

Als Auswirkung der Rationalisierung wird wahrscheinlich für einige andere Abteilungen, die die Vorbereitung für den Offset-Druck machen, Schichtarbeit eingeführt und im Offset-Druck selbst versucht, Vorgabezeiten einzuführen. Außer daß Arbeitsplätze im Buchdruck verlorengehen, werden die Kollegen im Offset-Druck dauernd angehalten, Überstunden zu schaffen, samstags zu kommen und 12-Stunden-Schicht zu machen.

Entlassungen in Heidelberg

Heidelberg. Beim Heidelberger Tageblatt sind 26 Kollegen gekündigt worden. Weitere Entlassungen sind geplant. Das Tageblatt gehört zum Mannheimer Morgen, der mit der Rhein-Neckar-Zeitung in Kooperationsverhandlungen steht. Die Rhein-Neckar-Zeitung soll im Druckzentrum des Mannheimer Morgens gedruckt werden, das Tageblatt bringt keinen Profit mehr.

Erfolg für die Belegschaft

Betriebsratswahlen am Rehabilitationszentrum in Neckargemünd

Neckargemünd. Am 5./6.3.75 haben zum ersten Mal Betriebsratswahlen am Rehabilitationszentrum in Neckargemünd, einem neueingerichteten Zweigbetrieb des Berufsförderungswerks Heidelberg, stattgefunden.

Das Interesse an der Wahl und damit die Wahlbeteiligung war groß: Im Durchschnitt haben über 75 % der Belegschaft gewählt; bei den Arbeitern sogar 88 %.

Die ÖTV-Mitgliederversammlung hatte ein Wahlprogramm ausgearbeitet und in allen Abteilungen bis auf den Bereich Verwaltungs-Angestellte Kandidaten aufgestellt. Dieses Programm legt als Linie die konsequente Vertretung der Interessen der Belegschaft gegenüber der Geschäftsführung fest und gibt Forderungen an, auf denen sich die Einheit aller Kollegen herstellen läßt. Die ÖTV-Kandidaten konnten überall die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die ÖTV-Liste hat die Wahl klar für sich entscheiden können: Von 11 Betriebsratssitzen konnte die ÖTV 9 Sitze erringen. Im Medizinischen Bereich hatte es eine Gegenliste zum Programm der ÖTV gegeben, die für die Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung eintrat und gegen die Forderungen der ÖTV-Kollegen. Angeführt wurde diese Liste durch einen Pfleger der Klinik. Auch einer der leitenden Ärzte kandidierte auf dieser Liste. Die Kandidaten der ÖTV konnten sich gegen diese Liste klar durchsetzen. Gewählt wurde im Medizinischen Bereich einer der Assistenzärzte, die die Geschäftsleitung im November 1974 zu feuern versuchte und ein Kollege, der bis zum Sommer 1974 an der Rehabilitationsklinik (Berufsförderungswerk) ÖTV-Vertrauensmann war, und dann strafversetzt wurde an das Rehabilitationszentrum Neckargemünd.

Die Belegschaft am Rehabilitationszentrum Neckargemünd hat damit ein eindeutiges Votum abgegeben für die Forderungen, die die ÖTV-Kandidaten vertreten haben:

- Der Betriebsrat muß sich für das Recht eines jeden Kollegen einsetzen, seine Meinung frei zu äußern und sich frei gewerkschaftlich zu betätigen.
- Bei Kündigungen muß der Betriebsrat den betroffenen Kollegen und seine Arbeitskollegen anhören und befragen, bevor er selbst eine Entscheidung fällt.
- Die Urlaubsregelung (Urlaub entsprechend den Schulferien der Kinder) muß vertraglich abgesichert werden.
- Errichtung eines Betriebskindergartens im Rehabilitationszentrum Neckargemünd.
- Fortbildung in der Arbeitszeit.
- Offenlegung des Stellenplans.

–Zelle RZN–

Schwerwiegende Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit

Am 1.April wird in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen ein gemeinsamer Beschluß aller Bundesländer wirksam, der die weitere Zusammenballung von Ausländern in bestimmten Gebieten verhindern soll. Städte wie Stuttgart oder Mannheim, in denen der Anteil der ausländischen Bevölkerung über 12 % liegt, werden zum Sperrgebiet erklärt.

Dabei werden die Ausländer aus der Europäischen Gemeinschaft und den USA mitgerechnet. In diesen Gebieten dürfen sich dann ausländische Arbeiter aus Nicht-EG-Ländern, also insbesondere türkische, jugoslawische, spanische, portugiesische und griechische Arbeiter, deren Aufenthaltsgenehmigung nach dem 1.April ausläuft oder die nach dem 1.April einreisen, nicht mehr ständig aufhalten.

Die einen werden vertrieben, die anderen werden ausgesperrt.

Ein Sperrvermerk im Visum soll den weiteren Verbleib oder den Zuzug verhindern. Wer sich an die Sperrordnung nicht hält, muß mit Strafanzeige und Ausweisung rechnen.

Damit ist für 75 % der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik die Freizügigkeit aufgehoben, zunächst, wie es heißt, für ein Jahr. Schon seit Jahresende sind die ausländischen Arbeiter von außerhalb der EG durch neue Richtlinien der Bundesanstalt für Arbeit zur Vergabe der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung noch weiter entrechtet worden. Eh sind sie der rechtloseste Teil des westdeutschen Proletariats. Zu Hunderten wurden sie in den letzten Wochen rücksichtslos abgeschoben, weil man ihnen eine Verlängerung der Arbeitserlaubnis oder der Aufenthaltsgenehmigung verweigerte. Jetzt wird ihnen auch noch das Recht genommen, wenigstens wählen zu können, wo sie ihre Arbeitskraft verkaufen. Die Möglichkeit, überhaupt einen Ausbeuter zu finden, wird ihnen stark eingeschränkt. Den Kapitalisten, denen sie sich in den ihnen noch offenstehenden Gebieten verkaufen müssen, sind sie umso mehr ausgeliefert. An den Kapitalisten, der sie ausbeutet, werden sie umso mehr gefesselt.

Tausende von ausländischen Arbeitern werden, um nicht zu verhungern, in die Illegalität getrieben werden. Der schwarze Markt für die benötigten Papiere wird nach dieser neuen Behördenmaßnahme unvermeidlich neue Blüten treiben. Wie es auf diesem Markt zugeht, darauf hat jüngst erst der Mülheimer Skandal ein Schlaglicht geworfen. Preise bis zu 4 800 DM hatten dort über Jahre hinweg leitende Beamte des Ausländeramtes für gefälschte Papiere kassiert (s. dazu 'Der Spiegel', Nr.12/75).

Die bürgerliche Klasse hatte im Kampf gegen den Feudalismus selbst die Freizügigkeit des Lohnarbeiters durchgesetzt und die feudale Leibeigenschaft zerschlagen. Die Freiheit des Arbeiters, seine Ware, die eigene Arbeitskraft, überall hintragen zu können, wo sie einen Markt findet, war ebenso wie ihre Kehrseite, nämlich von jeglichem Besitz an den Produktionsmitteln frei zu sein, ja gerade Grundbedingung für den Vormarsch des Kapitalismus.

Dieses Recht auf Freizügigkeit als ein Recht der Arbeiter ist heute der Kapitalistenklasse im Wege, wo ihr ein Teil der ausländischen Arbeiter zu viel ist und vertrieben werden soll, wo sie die Zusammenballungen der Arbeitermassen in den Industriezentren – selbst gesetzmäßige Folge der kapitalistischen Produktionsweise – in den Griff zu kriegen sucht, weil sie in ihnen zu Recht Brutstätten der Rebellion vermuten muß.

Die Kapitalistenklasse will die Krise nutzen, um einen Teil der Arbeiterklasse bis an den Rand der Sklaverei niederzudrücken und die Arbeiterklasse insgesamt zu schwächen, um sie noch mehr ausbeuten zu können.

Die Kapitalistenklasse greift hier nicht bloß einen großen Teil der ausländischen Arbeiter an, sie greift hier die Klasse insgesamt an, weil diese weitere Entrechtung die Spaltung innerhalb der Klasse nur vertieft.

Je mehr die ausländischen Arbeiter den Kapitalisten ausgeliefert sind, je mehr sie jede Bedingung akzeptieren müssen, um nicht zu verhungern, umso schwerer wird es für sie, sich mit den anderen Arbeitern zusammenzuschließen, um sich der Ausbeutung gemeinsam entgegenzustemmen.

Um der Spaltung in deutsche und ausländische Arbeiter entgegenzutreten, ist es deshalb notwendig, gemeinsam gegen die rechtlose Lage der ausländischen Arbeiter anzukämpfen. Die Forderung nach gleichen Rechten für die ausländischen Arbeiter sollte gerade am 1.Mai nachdrücklich erhoben werden. Um diese Forderung zu verwirklichen, ist die obligatorische Einbürgerung aller ausländischen Arbeiter notwendig, sobald sie drei Monate in der BRD oder in Westberlin leben und arbeiten.

–hv–



Ständig von der Abschiebung bedroht

Leserbrief: abgeschoben, einfach so

Es ist bewundernswert, mit wieviel Geduld unsere Gastarbeiter hier in Westdeutschland alles über sich ergehen lassen. Bewundernswert deswegen, weil sie alles einfach stillschweigend hinnehmen. Das zeigt sich in vielen Fällen; einen davon will ich Ihnen hier schildern. Ich war vor ungefähr 4 Wochen für 2 Tage in Witten (Ruhr). Was ich in diesen Tagen gehört bzw. gesehen habe, ist die größte Schweinerei, die es gibt und unseren sogenannten demokratischen Staat kümmert das nicht einmal. Es gibt in Witten ein Gasthaus, in dem sich vorwiegend Türken aufhalten und davon auch einige in besagtem Gasthaus wohnen und zwar so:

Ein Zimmer, das ich selbst gesehen habe, ist 2,50 m lang und 2,80 m breit, also knapp 10 qm. Darin stehen zwei Betten, ein kleiner Schrank, ein kleiner runder Tisch und damit hat es sich, denn mehr geht nicht rein. Für diesen "Salon" müssen die beiden türkischen Gastarbeiter nicht weniger als 280 DM Miete zahlen, ohne Bad, ohne Dusche. So ist das ganze Haus vermietet, zirka 20 "Zimmer". Um den Beweis zu erbringen, daß das nicht das einzige Zimmer solcher Art ist, fragte ich, ob man für mich nicht eine Nacht ein Zimmer hätte. Die Wirtin sagte, für eine Nacht hätte sie was. Es wäre zwar **baupolizeilich verboten** (Entzug der Konzession für Hotel und Pension), aber privat könne sie das. Also das war der Gipfel, als sie mir dann das Zimmer zeigte unterm Dach, traf mich bald der Schlag. Alles verwahrlost, die Treppen schwanken, sanitäre Anlagen überhaupt nicht und dann noch 20 DM dafür. Aus Angst, das Haus könnte brennen oder einstürzen, habe ich da nicht geschlafen.

Fall Nr.2: 4 Gastarbeiter (Türken) bewohnen in Herbede (Ruhr/bei Witten) privat ein Zimmer: sehr kalt, keine Möglichkeit, einen Ofen wegen Platzmangel ins Zimmer zu stellen, der Ofen steht im Flur; Miete pro Mann: 100 DM. Auf die Bitten eines Türken an die Wirtin, sie möge ihm doch noch eine zweite Wolldecke geben, weil er vor Kälte nicht schlafen könne, sagte sie zuerst, das wäre zu teuer usw., bis sie schließlich sagte, er solle ganz ruhig sein, in der Türkei hätte er auf dem Boden geschlafen. Auf meine Frage, was er dann der Wirtin gesagt habe, sagte er, nichts; er sei ja hier Gastarbeiter und dürfe nichts sagen, er und seine Kollegen wären ganz anderes gewöhnt.

Den Beweis, wie man mit Gastarbeitern umgeht, habe ich. Bonn hat die Gastarbeiter reingeholt, weil wir sie notwendig brauchten, und dieses Bonn läßt sie jetzt einfach sitzen. Kein Mensch, am allerwenigsten die Herren in Bonn, kümmern sich um diese Menschen, um ihre Probleme und Sorgen; nach getaner Arbeit werden sie hermetisch isoliert. Die Herren in Bonn machen große Sprüche, wenns um ihr Eigenwohl geht, aber wenns um die Gastarbeiter geht, sind sie taub. Heute geben sie und manche unserer Arbeitnehmer die Schuld an der Arbeitslosigkeit den Gastarbeitern. Pfui Teufel, kann man da sagen, was würde mancher Deutsche tun, wenn er einmal in die Situation käme, im Ausland arbeiten zu müssen, was würde der tun, wenn er von allen isoliert bliebe?

Wie sagte doch am "BILD-Telefon" dieser nette Herr Stingl auf die Frage, ob die Gastarbeiter Vertragsverlängerung bekämen: Ja nur, wenn ein Deutscher die Arbeit nicht machen kann (oder will). Schön Herr Stingl, fein gemacht! Ich bin Putzfrau – wenn Sie mal Arbeit brauchen, können Sie mit mir Toiletten putzen, auch schön.

Jetzt frage ich einmal Bonn (bekomme sowieso keine Antwort): Was dürfen eigentlich Gastarbeiter? Arbeiten, Steuern bezahlen, Arbeitslosenversicherung zahlen, aber sonst den Mund halten. Wie viele werden abgeschoben, nachdem der Betrieb geschlossen wurde. Einfach so, wie man einen ausgedienten Kühlschrank in die Ecke stellt – aber die Arbeitslosenunterstützung bekommen nur wenige und die nur, weil sie genau informiert sind.

Franz Josef Strauß hat in einem Recht, als er sagte, wir wären ein Saustall. Aber die Schweine, die sitzen in Bonn. Wir, die Bevölkerung sind nur das Stroh, auf dem die Schweine sich ausruhen.

–M.W., Mainz–

Interview mit einem Lehrling aus Konstanz

Das Recht auf Ausbildung muss erkämpft werden

Kannst Du erzählen, wie lange Du schon eine Lehrstelle suchst und welche Erfahrungen Du dabei gemacht hast?

Eine Lehrstelle suche ich schon seit zwei Jahren. Das Arbeitsamt wollte mich in den kaufmännischen Bereich stecken. Na gut, da habe ich mehrere Bewerbungen geschrieben, es waren drei. Alle haben abgelehnt außer dem Gericht. Ungefähr fünf bis sechs Leute hatten sich für den Justizdienst beworben. Wir wurden alle zu einem Termin bestellt und mußten fünf Männern unseren Lebenslauf erzählen, obwohl wir ja den schon abgegeben hatten. Dann fragten sie uns nach unserem Hobby, was wir für Bücher lesen und welche Musik wir gerne hören. Das dauerte alles nur eine halbe Stunde. Nach zwei Wochen bekam ich meine Unterlagen zurück. In der Absage stand, sie könnten nur zwei nehmen.

Was hast Du dann versucht?

Zahntechnikerin. Da bin ich aber dann nicht zum Vorstellungstermin, weil ich wußte, daß schon so viele da waren und wir alle eine Prüfung machen müssen. Da habe ich gleich gedacht: Die nehmen dich sowieso nicht.

Dann kam ich auf die Idee, medizinisch-technische Assistentin zu machen. Ich habe mich zuerst hier in Heidelberg beworben. Die haben mir geschrieben, vor 1976 könnte ich nicht anfangen. Dann habe ich's auf der Schule für medizinisch-technische Assistentinnen in Mannheim versucht. In der Absage stand auch, daß die Wartezeiten zu lang wären, und außerdem wollten sie Abiturienten, und ich habe "bloß" die Mittlere Reife.

Durch's Arbeitsamt habe ich dann einen Job in einem Großraumbüro gefunden. Da war ich Bürohilfskraft. Nach zwei Wochen sagten sie, sie bräuchten mich nicht mehr. Wahrscheinlich habe ich nicht schnell genug getippt. Ich hatte eben keine gescheite Ausbildung für so was.

Hast Du Dich gegen diese Kündigung gewehrt?

Ich hatte keinen Arbeitsvertrag, den haben sie mir nicht rausgerückt. Den sollte ich erst nach ein paar Wochen bekommen.

Dann war ich arbeitslos. Nach ungefähr zwei Monaten hat mir das Arbeitsamt einen Sonderlehrgang für Bürogehilfe angeboten. Der Kurs wurde vom Arbeitsamt geleitet. Ich bekam in der Woche 127 DM. Nach zweieinhalb Monaten habe ich Prüfung gemacht.

Hat man Euch gesagt, daß Ihr hinterher Arbeit bekommt?

Ja, wir würden leichter was finden. Ich kam dann zum Goedecke als Büroanfängerin. In der Probezeit bekam ich 800 DM brutto. Nach drei Monaten bin ich rausgeflogen. Als Grund haben sie Rationalisierung angegeben. Ich glaube aber, daß es noch einen Grund gab. Ich mußte öfter zum Arzt, weil ich einen vereiterten Zahn hatte. Ich habe mich beim Betriebsrat erkundigt, ob man immer die versäumte Zeit nacharbeiten muß. Dabei erfuhr ich, daß man zweimal im Monat auch so zum Arzt darf. Das habe ich meinen anderen Kollegen gesagt, die wußten das auch nicht. Dann sind sie auch während der Arbeitszeit zum Arzt.

Der Betriebsleitung hat auch gestunken, daß ich mich mit den Lehrlingen gut verstanden habe und immer gesagt habe, sie sollen sich nicht so viel gefallen lassen. Dann mußte ich am Zahn operiert werden und war acht Tage zu Hause. Als ich noch im Bett lag, kam die Kündigung. Der Betriebsrat hat mir hinterher gesagt, der Boß meint, ich wäre zu oft krank. Der hat mit der Geschäftsleitung unter einer Decke gesteckt. Der Betriebsrat hätte für unsere Rechte, z.B. daß man zum Arzt darf, eintreten müssen, statt die Kündigungen zu unterschreiben.

Dann habe ich 16 Bewerbungen für eine Lehrstelle in einem Druckbetrieb losgeschickt. Ich wollte Schriftsetzer oder Buchbinder lernen. Von zweien habe ich eine Antwort bekommen. Ich bin zu dem, bei dem ich am schnellsten anfangen konnte. Meinen Lehrvertrag wollte der Chef auch nicht rausrücken. Nach vier bis fünf Wochen hat er mir ihn dann aber zum Unterschreiben gegeben, und dann hat er ihn an die Innung geschickt. Da hatte ich wieder nichts in der Hand. Am ersten Tag hat der Meister auch gleich gesagt, ich soll mir kein Vorbild an dem anderen Lehrling nehmen, der wäre in der Schule schlecht und wäre auch so oft krank. Ich hab mich aber gut mit ihm verstanden.

Dann habe ich mit dem Meister Krach gekriegt wegen der Berufsschule. Bei uns haben sie Blockunterricht eingeführt. Da muß man hintereinander eine Woche lang in die Schule und schafft anschließend längere Zeit ohne Unterbrechung. Der Meister hat gesagt, ich hätte doch die Mittlere Reife, da bräuchte ich nicht hin, und außerdem würde er keine Lehrlinge bezahlen, die nur in der Schule hocken. Ich bin aber trotzdem in die Schule.

Dummerweise bin ich nach ungefähr sechs Wochen wieder krank geworden. Diesmal war's die Grippe. Das kann ja jedem passieren. Ich habe ein Attest vom Arzt hingeschickt. Am gleichen Tag hat der Chef die Kündigung unterschrieben. Es stand keinerlei Begründung drin. Mündlich hat er mir gesagt, er hätte Angst, daß ich noch öfter krank würde, und ich hätte ihn sofort anrufen müssen und sagen, was ich habe. Aber der hat gar kein Recht, zu wissen, was für eine Krankheit ich habe. Dann hat er noch gesagt, ich sei vielleicht nicht kräftig genug für die Arbeit. Dabei mußte ich immer die Bücher für ihn schleppen.

Die Gewerkschaft konnte nichts machen, weil ich in der Probezeit war. Ich bin dann gleich noch zu dem zweiten Betrieb, weil da die Lehre erst später anfängt. Wir waren sechzehn Bewerber für Schriftsetzer und Drucker, sechs wollten sie nur nehmen. Wir mußten alle zusammen eine Prüfung machen: Rechtschreiben, Rechnen, Allgemeinwissen. Heute bekam ich Bescheid, daß sie mich nicht nehmen, weil ich schon so alt bin. Ich bin 21 Jahre. Kein Wunder, daß man schon so alt ist, wenn man jahrelang eine Lehrstelle sucht und keine findet.

Wie meinst Du, muß die Situation der Jugendlichen verbessert werden?

Wenn die Schulabgänger keine Lehrstelle finden, müssen sie wenigstens Arbeitslosengeld kriegen. Sie müssen auch in die Schule gehen dürfen und selbst auswählen, in welchen Unterricht sie wollen. Die brauchen auch die Facharbeiterprüfung, damit sie wenigstens eine Ausbildung haben. Ich bin der Meinung, daß alle Jugendlichen zusammen bis zum 18. Lebensjahr ausgebildet werden müssen und daß sie in der Schule auch schon die praktischen Grundkenntnisse beigebracht bekommen. Wenn wir die Einheitsschule hätten, dann gäbe es keine Spaltung zwischen den Jugendlichen in solche, die arbeitslos und ohne Ausbildung sind, und die, die in die Schule gehen und was lernen dürfen. Der Staat muß uns auch alle Bücher und die Kleidung bezahlen. Ich finde, es wird erst besser, wenn die Jugendlichen sich zusammenschließen und gemeinsam für das Recht auf Ausbildung kämpfen. Wenn man nur alleine dasteht, dann denkt man schnell, man ist eben ein Versager und es liegt an einem selber. Aber eigentlich ist doch die Gesellschaft schuld, denn wir wollen doch was lernen und was arbeiten, bloß dürfen wir das nicht.

L.S

2. ordentliche Delegiertenkonferenz des KBW



Mit dem Gesang der Internationalen wurde die Delegiertenkonferenz beendet

Am 28. und 29. März fand in Ludwigshafen die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) statt. Die gegenwärtig rund 1 700 Mitglieder in 46 Orts- und Ortsaufbaugruppen wurden durch 98 Delegierte vertreten. Außerdem waren als Gäste anwesend die Vertreter von 76 kommunistischen Gruppen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Anwesend war als ausländischer Gast ein Vertreter des Kommunistischen Bundes Wien.

Der 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz lagen der Politische Bericht des Zentralen Komitees, der Organisations- und der Wirtschaftsbericht des Zentralen Komitees vor. Der Politische Bericht des Zentralen Komitees war seit sechs Wochen in den Zellen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) beraten worden, sodann auf den örtlichen Delegiertenkonferenzen.

Außerdem hatte der Rechenschaftsbericht den rund 3 000 Mitgliedern der Massenorganisationen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) vorgelegen und den kommunistischen Gruppen, die mit dem KBW zusammenarbeiten.

Nach erneuter Beratung auf der Delegiertenkonferenz wurde der Politische Bericht des Zentralen Komitees einstimmig verabschiedet. Ebenfalls einstimmig verabschiedet wurde der Organisationsbericht und der Wirtschaftsbericht. Der Politische Bericht des Zentralen Komitees wird zusammen mit dem Organisationsbericht veröffentlicht werden, der Wirtschaftsbericht wird im Rahmen des Protokolls der 2. ordentlichen Delegiertenkonferenz veröffentlicht werden.

Die Delegiertenkonferenz beschloß einstimmig, die ordentliche Delegiertenkonferenz in Zukunft zweijährlich durchzuführen und das Zentrale Komitee von 13 auf 15 Mitglieder zu erweitern.

Nach einer ausführlichen Personaldebatte wurde das neue Zentrale Komitee gewählt. Von den 15 Mitgliedern des Zentralen Komitees wurden 13 Mitglieder mit allen Stimmen der anwesenden 98 Delegierten gewählt, ein Mitglied des Zentralen Komitees wurde mit 97 Stimmen und ein Mitglied wurde mit 96 Stimmen gewählt. Das neugewählte Zentrale Komitee besteht aus 9 Arbeiterinnen und Arbeitern, sowie 6 Angehörigen der werktätigen Intelligenz.

Nach der Wahl des Zentralen Komitees führte die Delegiertenkonferenz die Wahl einer Finanzprüfungskommission durch. Sie wurde einstimmig gewählt. Die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz wurde durch das Singen der Internationale beendet.

Am 30. März führte das neugewählte Zentrale Komitee seine konstituierende Sitzung durch. Das Zentrale Komitee wählte seinen Ständigen Ausschuß. Einstimmig gewählt wurden die Genossen Dieter Bock (Elektriker), Martin Fochler (Chemielaborant), Hans-Jörg Hager (Student), Jürgen Klocke (Fräser) und Joscha Schmierer (Redakteur).

Als Sekretär wählte das Zentrale Komitee einstimmig den Genossen Joscha Schmierer.

Das Zentrale Komitee legte die Aufgabenverteilung und die Verantwortlichkeiten innerhalb des Ständigen Ausschusses fest, und bestimmte die Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung.

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees

Gründung des Dachverbandes der Studentenschaften gefährdet

Die Gründung des einheitlichen Dachverbandes der westdeutschen Studentenschaft droht zu scheitern. Die vom MSB Spartakus und vom SHB gestellten Allgemeinen Studentenausschüsse betreiben inzwischen direkt die Spaltung des einheitlichen Verbandes.

Entgegen dem Präsidiumsbeschluß auf Vertagung der Gründungskonferenz auf den 8. Mai haben die vom MSB und SHB getragenen Allgemeinen Studentenausschüsse nach dem Abbruch der Gründungskonferenz am 23. März die Fortsetzung des Kongresses schon für den 10. bis 13. April beschlossen (nach Angaben der DKP-Zeitung "UZ" vom 27. März).

Obwohl inzwischen 70 Allgemeine Studentenausschüsse sich gegen diesen Schritt in einer gemeinsamen Erklärung gewandt haben, betreibt der MSB weiterhin die Einberufung dieser Sonderkonferenz, deren Ergebnis nur ein Sonderbund sein kann, der auf DKP-Linie festgelegt ist. Das ist der bisherige Höhepunkt in einer auf Spaltung angelegten Politik der DKP-Studenten.

Seit der letzten Mitgliederversammlung von vds und SVI hatten sie immer wieder erkennen lassen, daß sie die Bildung eines einheitlichen Verbandes nur dann unterstützen würden, wenn er sich auf DKP-Politik festlegt. Das haben sie getan bei der von ihnen verschiedenenorts eingeleiteten Urabstimmung zugunsten eines einheitlichen Dachverbandes der westdeutschen Studentenschaften, wo sie in den Urabstimmungstext die Anerkennung ihrer Politik hineinpraktizierten und damit den Kampf der Studenten für einen einheitlichen Verband mit politischem Mandat spalteten.

Das haben sie getan auf dem Münchner Kongreß, wo sie die Stimmen der Studentenvertretungen käuflich machten, um sich die Mehrheit von vorneherein durch den Stimmenkauf zu sichern.

Das haben sie jetzt erneut getan auf dem Gründungskongreß, nachdem sie in der Abstimmung über die Satzungspräambel unterlegen waren.

Die DKP-Studenten greifen zum Mittel der Spaltung, weil sie nicht mehr in der Lage sind, mit ihrer Politik Mehrheiten zu bilden unter den westdeutschen Studentenschaften. Im Zentrum ihrer Politik steht die Forderung nach "Ausbau der Hochschulen". Diese Forderung aber erweist sich zunehmend als illusionär.

Keine der beiden Hauptklassen der Gesellschaft, weder die Arbeiterklasse noch die Bourgeoisie, haben daran ein Interesse. Die Arbeiterklasse nicht, weil ihr Bildungsprogramm nicht besteht in einfachem Ausbau des bürgerlichen Bildungswesens mit seinen Abstufungen und Ungleichheiten. Die Hochschulen sind kein Teil des allgemeinen Volksbildungswesens. Sie sind Einrichtungen der bürgerlichen Klasse, Kaderschmieden der Bourgeoisie.

Die Arbeiterklasse kann ihre Befreiung nicht erlangen, indem ein kleiner Teil ihres Nachwuchses an den Hochschulen Karriere macht und darauf vorbereitet wird. Die Bourgeoisie hat aber gegenwärtig ebensowenig Interesse am weiteren Ausbau der Hochschulen, sondern ist voll von Klage über den zu großen "Ausstoß" an Akademikern.

Die Forderung nach Ausbau der Hochschulen wird heute nur noch vertreten von den Ausläufern der Reformbewegung, die an der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren ihren Höhepunkt hatte. Klassenmäßig gesprochen ist es eine Forderung der Mittelschichten und der reformistischen, auf Klassenversöhnung bedachten Strömungen in der Arbeiterbewegung, die auf individuellen Aufstieg setzen für sich oder zumindest ihre Kinder, statt für die Befreiung der Klasse einzutreten.

Man könnte meinen, daß eine solche Forderung dann doch unter den Studenten, denen sie ja geradewegs auf den Leib geschrieben scheint, einen großen Anklang finden müßte.

In der Tat ist die von MSB/SHB vertretene politische Strömung unter den westdeutschen Studenten stark und blieb auf dem Gründungskongreß des neuen Verbandes nur knapp in der Minderheit. Aber sie hat ihren Höhepunkt überschritten und geht Stück für Stück zurück. Zur Mehrheitsbildung ist sie nicht mehr in der Lage, weil der illusorische Charakter der Forderung offenbar wird und die Reformbewegung insgesamt an Kraft verliert zugunsten größerer Polarisierung der Klasseninteressen.

Wenn eine politische Strömung abzuwirtschaften beginnt, dann darf deswegen aber keineswegs zugelassen werden, daß der einheitliche Dachverband der Studenten darüber zerstört wird. Vielmehr wird der einheitliche Verband für die Studenten dringlicher als je, wenn sie ihre Rechte gegenüber dem bürgerlichen Staat behaupten wollen und teilnehmen wollen am Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes um ihre Rechte.

Darum muß allen Spaltungsversuchen entschieden entgegengetreten werden. Das kann man am besten, wenn in der Studentenschaft und ihren Organen darauf hingearbeitet wird, sich an den Kämpfen und Willensbekundungen der Arbeiterklasse und des Volkes zu beteiligen. Forderungen nach ersatzloser Streichung des § 218, nach Arbeitslosengeld für Schul- und Hochschulabgänger, die keine Stelle bekommen, und auf das Recht nach einheitlicher und gleicher Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr für alle Jugendlichen können und müssen jetzt erhoben werden auch von den Studenten.

Es sind das keine Sonderforderungen nur für die Studenten, sondern Forderungen, die den allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes entsprechen.

Auf der Grundlage solcher Forderungen können sich die Studenten am 1. Mai an die Seite der Arbeiterbewegung stellen. So finden sie am ehesten auch Unterstützung für ihre gerechten Forderungen nach Erhöhung der BAföG-Sätze. Und zugleich ist die Entfaltung der Politik in dieser Richtung die beste Gewähr, um unter den Studenten den Willen zu stärken, für einen einheitlichen Dachverband einzutreten und den Dunkelmännern vom MSB Spartakus ihre Kreise zu stören, so daß sie mit ihren Spaltungsplänen zugunsten einer falschen Politik nicht durchkommen.

W.M.

Am 23. März beschloß das Präsidium der Gründungsversammlung mit 4 gegen 2 Stimmen bei einer Enthaltung:

"Nach Wiedereintritt in den Punkt 3.17 der Satzungsdiskussion für den gemeinsamen Dachverband stellt das Präsidium fest, daß die konstituierende Mitgliederversammlung nicht mehr repräsentativ besetzt ist (69 anwesende Mitglieder).

Das Präsidium vertagt daher die Versammlung im Tagesordnungspunkt Satzung und Ordnungen, indem in der zweiten Lesung der Satzungsvorschlag von SVI-Bundesvorstand, JuSo-Hochschulgruppen und LHV als Geschäftsgrundlage zur Debatte stand und bis zum Punkt 3.1.7. beraten und Abänderungsanträge beschlossen worden waren, bis zum 8. Mai 1975.
Das Präsidium beauftragt die amtierenden Vorstände von SVI und vds, für den Zeitraum vom 8. bis 11. Mai 1975 einen geeigneten Tagungsort zu finden und für den notwendigen technischen Apparat zur Weiterführung der am 23. März 1975 um 16.17 Uhr vertagten konstituierenden MV zu sorgen."

Leserkritik

KVZ Nr. 10/75: Kritik am Artikel: "In der VR China dienen die Schulen der Arbeiterklasse und dem Volk"

Der Artikel enthält einige Fehler. In der Einleitung heißt es, daß in der VR China "die Forderung nach obligatorischer, allgemeiner, theoretisch und praktisch die Grundlagen der Produktion vermittelnden Bildung für alle Kinder bis zum 18. Lebensjahr zunehmend verwirklicht wird".

Was heißt "zunehmend verwirklicht"? Bis heute gibt es genügend 6-jährige Grundschulen, so daß jedes Kind Grundschulbildung erwerben kann. Darüberhinaus ist es vielfach schon möglich, Mittelschulbildung zu erwerben. Angestrebt wird eine 10-jährige Einheitsschule, die Mittelschulbildung umfaßt. Die Chinesen haben das Ziel, das bis 1980 zu "popularisieren"; die endgültige Realisierung für **jedes schulpflichtige Kind** ist aber bis dahin nicht möglich.

Das ist so, weil die VR China eben kein sozialistisches Schlaraffenland ist, sondern immer noch ein relativ armes Entwicklungsland.

Falsch ist auch der folgende Satz aus dem Artikel: "Seit der Kulturrevolution steht die produktive Arbeit deshalb gleichberechtigt neben dem theoretischen Lernen."

Richtig ist, daß ein Teil des Unterrichts der produktiven Arbeit gewidmet ist. Dabei ist wichtig, daß es sich hier tatsächlich um nützliche, gesellschaftlich notwendige Arbeit handelt. Vor der Kulturrevolution hatten die bürgerlichen Kräfte die Schüler und Studenten gerade zu solchen Arbeiten eingeteilt, die ziemlich unsinnig waren, um die Teilnahme an körperlicher Arbeit überhaupt lächerlich zu machen.

Falsch ist es aber, die Teilnahme an der produktiven Arbeit **gleichberechtigt** mit den Studien zu sehen. Vielmehr wird nach der Weisung Mao Tsetungs gehandelt: *"Das gleiche gilt für die Schüler und Studenten. Sie befassen sich hauptsächlich mit dem Studium, müssen aber daneben noch andere Dinge lernen, das heißt, neben ihrem Buchwissen Elementarkenntnisse in Industrie, Landwirtschaft und Militärwesen erwerben."*

Es ist in der VR China immer noch nötig, höhere Schulen und Universitäten zu betreiben. Es können noch nicht alle die gleiche Ausbildung erhalten, es ist weiterhin nötig, daß einige zu Spezialisten und Wissenschaftlern weitergebildet werden. Das heißt, daß der Widerspruch zwischen Kopf- und Handarbeit noch existiert und noch lange existieren wird. Es gibt zwar niemanden mehr, der **ausschließlich** Kopfarbeit leistet, aber es gibt noch Leute, die **hauptsächlich** Kopfarbeit leisten. In der Broschüre "Für den Aufbau von sozialistischen Hochschulen der Naturwissenschaften und der Technik kämpfen" (Peking 1971), einem richtungsweisenden Dokument für die Umgestaltung der Hochschulen, heißt es: *"Während der Studienzeit müssen die Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Studenten auf das Studium von Theorien Nachdruck legen. Das deswegen, weil 'die sinnliche Wahrnehmung nur das Problem der äußeren Erscheinung löst; das Problem des inneren Wesens wird erst durch die Theorie gelöst' (Über die Praxis)."*

Die einmonatige Arbeit in Industrie und Landwirtschaft dient dazu, daß die Schüler und Studenten den Kontakt zu den Arbeitern und Bauern nicht verlieren, daß sie weiterhin von den Arbeitern und Bauern lernen und von ihnen kritisiert werden können, damit sie nicht die Mentalität einer Bildungselite entwickeln, die glaubt, was Besseres als das Volk zu sein.

Mit dem gleichen Ziel wird besonders darauf geachtet, daß die Schüler, die höhere Schulen besuchen und die Studenten aus den Reihen der Arbeiter und Bauern kommen.

Neben dem einmonatigen Arbeitseinsatz in Industrie und Landwirtschaft betreiben die Schulen und Universitäten auch eigene Werkstätten und Fabriken. Die Arbeit in diesen steht aber nicht **neben** dem Studium, sie ist notwendiger Bestandteil des Unterrichts. Die schul- oder hochschulbetriebenen Werkstätten oder Fabriken sind zwar auch auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse ausgerichtet, d. h. dort werden nützliche Dinge produziert. Das sieht man daran, daß die Produktion in den staatlichen Plan integriert ist. Aber sie werden im Hinblick auf den **Unterricht**, die **Lehranforderungen** ausgewählt und im Produktionsplan wird darauf geachtet, für diese Erfordernisse genügend Spielraum zu lassen. Insofern dienen diese Werkstätten und Fabriken hauptsächlich der **Ausbildung**. Der Unterricht kann so mit wissenschaftlicher Forschung und Produktion kombiniert werden, wobei die Schüler und Studenten sowohl wissenschaftliche Theorie als auch Produktionsfertigkeiten lernen. Die Theorie wird also nicht von der Praxis getrennt, beide bilden eine Einheit, die das Studium nach Rückkehr in die Produktion unmittelbar verwertbar macht.

Noch eine Korrektur zu den Revolutionskomitees. I.A. aus Hamburg schreibt: "Diese Revolutionskomitees bestehen aus der 'revolutionären Dreierverbindung', d. h. Vertretern der revolutionären Funktionäre, Vertretern der Armee und Vertretern der revolutionären Massen." Das entsprach der Situation in der Kulturrevolution, als sich die Revolutionäre neue Machtorgane, eben die Revolutionskomitees, gegen die revisionistischen Machtorgane schufen. Wenn heute von Dreierverbindung die Rede ist, ist meistens die Einheit von "Alten, Mittelaltrigen und Jungen" gemeint. Das zielt darauf ab, die Erfahrungen der alten Kader zu nutzen und gleichzeitig neue Kader heranzubilden.

–G.M. und M.M., Göttingen–


Bei der Straßenagitation in Mannheim

„Was wollt ihr Kommunisten denn eigentlich?"

Mannheim. Als ich letzte Woche zusammen mit der Krankenhauszelle einen Informationsstand in der Mannheimer Innenstadt durchführte, kam gegen Abend, wir wollten gerade einpacken, ein Mann vorbei und fragte uns etwas herablassend, was wir hier eigentlich wollten. Den Arbeitern ginge es ja gut. Er selbst habe eine eigene Fabrik, von daher wüßte er es ganz genau. Ich stellte laut fest, daß ich mich freue, endlich mal einen Kapitalisten so einfach auf der Straße zu treffen, und stellte mich ebenfalls vor, als Stadtratskandidat des KBW. Schon blieben einige Leute stehen, die das gehört haben. Der Kapitalist meinte, daß es schon Fabrikbesitzer gebe, die man als Ausbeuter bezeichnen könnte, aber das sei heute die Ausnahme.

Es mischte sich ein älterer Kollege ein und fragte ihn, was er denn am Monatsende habe und was seinen Arbeitern übrig bliebe. Darauf wurde der Kapitalist verlegen, das ginge niemanden etwas an, es sei doch klar, daß er etwas mehr habe, er trage schließlich das Risiko. Welches Risiko, fragte ich laut? Das Risiko, arbeitslos zu werden doch sicher nicht. Denn wer nichts arbeitet, von der Arbeit anderer lebt, kann nicht arbeitslos werden.

Nun standen bereits 30 Menschen um uns herum, diskutierten heftig und schauten sich mißtrauisch den Fabrikbesitzer an.

Die herablassende Art und Weise des Kapitalisten führte dazu, daß es fast zu Handgreiflichkeiten kam zwischen einem Lehrling, der mir Recht gab und einem älteren CDU-Mitglied. Wir diskutierten über China, über die Arbeitslosigkeit und die Verhältnisse hier, ob es sich lohne, sie zu verändern und wie das gehen sollte. Zu einer handfesten Auseinandersetzung kam es zwischen dem CDU-Mitglied und einem Rentner, daß einer sogar nach der Polizei rief.

Bis in die Dunkelheit diskutierten noch über 50 Menschen miteinander, der Kapitalist hatte längst die Segel streichen müssen und war verschwunden. "Es ist doch komisch", sagte einer, "aber bei der SPD oder CDU würde ich nicht stehenbleiben, um zu diskutieren." Die anderen gaben ihm Recht.

—Klaus Harder—
Stadtratskandidat des KBW

beitern übrig bliebe. Darauf wurde der Kapitalist verlegen, das ginge niemanden etwas an, es sei doch klar, daß er etwas mehr habe, er trage schließlich das Risiko. Welches Risiko, fragte ich laut? Das Risiko, arbeitslos zu werden doch sicher nicht.
den. "Es ist doch komisch", sagte einer, "aber bei der SPD oder CDU würde ich nicht stehenbleiben, um zu diskutieren." Die anderen gaben ihm Recht.
—Klaus Harder—
Stadtratskandidat des KBW

Nützliche Parteienbefragung

2oo kamen zur Veranstaltung des Jugendforums/ Die bürgerlichen Parteien fanden keinen Beifall

Etwa 200 Jugendliche waren der Aufforderung des "Jugendforums" gefolgt, zu prüfen, was die kandidierenden Parteien und Gruppen auf verschiedene Fragen zu antworten hätten.

Die Fragen wurden zu Beginn der Veranstaltung den Vertretern von CDU, SPD, FDP und Freie Wähler Vereinigung, sowie den erstmals zum Gemeinderat kandidierenden KBW, DKP, Freiburger Bürgerinitiative (FBI) und Bürgerunion vorgelegt. Die Fragen wollten wissen, welches Nahverkehrskonzept die jeweilige Partei habe, wie sie gedenke, die Wohnverhältnisse zu verbessern und wo sie am Haushalt kürzen wolle, um ihre Vorstellungen zu finanzieren. Jede Partei hatte 5 Minuten Zeit, darauf zu antworten. Der KBW nutzte diese Zeit, um deutlich zu machen, warum alle Versprechungen der bürgerlichen Parteien an den miserablen Verhältnissen nichts ändern können: weil sie die Grundfesten dieser Gesellschaft, das private Eigentum an den Produktionsmitteln und an Grund und Boden unangetastet lassen und den Staatsapparat nach Kräften einsetzen, um die Verhältnisse zu verteidigen, wie sie sind. Wir nannten Beispiele: den einstimmigen Beschluß zum Abriß der Freiau-Wohnungen, die Mieterhöhungen durch den Aufsichtsrat der Siedlungsgesellschaft, in dem die bürgerlichen Parteien mit Hilfe der "Kostmiete" die Profite der Baugesellschaften und Banken durchsetzen, ihre einhellige Ablehnung von Renovierungen im Gebiet Kampffmeyerstraße und, was ihre jeweiligen Nahverkehrskonzepte betrifft, die einhellige Fahrpreiserhöhung im Januar 1975. Und wir forderten die anwesenden Parteien auf, ihre Versprechungen in der Tasche zu lassen und zu diesen Punkten konkret Stellung zu beziehen.

Alle übrigen Parteien und Gruppen war nicht in der Lage zu erklären, warum die Verhältnisse so miserabel sind. Sie gaben große Versprechungen ab, die die Anwesenden aus jedem Wahlkampf kannten und deshalb auf keinen Widerhall gestoßen sind.

Die einzige Gruppierung, die neben dem KBW an diesem Abend offensiv auftrat, war die CDU. Griffen wir offensiv die bestehenden Verhältnisse an, so verteidigte die CDU diese offensiv. Resultat war, daß schon in der zweiten Runde die CDU-Sprecher angesichts der Buh-Rufe kaum mehr zu Wort kamen. Ein Zuhörer fragte die anwesenden Parteien, wie sie zur Forderung der Chile-Komitees nach Einstellung jeglicher Unterstützung der Junta und zur Frage des Aufenthaltes von Flüchtlingen in der BRD stünden. Der CDU-Vertreter nahm klar Stellung: Es sei völlig richtig, daß Terroristen keinen Aufenthalt erhielten. Er hatte es danach schwer, überhaupt noch zu Wort zu kommen. Als Vertreter des KBW vertrat ich unsere Forderungen nach Freilassung aller chilenischen Gefangenen und Einstellung jeglicher Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung. Ich benutzte die Gelegenheit, um die Kämpfe der Völker der Dritten Welt insgesamt zu unterstützen und vor allem die großartigen Erfolge der Völker Indochinas im Kampf gegen den Imperialismus. Daraufhin erhoben einige anwesenden Mitglieder der Jungen Union ein großes Geschrei über den "Terror der Kommunisten". Als ich ihnen zurückgab, daß dort die Völker völlig zu recht die Terrorbanden und Marionetten des US-Imperialismus zum Teufel jagen, unterstützten dies die anwesenden Jugendlichen mit viel Beifall.

Eine andere Frage verlangte Auskunft über die Haltung der Anwesenden zum § 218. Einige Parteien meinten, das sei keine Kommunalfrage, der FDP-Kandidat (gleichzeitig Mitglied des Allgemeinen Studentenausschusses) erklärte, über den Allgemeinen Studentenausschuß könne man Adressen bekommen. Die DKP drückte sich um die Beantwortung. Wir dagegen erläuterten unseren Vorschlag, einen Volksentscheid gegen den § 218 durchzuführen, und erhielten auch an diesem Punkt große Zustimmung. Nachdem SPD, DKP, FDP und FBI gerochen hatten, wie die Stimmung im Saal war, schossen sie sich voll auf die CDU ein, vor allem auf den "antidemokratischen Flügel um Strauß und Dregger". Es sollte eine "antifaschistische Einheitsstimmung" produziert werden, um den Blick für die Realitäten zu vernebeln.

Daß dieser Versuch mißlang, zeigte sich bei unserem Schlußbeitrag, die Zuhörer zeigten durch starken Beifall ihre Zustimmung, als ich die bürgerlichen Parteien insgesamt für die miserablen Verhältnisse verantwortlich machte, die allein den Interessen der Kapitalistenklasse entsprechen
Nachdem ich das Schlußwort für den Kommunistischen Bund Westdeutschland gehalten hatte, bröckelte die Versammlung rasch ab. Den Ausführungen von CDU und SPD hörte kaum noch ein Jugendlicher zu, weil die Jugendlichen sich davon nicht mehr viel versprachen. Sie diskutierten vielmehr in kleineren Gruppen und viele kauften die Kommunistische Volkszeitung und die gerade erschienene Wahlkampfbroschüre zu den Wohnungsverhältnissen in Freiburg.

—Michael Moos, Gemeinderatskandidat des KBW, Freiburg—





Wahlkampfbroschüren sind gute Waffen

In den sieben Städten Baden-Württembergs, in denen der KBW zum Gemeinderat kandidiert, geben die Ortsgruppen Wahlkampfbroschüren heraus. Das Bild zeigt eine Broschüre der Ortsgruppe Mannheim.

Insgesamt geben die Ortsgruppen über 20 Broschüren heraus mit einer Gesamtauflage von mehr als 30 000. Die Broschüren untersuchen die Verhältnisse in den Betrieben, im Volksbildungswesen, im Gesundheitswesen, die Umweltverschmutzung sowie die Lage der Arbeiterjugend. Die Broschüren sind für die Ortsgruppen wichtige Instrumente in der Auseinandersetzung mit den Programmen und Versprechungen der bürgerlichen Parteien, die entweder ganz davon Abstand nehmen, sich zu den herrschenden Verhältnissen zu äußern oder sie in rosigen Farben ausmalen. Die Versprechungen dieser Parteien sind bei der Bevölkerung schon lange bekannt, und kaum jemand mag ihnen so recht glauben. Im Hausverkauf, in den Betrieben und Schulen sowie bei den Agitationszentren treffen die Mitglieder der Ortsgruppen deshalb mit den Broschüren auf großes Interesse. Die Auflagen der ersten Broschüren sind in einigen Fällen schon verkauft. So hat die Ortsgruppe Freiburg die 1. Auflage der Broschüre zum Wohnungswesen von 1 000 Stück am ersten Verkaufswochenende völlig verkauft.



Berichtigungen

In der KVZ Nr. 12 sind uns mehrere Fehler unterlaufen.

Auf **Seite 5** wurde von einer Klöckner-Hütte in Hagen-Hasbach geschrieben. Eine solche Hütte gibt es nicht. Es handelt sich um die Klöckner-Hütte in Hagen-Haspe.

Auf **Seite 11** wurde entgegen der Überschrift an einer anderen Stelle das Datum für die Fortsetzung des Gründungskongresses für einen einheitlichen Dachverband mit dem 8. 3. angegeben. Das richtige Datum ist aber der 8. Mai, auf den das Präsidium den Kongreß vertagt hat.

Auf **Seite 9** wurde das Datum der Kommunalwahlen von Baden-Württemberg auf den 24. April verlegt. Das richtige Datum der Wahlen ist der 20. April.

In demselben Artikel wird außerdem an einer Stelle behauptet, "mit dem Gesetz allein wäre der Arzt aber nie weggekommen ...". Richtig muß es heißen, wie auch aus dem vorhergehenden Abschnitt in diesem Artikel hervorgeht: "... wird der Arzt aber nie wegkommen".

Auf **Seite 10** sind in dem Artikel über das in Braunschweig geplante Bleiwerk ebenfalls gleich zwei Fehler enthalten. Bürgermeister Wiswedel ist nicht, wie es dort heißt, Mitglied der SPD, sondern Mitglied der CDU.

Die Resolution, die von der Versammlung verabschiedet wurde, ist auch nicht, wie es dort heißt, eine "Resolution der Bürgerinitiative" gewesen. Es handelte sich um eine Resolution, die von einigen Mitgliedern der Bürgerinitiative eingebracht worden ist.

10 000 beim Ostertreffen in Wyhl

Wyhl: Über 10 000 Menschen beteiligten sich am Ostermontag an dem Protestmarsch gegen den Bau eines Kernkraftwerks in Wyhl und haben damit der Landesregierung erneut gezeigt, daß der Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung nur noch gewachsen ist. Viele Menschen aus dem In- und Ausland waren gekommen, um den Kaiserstühlern ihre Solidarität zu beweisen.

Aufgerufen hatten zu der machtvollen Demonstration die 31 badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, weitere Initiativen gegen Kernkraftwerke in der Schweiz, den Niederlanden, Österreich, Luxemburg und Frankreich.

Zahlreiche Transparente brachten zum Ausdruck, daß die Kaiserstühler auch nach dem für sie günstigen ersten Urteil des Verwaltungsgerichts nicht vorhaben, sich die Initiative aus der Hand nehmen zu lassen. Daß man sich auf die eigenen Kräfte stützen muß, ist ja doch die Haupterfahrung der Kaiserstühler. "Was hat uns Erfolg gebracht? Die Sache in die eigene Hand zu nehmen!" hieß es auf einem Transparent, auf anderen: "Das Volk hat längst entschieden, das KKW wird nicht gebaut!"

Ein Teil der Demonstranten war aus Gebieten angereist, in denen die Bevölkerung ebenfalls gegen den Bau von Kernkraftwerken angeht, so eine Delegation aus Mannheim, die über den Kampf gegen das Kernkraftwerk Kirschgartshausen informierte, aus Schwörstadt, Schweinfurt und aus Kaiseraugst in der Schweiz. Die Schweizer teilten unter Riesenbeifall mit, daß zur selben Zeit in Kaiseraugst der Bauplatz besetzt würde.

Mit dem Ostertreffen ist es gut gelungen, dem Kampf gegen das Bleiwerk in Wyhl weiteren Rückhalt über die Kaiserstühler Region hinaus zu verschaffen.

‚Genossen aus Emmendingen und Freiburg konnten während des machtvollen Treffens mit Erfolg revolutionäre Literatur verkaufen, so über 150 Kommunistische Volkszeitungen, 500 Broschüren "Kein KKW in Wyhl", zahlreiche Bücher über den Aufbau des Sozialismus in China und 15 Programme des KBW. Gut läßt sich unter den Bauern die Debatte führen, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse beschaffen sein müssen, in denen die Entwicklung der Produktion zum Nutzen der Menschen vorangetrieben werden kann.

B.H., Freiburg


Die Musikgruppe der Mannheimer Ortsgruppe des KBW

Ersatzlose Streichung – alles andere ist Betrug

In der Bewegung gegen den § 218 wächst die Klarheit darüber, daß nur die ersatzlose Streichung des § 218 das Ziel sein kann.

Die SPD/FDP-Regierung, die Parteiführungen von SPD und FDP haben nach dem Urteil nicht mehr zu sagen gewußt, als daß alles anders gekommen wäre, wenn statt einer CDU-Mehrheit eine SPD-Mehrheit unter den Richtern geherrscht hätte. Während man sich nach außen noch in der Urteilsschelte übte, hatte man innerlich die Fristenlösung schon begraben und sich daran gemacht, ein Modell, das dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entspricht, auszugraben.

In der "Welt" vom 27./28. März heißt es: "Ein Entwurf der Koalition dürfte nach Ansicht Müller-Emmerts im Mai fertiggestellt werden. 'Als Basis wird, wie ich annehme, mein Modell dienen', sagte Müller-Emmert." Es wird also die Regierung das Müller-Emmert-Modell, ein Indikationenmodell, welches die Gruppe von SPD-Bundestagsabgeordneten schon einmal in den Bundestag eingebracht hat, zu ihrem neuen Gesetzentwurf machen.

Neu muß in diesen Entwurf noch aufgenommen werden "eine Karrenzzeit (Bedenkzeit) zwischen der Beratung der Schwangeren und dem Abbruch" (Welt 27./28.3.), die durch das Urteil vorgeschrieben ist.

Man sieht daran, daß diese ganzen Reformvorschläge stets darauf hinauslaufen, zu verhindern, daß möglichst frühzeitig abgetrieben werden kann, eben weil verhindert werden soll, daß überhaupt abgetrieben wird.

Obwohl die Bourgeoisie und alle bürgerlichen Parteien einheitlich hinter dem Richterspruch stehen, muß die SPD doch versuchen, ihren Einfluß in der Bewegung gegen den § 218 zu halten. Denn sie muß verhindern, daß sich diese Bewegung gegen den bürgerlichen Staat richtet und daß diese Bewegung Klarheit über die Rolle der SPD im Kampf gegen den § 218 erhält.

Zuerst hat sie die Bewegung mit dem Vorschlag der Fristenlösung gespalten und an den bürgerlichen Staat gebunden, weil dieser weiterhin das Recht auf Strafe gegenüber Abtreibungen behalten sollte.

Hat sie jetzt dieses Spaltungsmittel verloren, so zieht sie ein neues hervor. In derselben Ausgabe der "Welt" heißt es, daß Müller-Emmert (SPD) erklärte, daß die Frau, die abtreibt, auf jeden Fall straffrei bleiben soll, "sofern die übrigen Beteiligten beim Abbruch, ob sie nun Täter, Mittäter, Anstifter oder Gehilfen sind, in einem solchen Fall für strafbar erklärt werden". Mittäter oder Anstifter ist z.B. stets der Mann einer Frau, die eine Abtreibung vornimmt, ihre Bekannte und natürlich der Arzt. Man sieht daran gut, warum der § 218 nicht bloß die Frauen, sondern das ganze Volk angeht. Man sieht daran auch, daß die SPD vom Spalten lebt, denn mit diesem Vorschlag will sie der Empörung der Frauen die Spitze nehmen, indem sie ihnen Straffreiheit zusichert.

Warm und behaglich mit dem Urteil will sich nicht nur die SPD-Führung, sondern auch die Gewerkschaftsführung einrichten. Unter ihren Mitgliedern ist die Empörung über das Urteil groß und die Forderung weit verbreitet.

Aber die Gewerkschaftsführung kümmert sich um all die Beschlüsse der Mitglieder und ihrer eigenen Körperschaften wenig.

Eugen Loderer z. B. schreibt in der Zeitung der IG Metall von der "millionenfachen Not, dem Elend und Leiden verzweifelter Frauen", von den "in Not geratenen Frauen und Familien", die zu Abtreibungen gezwungen sind. Aber kein Wort darüber, wie diesem Elend entgegengetreten werden kann, daß der § 218 gänzlich weg muß, weil er dieses Elend noch vergrößert.

In der Zeitung der IG Metall vom 15. März erklärt Eugen Loderer: "Es ist nunmehr unerläßlich, den verbleibenden Spielraum soweit als möglich auszufüllen." Vom Kampf gegen den § 218 ist hier keine Rede, sondern nur von der Unterwerfung unter das Urteil, davon, daß man jetzt ein Indikationenmodell annehmen muß. Die Gewerkschaftsmitglieder sollen hier offensichtlich darauf eingeschworen werden, das Indikationenmodell des Müller-Emmert am 1. Mai zu propagieren. Gelingen wird dies aber nicht.

Auch das Sozialistische Büro Offenbach, das gerne mit einer sozialistischen Organisation verwechselt wird und ein linkssozialdemokratisches Produkt ist, schreibt in der Ausgabe Nr. 5 von "Links" vom März: "Wir müssen mit dem Urteil zum § 218 leben, hoffentlich nicht für immer, aber doch für die nächste Zukunft." Freilich, wer den Kampf gegen den § 218 nicht bis zu seiner völligen Streichung führen will, wird damit leben müssen. Mit der Bewegung gegen den § 218 hat er dann aber nicht viel zu tun.

Schützenhilfe auf besonders üble Art gibt der Bourgeoisie das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel". In seiner Ausgabe vom 24. März brachte er die Titelgeschichte "Sterben die Deutschen aus?". Propagandistisch wird hier versucht, Front gegen das Recht auf Abtreibung zu machen, indem die Gefahr des Aussterbens an die Wand gemalt wird, sollte sich die Geburtenzahl nicht erhöhen.

Aber aussterben werden die Volksmassen nicht, und eine solche Gefahr besteht nur im Kopfe eines bürgerlichen Schreiberlings. Im Gegenteil, die Volksmassen haben eine gute Zukunft vor sich, wenn sie die Ausbeuterherrschaft beseitigen und ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen.

Es steht jetzt an, daß die Bewegung gegen den § 218 dem bürgerlichen Staat das Recht abspricht, Abtreibungen zu bestrafen. Daß sich die Arbeiterklasse und das Volk gegen den § 218 unter der Forderung "Weg mit dem § 218" zusammenschließen und gegen den bürgerlichen Staat selbst entscheidet, ob sie diesen Paragrafen haben will oder nicht.

e.r.



Demonstration am 8.3. in Frankfurt

Veranstaltung der SPD zum Paragraf 218

Nach zwanzig Minuten kam die Donneep zur Sache

Vergangenen Donnerstag, dem 13. März, fand in Velbert eine Veranstaltung der SPD statt unter dem Thema: Die Reform des Paragrafen 218! Als Referentin war keine geringere eingeladen als die Landesvorsitzende Sozialdemokratischer Frauen, Inge Donnepp.

Als Mitglied des Komitees für die Abschaffung des § 218, das sich in Velbert am Tage nach dem Karlsruher Richterspruch gegründet hat, schlug ich dem Komitee vor, diese Veranstaltung des SPD-Ortsvereins zu besuchen.

Obwohl die Veranstaltung mit ca. 80 Personen relativ gut besucht war, konnte man sofort erkennen, daß hier Sozialdemokraten unter sich waren: die SPD-Gewerkschaftsspitze war erschienen, Ratskandidaten reichten der Presse ihr Gesicht rein und man redete sich durchweg mit den Vornamen an.

Bei der Velberter Bevölkerung hat diese Veranstaltung keine Resonnanz gefunden. So wunderte es auch keinen der ca. 15 Komiteemitglieder, daß sie als 'Neulinge' im Zentrum des Erstaunens und zugleich des Argwohns der altgedienten Sozialdemokraten standen.

Nahezu 20 Minuten benötigte die eingeladene Referentin, bis sie zur Sache kam. Zwei Gründe nannte sie für die Fristenlösung: Sie schütze das werdende Leben und durch die Fristenlösung sei die Kriminalisierung von Frauen, die abtreiben lassen, aufgehoben.

Daß die Fristenlösung nun doch nicht durchgekommen sei, liege einzig am Bundesverfassungsgericht (BVG), das mit seinem Urteil ein Meinungsurteil ausgesprochen habe. Und dies sei in jeder Beziehung schlecht, denn abgesehen davon, daß die Fristenlösung verworfen ist, habe das Gericht seine Kompetenzen weit überschritten und unterläge dadurch der Gefahr, beim Volk an Autorität zu verlieren.

Auf die Frage, wie es nun weitergehen solle, wußte die Referentin nur zu erzählen, daß die Besetzung des Bundesverfassungsgerichtes an allem schuld sei und daß man darauf hinarbeiten müsse, über die Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament die Besetzung des Bundesverfassungsgerichtes zugunsten der SPD zu ändern. Also Aufruf an alle: Wählt SPD und wartet getrost auf bessere Zeiten!

In der sich an den Vortrag der Donnepp anschließenden Diskussion versuchten wir nun aufzuzeigen, daß die Fristenlösung eine Forderung der Sozialdemokraten ist, die dem Kampf der Arbeiterbewegung gegen den § 218 die Spitze brechen und die Bewegung spalten will. Außerdem machten wir deutlich, daß die Fristenlösung die grundsätzliche Frage, ob Frauen, die aufgrund ihrer elenden Lebensverhältnisse zu einer Abtreibung gezwungen sind, mit Strafen verfolgt werden sollen, überhaupt nicht berührt. Die unkomplizierte Durchführung der Abtreibung wird verhindert und die Strafandrohung und Bevormundung durch den bürgerlichen Staat bleibt bestehen.

Die Lösung kann nur sein, wenn man die Fahne der Demokratie gegen diesen ganzen bürgerlichen Staatsapparat erhebt. Deshalb kann die politische Perspektive im Kampf für die Abschaffung des Paragrafen 218 nur sein, daß das Volk seinen Willen ausdrückt durch einen **Volksentscheid gegen den Paragrafen 218! Das Volk soll selbst entscheiden!**

Diese Forderung, die im Komitee gegen den § 218 in Velbert zur Zeit breit diskutiert wird, fand unter den Mitgliedern des Komitees, die mit auf der Veranstaltung waren, starken Beifall. Aber auch einigen Sozialdemokraten schien es einleuchtend zu sein, für die Abschaffung des gesamten § 218 und für einen Volksentscheid einzutreten, und sie klatschten ebenfalls Beifall.

NT, Kommunistische Gruppe Velbert,
Sympathisant des Kommunistischen
Bundes Westdeutschland

Resolutionen

Auf der Jugendmitgliederversammlung der IG-Chemie bei der Wolff Walsrode AG wurde folgender Antrag zum § 218 beschlossen

Weg mit dem § 218!

Wir fordern alle Gewerkschafter und gewerkschaftlichen Gremien auf, sich aktiv für die Streichung des § 218 einzusetzen.

Grundsätzlich sprechen wir uns für das Recht aller Frauen auf Abtreibung aus. Gleichzeitig fordern wir soziale Maßnahmen, die es allen Frauen ermöglichen, Kinder zu bekommen und sie unter zumutbaren Verhältnissen zu erziehen.

Gerade die Frauen der arbeitenden Bevölkerung sind immer wieder gezwungen, Abtreibungen vornehmen zu lassen und werden hierbei in die profitgierigen Hände von Kurpfuschern getrieben. Während die Frauen der besitzenden Klasse bei teuren Auslandsaufenthalten in gut eingerichteten Kliniken Abtreibungen durchführen lassen können, und dies allerdings auch nicht unter dem Gesichtspunkt der Existenznot.

Deshalb fordern wir **ersatzlose Streichung des § 218** gegen das reaktionäre Urteil des Bundesverfassungsgerichts die **Selbstbestimmung des Volkes!**

Das heißt, wir treten für die Durchführung einer Volksabstimmung ein.

Druckerjugend gegen § 218

Westberlin. Auf dem Abend der Zentralen Jugendgruppe der IG Druck und Papier am 5.3.75 wurde mit großer Mehrheit ein Beschluß für die ersatzlose Streichung des § 218 gefaßt. Der Beschluß ist ein Antrag zum Landesbezirksjugendtag der IG Druck und Papier, wo diese aufgefordert wird, einen gleichen Beschluß auf dem Landesbezirkstag in Westberlin im April zu verabschieden. Außerdem wird die Jugendgruppe am 1. Mai für die ersatzlose Streichung des § 218 eintreten.

Vorausgegangen war eine Diskussion, ob Fristenlösung oder ersatzlose Streichung. Dabei setzte sich letzteres auch bei den Anhängern der SEW durch.

Wie sich der Staat zum Volksentscheid stellt

Wie verhält sich dieser Staat zu der Forderung nach Volksentscheid? Ich habe im Schlagwortverzeichnis im Generalregister der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen zu Band 1–10 den Hinweis gefunden: Volksbefragung, siehe Hochverrat.

Der Bundesgerichtshof hatte 1955 Mitglieder eines Ausschusses zur Volksbefragung über die Wiederbewaffnung mit den Worten verurteilt: "Das Volk wird gegen die verfassungsmäßig bestellten Organe des Volkswillens ausgespielt. Dabei soll mit der Berufung auf die 'Entscheidung des Volkes' ... der Anschein einer demokratischen Rechtfertigung gegeben werden. In Wirklichkeit bedeutet sie die Unterhöhlung der rechtsstaatlichen Ordnung, indem die wesentlichen Grundlagen der repräsentativen Demokratie und ihre Anerkennung durch das Volk angegriffen und erschüttert werden (BHGSt 7, 230). Die Bundesregierung und die Gerichte bezeichneten die Volksbefragung als einen "Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes".

Wenn man das Grundgesetz durchsieht, ist dort nirgendwo ein Recht des Volkes auf Volksentscheid niedergelegt. Gemäß Art. 26 gibt es gerade das Recht, zu Fragen der regionalen Gliederung des Bundesgebietes Äußerungen, aber auch diese nur unverbindlich, abzugeben. Die Vertreter der herrschenden Klasse haben bei der Beratung des Grundgesetzes die Aufnahme von Volksinitiativen abgelehnt, weil sie "in der Zeit der Vermassung und Entwurzelung in der großräumigen Demokratie die Prämie für jeden Demagogen sind. Sie führen zu einer dauernden Erschütterung des mühsam erkämpften und noch zu erkämpfenden Ansehens des Gesetzgebungskörpers" (Abgeordneter und späterer Bundespräsident Heuß). Selbst in der Schweiz, wo Volksinitiativen garantiert sind, kritisieren die Staatsjuristen "die Vorstellung, daß der Verfassungsgeber (das Volk) .... alles kann, sogar rechtskräftige Urteile ... abändern. Die Volksinitiative ... degeneriert auf diesem Weg ... zu einem gefährlichen Instrument der politischen Agitation und Demagogie".

Nach den Vorstellungen des Grundgesetzes geht die Staatsgewalt zwar vom Volke aus; die Staatsmacht in ihrer organisierten Form, Parlament, Behördenapparat und Justiz, hat diese Staatsgewalt dem Volk aber endgültig abgenommen und hält sie fest im Griff. Jeder Versuch des Volkes, seinen Willen gegen den bürgerlichen Staat durchzusetzen, wird als Angriff auf die Verfassung bezeichnet und unerbittlich zurückgeschlagen.

–S.B., Mannheim–

IGM · Frauenausschuß gegen § 218

Hamburg. Ungefähr 40 IGM-Mitglieder – meist Frauen – waren zu der Versammlung des IGM-Frauenausschusses am 19.3. ins Gewerkschaftshaus gekommen.

Letztes Jahr hatte der Frauenausschuß in Hamburg tausende von Unterschriften gegen den § 218 in Betrieben und an einem Informationstisch in der Innenstadt gesammelt. Schon vor dem Urteil des Verfassungsgerichtes wollte der Ausschuß eine Erklärung gegen den § 218 veröffentlichen.

Dieses Vorhaben scheiterte am Widerstand des DGB-Vorstandes, wie eine Kollegin berichtete und auch heftig kritisierte. Übereinstimmung bestand in der Diskussion darüber, daß der Kampf gegen den § 218 weitergeführt werden muß. Ein Kollege war der Meinung, daß der Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes illegal sei, weil doch offensichtlich die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist. Daraufhin hat eine Kollegin vorgeschlagen, daß man fordern solle: Weg mit dem § 218! Das Volk soll selber entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Es konnte kein Beschluß gefaßt werden zum weiteren Vorgehen, weil die Neuwahl des Frauenausschusses anstand.

Sicher ist aber richtig, was eine Kollegin vorgeschlagen hat: Auf der gewerkschaftlichen 1.Mai-Demonstration müssen die Forderungen erhoben werden: Weg mit dem § 218! Das Volk soll selbst entscheiden!

–S.O., Hamburg–

Polizeieinsatz an einer Kieler Berufsschule

"Wir nehmen eine Einschränkung unserer Rechte von keiner Seite hin" /Das war für uns die beste "Bürgerkunde"

Immer wieder hat es an der Kieler Berufsschule 2-3 große Unruhe und Bewegung unter den Schülern gegeben.

Immer wieder versuchte die Schulleitung, die Unruhe an der Schule zu unterdrücken und ging dabei von Wandzeitungsabrissen, dem Versuch, Schülerversammlungen aufzulösen, dem Einziehen von Flugblättern, dem Drohen gegenüber Schülervertretern bis zu dem Versuch, die Schülervertretung aufzulösen.

Im letzten Herbst z. B. führten wir trotz Verbot der Schulleitung eine Woche Vollversammlungen durch, um für einen vom Berufsverbot bedrohten Lehrer einzutreten. Die Schulleitung hat gute Gründe dafür, daß sie ständig versucht, die Schüler am Widerstand zu hindern, denn es ist klar, daß mit der Verschlechterung der Lage der Berufs- und Vollzeitschüler auch der Unmut und der Widerstand wächst.

So sind an unserer Schule von ca. 250 Jungarbeitern etwa 170 arbeitslos. Die Ausbildung, die sie erhalten, ist denkbar schlecht. Doch auch in den Lehrlingsklassen sieht es zumeist nicht viel besser aus: Die Versorgung mit Lehr- und Lernmitteln ist äußerst mangelhaft, viele Klassen sind überfüllt. Lehrer fehlen und die Räume sind vielfach in einem miserablen Zustand. Neue Lehrpläne und Versetzungsrichtlinien haben die Ausbildungssituation der Vollzeitschüler verschärft und es herrscht Lehrermangel.

Die Schülervertretung hat bereits die ersten Schritte unternommen, das Ausmaß dieser Zustände festzustellen, die Schüler dagegen fest zusammenzuschließen und einen Informationsabend für die Eltern und Lehrer durchzuführen.

Als in dieser Situation am Montag, dem 10.März, vier Flugblattverteiler der Gruppe Rote Fahne (KPD), die hier in Schleswig-Holstein zum Wahlkampf auf sich aufmerksam zu machen versuchen, auf dem Schulgelände erschienen, zeigte die Schulleitung, wozu sie fähig ist. Einige Schüler diskutierten mit diesen Verteilern, als Direktor Hartz herbeigeeilt kam und anordnete, daß die Verteiler sofort das Schulgelände räumen sollten. Gleichzeitig versuchte er, ihnen die Flugblätter wegzureißen.

Die Verteilerinnen erklärten, sie machten von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch. Inzwischen wurden sie und der Direktor von immer mehr Schülern umringt. Ein Schüler sagte, man könne ja wohl selbst entscheiden, mit wem man diskutieren wolle, und die anderen Schüler stimmten zu. Der Direktor erkannte, daß alle sein Vorgehen ablehnten. Er winkte die Polizei herbei, die er bereits vorher herbeitelefoniert hatte. Er gab den 10 bis 12 Polizisten die Anweisung, die Verteiler zu verhaften, da er Anzeige erstatten wolle.

Unter den etwa 150 Schülern brach ein Tumult aus, als die Polizisten die ersten zwei Verteilerinnen im Polizeigriff in den Wagen zerren wollten. Einige Schüler stellten sich empört in den Weg. Dies nahmen die Polizisten zum Anlaß, mit brutaler Härte, mit blanken Fäusten und gezogenen Schlagstöcken gegen die Schüler vorzugehen. Dabei wurde der bisherige Schulsprecher unserer Schule von 3 Polizisten festgehalten, von einem vierten zusammengeschlagen und in den Wagen verfrachtet.

Sofort wurde er mit den vier Verteilerinnen zur Wache gefahren, wie ein Schwerverbrecher an die Wand gestellt, nach Waffen untersucht und danach "erkennungsdienstlich" behandelt. Man erklärte ihm, er habe wie die Verteilerinnen mit einer Anzeige wegen "Hausfriedensbruch" zu rechnen, außerdem mit einer Anzeige wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" und wegen "schwerer Körperverletzung".

Die Empörung und der Zorn der Schüler machte sich im Blockieren der anderen Polizeiwagen, im Trommeln mit Fäusten auf die Wagendächer, im Abbrechen von Emblemen und im Bespucken der Wagen Luft.

Als wir etwas abseits Direktor Hartz stehen sahen, der sich alles angesehen hatte, richtete sich alle Wut sofort gegen ihn. Er wurde von den Schülern umringt und es wurde die Rechtfertigung des Vorgefallenen von ihm verlangt. Den aufgebrachten Schülern, die ihn mit Vorwürfen und Beschimpfungen eindeckten, konnte er nichts entgegnen als: "Politik hat an der Schule nun einmal nichts zu suchen." Daraufhin machten ihm einige Schüler klar, daß dieser Polizeieinsatz für alle die deutlichste Unterrichtsstunde in "Bürgerkunde" gewesen sei, die sie je gehabt hätten, deutlicher als ihm das wohl lieb wäre. Als er erkannte, daß die Sache nicht gut für ihn stand, zog er sich schnell zurück.

Die Empörung der Schüler wurde noch verstärkt, als ein Lehrer am Abend vor einer Klasse erklärte, er sei nur bereit, mit den Schülern weiter eine Arbeitsgruppe zu machen, die erklären würden, daß sie "auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und daß sie sich von allen Schülern distanzieren, die sich nicht im Rahmen der Legalität bewegen". Dies wurde von der Klasse einstimmig als Erpressungs- und Spaltungsversuch abgelehnt.

Zu all diesen Vorfällen rief die Schülervertretung für den nächsten Tag zu einer Vollversammlung auf. Wie zu erwarten, wurde diese Vollversammlung von der Schulleitung verboten. Vor etwa 250 Schülern wurden die Vorfälle nochmal dargestellt.

Dann wurde der Direktor aufgefordert, sich zu rechtfertigen und zu erklären, daß er gegen niemanden Anzeige stellen werde.

Direktor Hartz erklärte lediglich, die Vollversammlung sei verboten, die Schüler sollten zurück in die Klassen gehen, außerdem habe Politik an der Schule nichts zu suchen.

Mehrere Schüler meldeten sich zu Wort und erklärten, was der Satz bedeutet: "Politik hat an der Schule nichts zu suchen." Mehrere Zitate aus Schulbüchern wurden vorgelesen, in denen unsere soziale Marktwirtschaft über den grünen Klee gelobt und jede Kritik daran verteufelt wird, und in denen den drei "staatstragenden Parteien" etliche Seiten gewidmet sind. Broschüren des Unternehmerverbandes, der CDU-Landesregierung werden in der Schule verbreitet. In den Pausenhallen Ausstellungen, sogenannte "Informationsfilme" im Fach Wirtschaftslehre, Bundeswehroffiziere im Unterricht, das alles zusammen ist die eine Seite von "Keine Politik in der Schule" und "Erziehung zum mündigen und kritikfähigen Bürger".

Die andere Seite, das sind Berufsverbote für kritische Lehrer, die sich zusammen mit Eltern und Schülern gegen Mißstände wehren. Das haben wir im Berufsschulzentrum beim Berufsverbot für Klaus Hartwig erfahren. Lädt eine Klasse das "Chile-Komitee" in den Unterricht ein, verbietet die Schulleitung das. Wandzeitungen, Flugblätter, Schülerversammlungen, alles darf die Schulleitung verbieten. Schülervertreter, die "nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen", können jederzeit vom Landesschulamt abgesetzt werden. Wer in der Schule mit Leuten mit bestimmten politischen Auffassungen diskutiert, kann nun auch von der Polizei zusammengeschlagen werden.

Das ist allen Schülern deutlich geworden.

Die Schülervertretung wird nach den Ferien den Informationsabend für Eltern und Lehrer durchführen, um gemeinsame Schritte gegen die Mißstände einzuleiten. In diesem Zusammenhang werden wir auch deutlich machen, daß wir eine Einschränkung unserer Rechte von keiner Seite hinnehmen werden und von der Schulleitung die Zusicherung fordern, daß sie keine Anzeigen erstellt.

–A.B., Rote Zelle Schule, Kiel–

Resolutionen

Viersen.
Der Ortsjugendausschuß der Gewerkschaft Handel Banken Versicherungen (HBV) verabschiedete am 11.3. eine Resolution, in der 12 Stunden Berufsschulausbildung an zwei arbeitsfreien Wochentagen, die Anerkennung aller Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose und ein Arbeitslosengeld von 60 % des Facharbeiterlohnes, mindestens aber 600 DM gefordert werden. Weiterhin treten sie gegen die Spaltung der Lehrlinge und für die Beseitigung der Stufenausbildung ein.

Viersen.
Die Schülerratssitzung der Schülermitverwaltung der berufsbildenden Schulen Viersen begrüßte in einer Resolution vom 21.3. die Demonstration zur Jugendarbeitslosigkeit des DGB am 19.4. in Dortmund. Der Schülerrat fordert Berufsschulausbildung an zwei arbeitsfreien Wochentagen und eine qualifizierte Berufsausbildung.

Dortmund.
Auf einer Vollversammlung des Fachbereiches Sozialpädagogik verabschiedeten dort die Studenten einstimmig eine Resolution zur Unterstützung der DGB-Demonstration am 19.4. in Dortmund. Sie unterstützen die Forderung nach Anerkennung arbeitsloser Jugendlicher als arbeitslose und fordern "eine einheitliche und gleichwertige Schulausbildung aller Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr".

Burscheid.
In einer Resolution begrüßt die Jugendvertretung der Firma Goetze Werke AG die DGB-Demonstration zur Jugendarbeitslosigkeit am 19. April in Dortmund. Die Jugendvertretung fordert, daß der Berufsschulunterricht auf zwei arbeitsfreie Tage ausgedehnt wird.

Köln.
Auch das Gesamtparlament der Fachhochschule Köln beschloß die Demonstration der DGB-Jugend am 19.4. zu unterstützen. Sie fordern Anerkennung der Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose und ein Arbeitslosengeld in Höhe von 60 % des Facharbeiterlohns.

Rheinstetten/Forchheim.
Die Initiativgruppe für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung verabschiedete hier eine Resolution, in der sie "die Absicht des DGB Landesbezirks Baden-Württemberg, am 12.4. eine zentrale Demonstration für eine bessere Berufsausbildung, gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel durchzuführen" begrüßt.

Die Initiativgruppe fordert u. a. die Beseitigung der Stufenausbildung und das Streikrecht für alle Lehrlinge.

Die Wandzeitung erregte großes Interesse

Offenbach. Vielen fortschrittlichen Lehrerkollegen ist in letzter Zeit klar geworden, daß es mit den Reformen nicht mehr vorwärts geht. Was ist zu tun?

Zuerst nahmen wir an den Aktivitäten der GEW gegen die Nichteinstellung von 771 Lehrern in Hessen teil. Wir machten dazu Stände und gemeinsam mit unseren Schülern der 5.Klasse sammelten wir am Kaufpark an einem Tag 400 Unterschriften gegen die Nichteinstellungen.

In den nächsten Unterrichtsstunden berichteten die Schüler ihren Klassenkameraden über ihre gemachten Erfahrungen und beschlossen, auf die Demonstration der GEW zu gehen. Über die Frage, warum nur so wenige Schüler zu diesen Aktivitäten gekommen waren, kamen wir zu dem Entschluß, eine Wandzeitung zur Nichteinstellung in der Schule zu machen, um die anderen Schüler und Lehrer zu informieren. Unter der Überschrift "Einstellung aller Lehrer" wurde mit Zeitungsberichten, Schilderungen eigener Erlebnisse und Interviews über die Nichteinstellung der 771 Lehrer in Hessen informiert. Die Wandzeitung stieß im Schulhof auf reges Interesse. Die Schüler diskutierten fast eine Woche die Problematik. Zwei Tage später hing ein von Schülern der 10.Realschulklasse erstelltes Plakat neben der Wandzeitung der Schüler der 5.Klasse mit folgendem Inhalt: "Werden Schüler der 5.Klasse manipuliert? Wie kommt es, daß Schüler der 5.Klasse über solche Themen reden?" Wir diskutierten in der Klasse diese Wandzeitung und beschloßen, daß eine Delegation von 5 Schülern auf die eigens dazu einberufene Schülervertreter-Sitzung gehen sollte, um den Standpunkt der Klasse zu dieser Frage klarzustellen. In der Schülervertreter-Sitzung prallten die verschiedensten Meinungen aufeinander. Ein Schüler vertrat die Ansicht, "diese 771 abgewiesenen Lehrer seien eh nur linke, und das sei richtig, daß sie abgewiesen seien". Die Mehrheit der Schüler war jedoch der Meinung, daß es wegen des Lehrermangels nicht richtig sei, Lehrer abzuweisen. Da die Meinungen nicht ausdiskutiert werden konnten, beschloß die Schülervertretung eine Versammlung nach den Osterferien zu diesem Thema zu machen.

–U.F., Offenbach–



Demonstration gegen die Nichteinstellung von 771 Lehrern am 15.3. in Offenbach

"Wir stellten 7 Forderungen auf"

Als wir, eine Klasse der Berufsschule in Friedrichshafen mit 17 Schülern, erfuhren, daß der DGB am 12.April in Stuttgart eine Demonstration gegen die Berufsschulmisere und Jugendarbeitslosigkeit durchführen will, entschlossen wir uns, diese Demonstration zu unterstützen und stellten gleichzeitig sieben Forderungen auf, für die auf der Demonstration eingetreten werden sollte.

Dazu gehört die Forderung nach der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr und das die Kontrolle der Ausbildung dem Staat und den Kapitalisten entrissen und durch die Betriebsräte und Gewerkschaften durchgeführt wird.

Diese Forderungen sind im Interesse aller Berufsschüler. Nach eingehender Diskussion, bei der auch noch Ergänzungsforderungen eingebracht wurden, unterschrieben schließlich 15 Schüler unserer Klasse (einer fehlte) diese Forderungen.

Dieses Ergebnis zeigt, daß die Berufsschüler nicht auf die Sonntagsreden einiger Kultusbürokraten und "Ausbildungskontrolleure" hereinfallen, sondern diese durchschauen, weil sie die ganze Misere wöchentlich neu erleben. Es gilt nun, diese Forderungen unter den anderen Berufsschülern bekannt zu machen und für die Demonstration am 12.April möglichst viele Teilnehmer zu mobilisieren.

–J., Friedrichshafen–

Demonstration zur Lage der Arbeiterjugend

In Hamm gibt es 999 jugendliche Arbeitslose ,das sind 14% aller Arbeitslosen

Hamm. Am 22.März demonstrierten dort über 200 Jugendliche gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit.

Aufgerufen hatte zu dieser Demonstration die Sozialistische Jugend Deutschlands und die Falken, eine SPD-Jugendorganisation. In Hamm gab es Ende Februar 999 registrierte jugendliche Arbeitslose, 14 % aller Arbeitslosen in diesem Bereich.

Schlecht war, daß es zu keiner einheitlichen Demonstration mehr kommen konnte, weil man viel zu spät an die DGB-Jugend herangetreten war. Deren Führung teilte mit, man habe keine Versammlung mehr und könne die Initiative nicht unterstützen. Das war schlecht, weil nur die in der Gewerkschaft organisierten Arbeiterjugendlichen die Vorbereitung der Demonstration in die Betriebe und Jugendvertretungen hätten tragen und ihr damit die notwendige Breite hätten geben können.

Unterstützt hat die Demonstration die Initiativgruppe für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum im Hammer Stadtteil Heessen. Sie stellte in einer Resolution zur Demonstration fest: "... Die Initiativen der Regierung helfen den Arbeiterjugendlichen nicht. Im Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollen gerade 600 zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden, während der große Rest zu qualifizierten Hilfsarbeitern ausgebildet werden soll. Das nützt den Arbeiterjugendlichen wenig. Sie müssen fordern: **Anerkennung der arbeitslosen Jugendlichen als Arbeitslose; Arbeitslosengeld für arbeitslose Jugendliche in einer Höhe von 60 % des Facharbeitersecklohnes; Recht für jugendliche Arbeitslose wie auch für jugendliche Hilfsarbeiter auf Teilnahme an Facharbeiterklassen ihrer Wahl; Unterricht in einem Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können.**"

Die Ortsaufbaugruppe Hamm des KBW hat als einzige politische Organisation die Demonstration aktiv unterstützt.

Wir haben in der Vorbereitung der Demonstration die Forderung nach der polytechnischen Einheitsschule vertreten, denn nur die Einheitsschule kann die frühzeitige Spaltung der Arbeiterjugendlichen verhindern und eine umfassende Ausbildung gewährleisten.

Die Demonstration war ein Erfolg, dies vor allem, weil die Klarheit in dieser Frage gewachsen ist. Die Sprechparole: "**Keine Klassenschule mehr – es muß die Einheitsschule her!**" setzte sich bei den meisten Teilnehmern der Demonstration durch, auch bei vielen Falken. Auf der DGB-Jugenddemonstration am 19.4. in Dortmund muß der Kampf gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit und die Ausbildungsmisere zusammengefaßt und breit dargestellt werden.

F.S. OAG Hamm/Red.

„Die Bevölkerung ist feindlich gesinnt"

In der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 3 vom 23. Januar war ein Bild abgedruckt, das Unteroffiziersanwärter während einer Durchschlageübung zeigt. Im Text dazu heißt es unter anderem: *"Auf solchen Übungen werden die Soldaten gedrillt, sich vom Volk getrennt zu bewegen."* Dazu ist zunächst zu bemerken, daß auch in unserem größtenteils dichtbesiedelten Land Situationen vorstellbar sind, in denen auch Angehörige einer Volksmiliz oder -armee gezwungen sein können, größere Strecken ohne Verbindung zum Volk zu überwinden und dann das auf sich gestellte Überleben und Durchschlagen beherrschen müßten.

Daß es der Bundeswehr bei derartigen Übungen aber um etwas anderes geht, nämlich tatsächlich um das Operieren in fremdem Gelände bei feindlich gesinnter Bevölkerung, möchte ich mit einem Beispiel aus meiner eigenen Ausbildung belegen:

Im Februar mußte ich im Rahmen eines Unteroffiziers-Lehrgangs an der Luftlandeschule in Schongau an einer Durchschlageübung teilnehmen.

Es wurde angenommen, daß wir in 6-Mann-Gruppen als Jagdkommandos mit Fallschirmen hinter den gegnerischen Linien abgesetzt worden waren und nach Zerstörung verschiedener Einrichtungen wegen feindlicher Luftüberlegenheit nicht am vorhergesehenen Ort von eigenen Hubschraubern wieder aufgenommen werden konnten.

Wir mußten uns also als "auf sich gestellte Gruppe" durch die feindlichen Linien zur eigenen Truppe durchschlagen. Dazu wurden wir abends irgendwo in uns unbekannter Gegend zwischen Schongau und Füssen abgesetzt, ohne Schlafsäcke und mit der üblich mickrigen Verpflegung. Während der Nächte schlichen wir, wie Verbrecher Ortschaften und Straßen meidend, durch Sümpfe und Wälder; tagsüber verkrochen wir uns in Verstecken und warteten den Einbruch der Dunkelheit ab. Andere Gruppen hatten den Auftrag, uns zu suchen, bzw. Hinterhalte zu legen.

Interessant ist besonders, daß es im Übungsbefehl wörtlich geheißen hatte: *"Jedes Kraftfahrzeug ist als feindlich anzusehen. Die Bevölkerung ist vom Feind eingeschüchtert und der eigenen (!) Truppe feindlich gesinnt. Kontakt mit Zivilpersonen ist verboten."*

Hier zeigt sich, daß die Bundeswehrführung mit Einsätzen in anderen Gegenden und Ländern rechnet, und dort wird das Volk logischerweise der Bundeswehr feindlich gesinnt sein. Oder stellt sie sich bereits Einsätze in Krisenzeiten im eigenen Land so vor, daß man das eigene Volk zum Feind hat? Wir machten jedenfalls die Erfahrung, daß die Bauern der dortigen Gegend uns einfachen Soldaten sehr wohl gesonnen waren, als sie uns mit Verpflegung und Hinweisen halfen.

T.S., Gefreiter
Luftlandeschule/Schongau

Veranstaltung:
Soldaten und Arbeitslosigkeit

Am 6.3. fand in Lüneburg eine Veranstaltung des Soldaten- und Reservistenkomitees zu dem Thema "Soldaten und Arbeitslosigkeit" statt. Diese Ver-

staltung zur Arbeitslosigkeit durchzuführen, auf der Kampfmaßnahmen beschlossen werden sollen. Diese Resolution soll auch an die Vertrauensleutekörper der Lüneburger Betriebe gehen, um dort diskutiert zu werden und ähnliche Resolutionen zu verab-

Der Bundesgrenzschutz übt:
Niederschlagen von Demonstrationen



Braunschweig. Am Donnerstag, dem 6. März, fand in der Kaserne des Bundesgrenzschutzes im Bienroder Weg eine Übung statt. Oberstleutnant Spielmann hatte Oberbürgermeister Jaenicke eingeladen. Thema: "Aufrührer gegen die Maßnahmen der Polizei im Fall Lorenz".

Sieht man diese Übung im Zusammenhang damit, daß in Braunschweig bereits Bauantrag zum geplanten Bleichemiewerk gestellt ist, bereits die ersten starken Proteste erfolgen und damit ebensolche Auseinandersetzungen wie in Marckolsheim zu erwarten sind, dann bekommt sie eine praktische Bedeutung, wofür trainiert werden soll: für den Einsatz gegen die Bevölkerung. Intensiv geübt wird, meinte Spielmann, das Zusammengehen zwischen Grenzschutz und beweglichen Wasserwerfern. Weiter sagte er: "Wir können ebenfalls Tränengas einsetzen oder auch das Tränengas dem Wasser beimischen." (Braunschweiger Zeitung vom 7. März) "Eingesetzt wurde der Grenzschutz so in Braunschweig nach seinen Worten noch nie, wohl aber in anderen Städten. Klar ist, daß der Bundesgrenzschutz bei Demonstrationen nicht von sich aus tätig werden kann. Anforderungen an Kräfte des Bundesgrenzschutzes müssen von der Landesbehörde oder vom Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten gestellt werden." (Braunschweiger Zeitung vom 7. März) Daß das kein Problem ist, sagte Spielmann aber indirekt selbst, wenn sie bereits in anderen Städten eingesetzt wurden.

U., Braunschweig

schweig nach seinen Worten noch nie, wohl aber in anderen Städten. Klar ist, daß der Bundesgrenzschutz bei Demonstrationen nicht von sich aus tätig werden kann. Anforderungen an Kräfte des Bundesgrenzschutzes müssen von der Landesbehörde oder vom Regierungs- bzw. Verwaltungspräsidenten gestellt werden." (Braunschweiger Zeitung vom 7. März) Daß das kein Problem ist, sagte Spielmann aber indirekt selbst, wenn sie bereits in anderen Städten eingesetzt wurden.

U., Braunschweig

Veranstaltung:
Soldaten und Arbeitslosigkeit

Am 6.3. fand in Lüneburg eine Veranstaltung des Soldaten- und Reservistenkomitees zu dem Thema "Soldaten und Arbeitslosigkeit" statt. Diese Veranstaltung wurde gemacht, weil die Entlassung der Reservisten bevorsteht, sie zurück in die Betriebe gehen und sich in den letzten 15 Monaten viel geändert hat.

Zu der Veranstaltung wurden Flugblätter an die Soldaten verteilt, aber auch an die Bevölkerung Lüneburgs, denn auch sie sollte kommen; die Arbeitslosigkeit geht schließlich alle an. Es wurden Kollegen aus Betrieben eingeladen, Vertreter von SPD, CDU, FDP und DKP, sowie der IG-Metall und der ÖTV.

Zu der Veranstaltung kamen dann über 40 Leute, davon waren 10 Soldaten. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Gewerkschaften hielten es nicht für nötig zu erscheinen.

Nachdem ein Referat über die Situation des westdeutschen Kapitalismus gehalten wurde, berichtete ein Kollege aus seinem Betrieb über Rationalisierungen, die vorgenommen wurden. Eine Kollegin, die aufgrund des Flugblattes zur Veranstaltung gekommen war und in der Verwaltung der Bundesbahn arbeitet, berichtete dann, was mit Kollegen passiert, die vom Bund zurückkommen. Sie wurden nicht mehr in ihrer alten Beschäftigung eingestellt, was meistens ein gelernter Beruf war, sondern dort, wo gerade etwas zu tun war. Auf diese Weise wurden Entlassungen verhindert, denn die Kollegen kündigten von selbst, weil sie in ihren gelernten Berufen arbeiten wollten.

Auf Grundlage dieser Diskussion wurde zum Schluß eine Resolution verabschiedet, in der der DGB-Lüneburg aufgefordert wird, eine Veranstaltung zur Arbeitslosigkeit durchzuführen, auf der Kampfmaßnahmen beschlossen werden sollen. Diese Resolution soll auch an die Vertrauensleutekörper der Lüneburger Betriebe gehen, um dort diskutiert zu werden und ähnliche Resolutionen zu verabschieden.

Die Veranstaltung hat sich als positiv erwiesen, weil viele unorganisierte Kollegen aus Betrieben und auch einige Soldaten erschienen waren, von denen viele für die Vorschläge, die auf der Veranstaltung beschlossen und beraten worden waren, gewonnen werden konnten.

C., i.A. Soldaten- und
Reservistenkomitee Lüneburg

Nachdienen – Verlust des Arbeitsplatzes

Es heißt immer für Wehrpflichtige (W-15er), daß sie nach dem geleisteten Wehrdienst in dem Betrieb wieder eingestellt werden müssen, in dem sie vor der Bundeswehr gearbeitet haben. Dies trifft allerdings nur zu, wenn der Soldat an dem Tag zurückkehrt, an dem regulär sein Wehrdienst abläuft. Dient er auch nur einen Tag nach, braucht der Betrieb ihn nicht mehr einzustellen.

In der heutigen Zeit arbeitslos zu sein, ist schon eine harte Sache; das weiß jeder. Und wie leicht man beim Bund in den Knast wandert, weiß auch jeder, der schon mal beim Bund war. Wenn ein Soldat ab und zu mal die Schnauze aufmacht oder gar etwas unternimmt gegen die rechtlose Situation der Soldaten, z. B. nur etwas an die Öffentlichkeit bringt, kann es passieren, daß er ab und zu in die Arrestzelle gesteckt wird. Schnell sind 30 Tage zusammen, die nötig sind, um nachdienen zu müssen. So wird er für eine gerechte Sache gleich dreimal bestraft: Knast, Nachdienen und Verlust des Arbeitsplatzes!

C., Lüneburg
Schlieffen-Kaserne

Fernsehen in Munster:
„Heute keine Liegestütz!"

Munster. Letzte Woche waren einige Reporter des 1.Deutschen Fernsehens in unserem Bataillon. Sie wollten Aufnahmen machen für die Sendung 'Monitor'.

Am Morgen, bei der Befehlsausgabe (die Reporter waren noch nicht da) bekamen wir den Befehl von unserem Kompaniefeldwebel: Den Reportern dürften wir keine Fragen beantworten!

Dann bei der Mittagsparole (jetzt waren die Reporter anwesend) sollten wir wie jeden Mittag ca. 20-50 Liegestützen zur körperlichen Ertüchtigung machen. Die Kompanie war schon vorgetreten und wartete nur auf den Befehl: Fallt in den Liegestütz! In diesem Moment sprang ein Major nach vorne und schrie: *Aufhören, heute keine Liegestützen!* Danach wurden wir dann sofort zum Dienst geschickt.

An diesem Beispiel kann man wieder mal sehen, wie das Volk durch solche "objektiven" Fernsehsendungen verblendet wird. Und auch welche Angst die Offiziere haben, daß ihre Machenschaften ans Tageslicht kommen.

m., Munster
Panzergrenadier-Lehrbataillon 92



Bürgerkriegsübung:
Polizei und Bundeswehr gemeinsam

In Hammelburg wurden Polizisten im "Kampf in Ortschaften" unterrichtet

Das, worüber ich Euch berichten will, geschah vor etwa 7 Wochen: An einem Donnerstag wurden ca. 25 Soldaten unserer Kompanie zu einer Abstellung eingeteilt. Sie führten am Freitagvormittag eine Lehrübung über den "Kampf in Ortschaften" durch.

Lehrübungen sind wie Theaterstücke inszenierte Darstellungen bestimmter Kampfformen und -abschnitte. Sie werden in der Bundeswehr zu Lehrzwecken angehenden Offizieren oder, um Eindruck zu schinden, z. B. vor Landtagsabgeordneten oder auch Schulklassen vorgeführt. Der "Ortskampf" findet im bundeswehreigenen Übungsdorf "Bonnland", einer evakuierten Geisterstadt, statt.

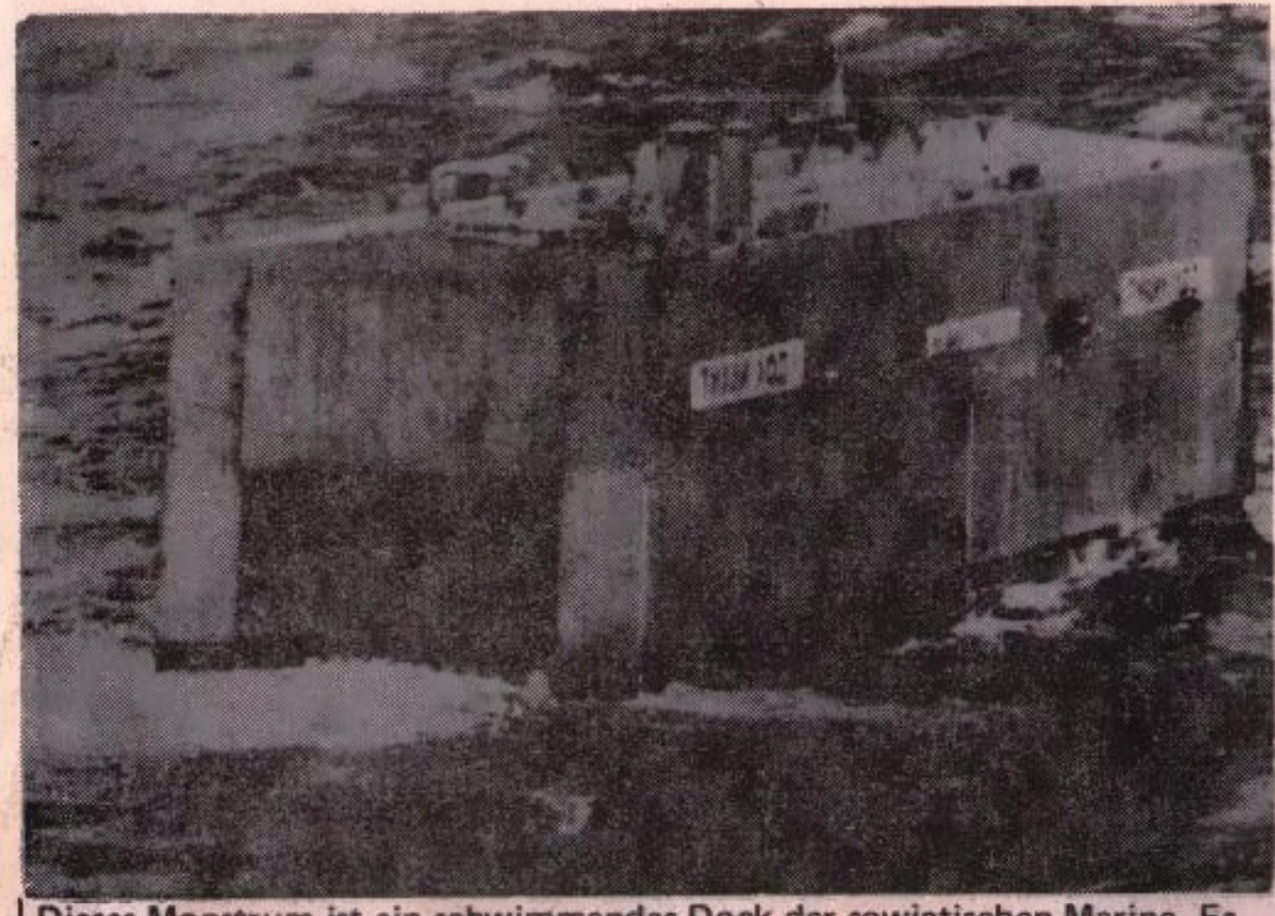
Bemerkenswert an dieser Lehrvorführung war eigentlich nur das Publikum: ca. 30 Mann eines "Sondereinsatzkommandos" der Polizei Nürnberg. Die "Herren" erschienen in Zivil, mit Bundeswehrparka und dem grünen Infanteristen-Barrett, woran das Abzeichen der Stadt Nürnberg befestigt ist. Jeder war mit Pistole und Maschinenpistole bewaffnet.

Ihnen wurde vorgeführt, wie unter Kriegsbedingungen in "feindbesetzte" Häuser (im Polizisten-Jargon: Häuser, in denen sich "Störer" versteckt halten) eingedrungen wird, die Räume einzeln durchkämmt werden und "Feind vernichtet" wird: Unter Feuer ins Haus eindringen, verbarrikadierte Türen werden gesprengt, in jeden Raum zunächst eine Handgranate, dann unter Abgabe eines blinden Feuerstoßes eindringen usw.. Der Chef des "Sondereinsatzkommanos" (er erschien im zivilen BMW) erklärte die einzelnen Abschnitte und betonte die Bedeutung einiger Grundsätze im "Ortskampf", z. B. keine Bewegung ohne Feuerschutz zu machen, für den Einsatz der Polizisten.

Im Anschluß an die Vorführung übten die Polizisten selbst in Bonnland. Die Vorführung war Teil einer Ausbildung, die das "Sondereinsatzkommando" während seines einwöchigen Besuches in unserer Kaserne mitmachte.

Dieses Beispiel für die intensive Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und "Sondereinsatzkommandos" der Polizei gegen das Volk steht sicher nicht allein, wenn auch die Öffentlichkeit darüber uninformiert gehalten wird. Wer die brutale gewaltsame Räumung besetzter Häuser im Frankfurter Westend durch die Polizei miterlebt hat (E.Reiz und A.Kluge zeigen es in ihrem neuen Film), kennt die Ziele solcher Ausbildung von Polizisten bei der Bundeswehr: Die Polizei erlernt militärische Methoden des Kampfes, arbeitet zunehmend enger mit der Bundeswehr zusammen, letztlich wird der Einsatz von Militär gegen den "inneren Feind" vorbereitet.

"Wer ist der innere Feind? Auf Vater und Mutter, Bruder und Schwester sollt ihr nach Kommando schießen! Fürs Vaterland? ... Man wird euch ... in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum zum Schutze des Unternehmertums und in den politischen Freiheitskämpfen der Arbeiterschaft zum Schutze eurer Unterdrücker gegen die Arbeiter, Kollegen und Gesinnungsgenossen zu den Waffen rufen." (K. Liebknecht)



Dieses Monstrum ist ein schwimmendes Dock der sowjetischen Marine. Es bewegt sich derzeit in der Nordsee. Seine Aufgabe ist, ein beweglicher Stützpunkt für die Versorgung und Reparatur der sowjetischen U-Boot-Verbände zu sein. Es ist ein Zeugnis über die imperialistische Flottenrüstung der UdSSR und über den Aufmarsch der sowjetischen Flottenverbände auf den Weltmeeren.

Renault: 7 Wochen Streik

Paris. Am 26. März haben die Gewerkschaften CGT und CFDT bei Renault in Paris-Billancourt eine Demonstration der Arbeiter für ihre Forderungen organisiert.

Die Demonstration wurde im westdeutschen Fernsehen in der Tagesschau gezeigt. Die Renault-Arbeiter haben damit ihren Forderungen Nachdruck verliehen, die sie Anfang des Jahres stellten: Einheitliche Lohnerhöhung von 250 Francs und Verbesserung der Einstufungen, was besonders wichtig ist für die angelernten Arbeiter.

Jetzt werden weitere Forderungen gestellt: Bezahlung der Feierschichten und Rücknahme aller Strafaktionen gegen Arbeiter, die sich am Streik beteiligten.

Kurze Streikaktionen gibt es entsprechend einem festen Plan, der von den gewerkschaftlich organisierten Kollegen bei Renault ausgearbeitet wurde. Seit 7 Wochen streiken täglich kurzfristig die verschiedenen Abteilungen des Werkes in Le Mans. Das hat dazu geführt, daß bisher rund 30 000 Fahrzeuge weniger hergestellt wurden als geplant. Die Geschäftsleitung hat das getroffen, weil es sich um den R 4 und R 6 handelt. Beide Fahrzeuge gehen derzeit gut.

Nichtsdestoweniger hat die Geschäftsleitung versucht, der Belegschaft eine Niederlage zu bereiten. Sie hat Kurzarbeit für den gesamten Konzern mit unterschiedlicher Dauer durchgeführt und das nicht etwa mit schlechter Auftragslage begründet, sondern mit der Störung des Produktionsablaufs durch die Streiks in Le Mans. Die Arbeiter haben dadurch Lohneinbußen gehabt, die teilweise bis zu 1 000 Franc monatlich betragen.

Die Arbeiter wollen die Streiks nicht eher einstellen, als bis Verhandlungen über die Forderungen aufgenommen worden sind. Die Geschäftsleitung will nicht eher verhandeln, als bis die Produktion wieder normal läuft und auch dann will sie nur über die Neueinstufungen reden und nicht über die anderen Forderungen.

So waren die Positionen bis zur Demonstration in Billancourt. Die Geschäftsleitung wollte der gesamten Belegschaft eine Niederlage bereiten. Das ist jetzt gescheitert, obwohl die Geschäftsleitung fest an ihrer Position festhält. Aber sie hat erst einmal den Rückzug antreten müssen: Unmittelbar nach der Demonstration fanden auf zentraler Ebene Verhandlungen statt.

Die Verhandlungen waren kein Erfolg. Die Geschäftsleitung war nach wie vor nur bereit, über die Neueinstufungen zu verhandeln. Aber die Verhandlungen werden am 3. April weitergeführt.

Wie hartnäckig die Geschäftsleitung an ihrer Position festhält, zeigt die Tatsache, daß sie am 1. und 2. April erneut Kurzarbeit für 42 000 Arbeiter – das ist fast die Hälfte der Konzernbelegschaft – anordnete.

Für den 3. April haben die Gewerkschaften zum nationalen Aktionstag der Metallarbeiter aufgerufen. Das ist notwendig, denn die Renault-Arbeiter stehen in der vordersten Front im Kampf um höheren Lohn. Ihr Kampf und die Entwicklung der Solidarität der übrigen Belegschaften ist schwierig, weil zugleich die Arbeitslosigkeit in Frankreich auf über 1 Million angestiegen ist.

–g.j.–

Chile: Umschuldung geplatzt!

Die breite Protestbewegung führte zum Erfolg

Über sogenannte Umschuldungsverhandlungen wollte die chilenische Militärjunta eine Stundung ihrer Schulden erreichen und so neue Kredite beschaffen. Die französische Regierung, die traditionell der Veranstalter der Umschuldungsverhandlungen ist, sagte aber nun die Konferenz kurzfristig ab.

Immer weniger Gläubiger waren zur Teilnahme bereit: nach letzten Meldungen waren nur noch die USA und Spanien zu einer bedingungslosen Teilnahme bereit (Süddeutsche Zeitung, 27.3.75). Alle anderen hatten entweder auf Druck der Solidaritätsbewegung von vornherein abgesagt – wie die britische Labour-Regierung und die Regierungen der Skandinavischen Länder, oder sich wie die Bundesregierung in letzter Minute zu einer Absage entschlossen. Die Bundesregierung hatte kein Interesse, isoliert an der Seite des US-Imperialismus zu stehen.

Der Protest in der BRD war zu breit geworden; sie hätte ihre Teilnahme nicht mehr mit ihrer Masche: "Wir sind Freunde des chilenischen Volkes" rechtfertigen können.

Die Absage der Verhandlungen ist eine schwere Niederlage für die Militärjunta und ein wichtiger Erfolg bei der Unterstützung des chilenischen Widerstands. Die Junta hätte nicht nur die freigewordenen Gelder dringend gebraucht, um die Wirtschaftskrise eindämmen zu können, die immer mehr ihre Herrschaft unterhöhlt. Auch politisch hätte sie einen Erfolg gebraucht, um ihre Position zu sichern, die stärker als jemals zuvor auch aus den Reihen der chilenischen Bourgeoisie angegriffen wird. –p.f.–

IGM Speyer

Die Teilnehmer an der IG Metall-VertrauensleutschulungSpeyer, insbesondere von VFW-Fokker, faßten in der vergangenen Woche folgende Resolution:

"In diesen Tagen sollen in Paris die sogenannten Umschuldungsverhandlungen der chilenischen Militärjunta mit den Gläubigerländern stattfinden. Die chilenische Militärjunta will bei diesen Verhandlungen erreichen, daß ihr die großen Schulden gegenüber anderen Ländern gestundet werden, um sich so weiter an der Macht zu halten. Bisher haben die Länder England, Schweden und Italien ihre Teilnahme an den Verhandlungen abgelehnt. Wir fordern die Bundesregierung als einen der Hauptgläubiger auf, sich ebenfalls nicht an den Umschuldungsverhandlungen zu beteiligen, damit nicht die Bundesrepublik Deutschland zum Helfershelfer der faschistischen Machthaber in Chile wird."

Portugal: Die Revolution kann sich nicht länger auf die Offiziere stützen

Seit dem Scheitern des Putsches der portugiesischen Reaktion unter Führung von General Spinola verstärkt der Imperialismus gegenüber Portugal seine Interventionsdrohungen. Portugal wird mehr und mehr zu einem Land, um das die imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion auf das heftigste miteinander rivalisieren. Gleichzeitig versucht der Offiziersrat, an der Revolution festzuhalten und gerät in große Schwierigkeiten.

Die US-Imperialisten stecken hinter der portugiesischen Reaktion

Der amerikanische Geheimdienst CIA fördert nach Kräften die portugiesische Reaktion, über einen Militärcoup wieder an die Macht zu kommen. Der US-Botschafter in Lissabon, Carlucci, ist dorthin beordert worden von der amerikanischen Regierung nach dem Sturz des Faschismus. Als ausgebildeter CIA-Spezialist hat er den Auftrag, von der Botschaft aus alle Aktionen und Einsätze des Geheimdienstes zusammenzufassen. Besondere "Putsch"-Spezialisten des CIA halten sich außerdem in Spanien und in Portugal auf.

In Spanien bilden sie zusammen mit ehemaligen Offizieren der portugiesischen Armee eine sogenannte Portugiesische Befreiungsarmee (ELP) aus. Wie stark diese Freibeuter-Truppe der Konterrevolution inzwischen ist, weiß man nicht. Jedenfalls sollen sich mehrere Ausbildungslager entlang der Grenze nach Portugal befinden, wo auch zwei Radiosender zur Verfügung für die konterrevolutionäre Propaganda stehen.

Unverhüllte Interventionsdrohungen

Der republikanische Abgeordnete James Backley im amerikanischen Senat hat am 21.März in Washington erklärt, die Lage in Portugal "bedroht die Sicherheit der Vereinigten Staaten". Es sei nicht auszuschließen, "daß Gewalt angewendet wird". Und weiter: "Die kommunistische Offensive in Portugal stellt die USA und ihre Verbündeten in der NATO vor die schwerste Krise seit dem Ende des 2.Weltkrieges." (Le Monde, 23./24.3.75)

Nur zwei Tage später hat Kissinger auf einer Pressekonferenz diese unverhüllte Androhung des militärischen Eingreifens der USA in Portugal noch verstärkt, und zugleich zu einer Angelegenheit des Eingreifens aller NATO-Mitglieder gemacht. Daraufhin haben Belgien, Großbritannien und die westdeutsche Bundesregierung Warnungen und Proteste an die Adresse der portugiesischen Regierung gerichtet, in denen sie sich über die Entwicklung "nach links" beklagen.

Friedrich, der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, hatte die Drohungen seiner Partei allerdings schon im Februar erhoben: Die "Europäische Gemeinschaft könnte kommunistische Diktatur nicht als Partner akzeptieren", sagte er. Er warnte davor, daß in Portugal eine kommunistische Diktatur errichtet werden könnte (Tagesspiegel, 23.2.).

Die Sozialimperialisten wollen Stützpunktrechte in Portugal

Die sozialimperialistische Sowjetunion hat mehrfach an die portugiesische Regierung und den Offiziersrat das Ersuchen gerichtet, in den portugiesischen Häfen mit ihrer Fischereiflotte bunkern zu dürfen. Hinsichtlich des Bunkerns russischer Schiffe in portugiesischen Häfen besteht ein Verbot der NATO, weil die NATO die sowjetischen Fischereiboote ansieht als Schiffe, die weniger dem Fischfang dienen, sondern der militärischen Beobachtung, der Spionage und vor allem der Versorgung der sowjetischen Kriegsschiffe, die auf den Weltmeeren operieren. Wenn die sowjetischen Sozialimperialisten jetzt Ersuchen auf Bunkern in den portugiesischen Häfen an Portugal richten, dann tun sie das, um damit ihr Interesse an Portugal gegenüber den US-Imperialisten und der NATO zur Geltung zu bringen. Sie stützen sich zugleich bei diesem Ersuchen auf die revisionistische Kommunistische Partei Portugals, die sowohl in der Regierung eine starke Position wie im Offiziersrat eine sichere Fraktion hat.

Außerdem versuchen die Sozialimperialisten so, überhaupt sich das Unabhängigkeitsstreben der Offiziere zu Nutzen zu machen. Der neue Außenminister Atunes, der dem Offiziersrat angehört und schon wesentlichen Einfluß auf den schnellen Rückzug aus den Kolonien hatte, hat zum Beispiel jetzt in Algier erklärt, sein Land sei ein Entwicklungsland. Deshalb werde es aus der NATO austreten müssen und sich international dem "Lager der Blockfreien" anschließen.

Die Sozialimperialisten wollen den NATO-Austritt als Hebel für die eigenen Ziele ausnutzen

Der portugiesische Chef der revisionistischen Kommunistischen Partei Portugals, Alvaro Cunhal, der der Regierung als Minister angehört, hat diese Vorstellung über die Unabhängigkeit und Souveränität Portugals aufgegriffen und einen Tag später, ebenfalls in der algerischen Presse, erklärt, der NATO-Austritt könne nur im Rahmen der Entspannungspolitik zwischen Ost und West verhandelt werden. Die "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) sei der richtige Ort dafür.

Damit hat er die Frage des Austritts aus der NATO nicht als eine Frage der Unabhängigkeit und Souveränität Portugals behandelt, sondern er überläßt diese Frage der Entscheidung der Supermächte. Auf der KSZE, wo es den Sozialimperialisten darum geht, unter dem Deckmantel der Forderung nach "Auflösung aller Militärblöcke" die US-Imperialisten aus Europa herauszudrängen, um desto leichter die eigene Hegemonie über das ganze Europa zu errichten, wird so die Blockzugehörigkeit Portugals ein Pfand in der Hand der Sozialimperialisten, mit dem sie gegenüber den US-Imperialisten wuchern können. Zugleich können sie, solange die Machtverhältnisse in Portugal so sind, jederzeit die NATO und die US-Imperialisten mit Hilfe der Revisionisten unter Druck setzen.

Die Handlanger-Politik der Revisionisten kann keineswegs die nationale Unabhängigkeit sichern. Sie macht im Gegenteil Portugal erst recht zum Spielball der Supermächte und erhöht somit die Gefahr eines Krieges in und um Portugal. Der Generalsekretär der NATO, Luns, hat zum Beispiel seine Fühler nach Spanien ausgestreckt, das er fest an die NATO ketten will, damit ein wichtiges Aufmarschgebiet in diesem südwestlichen Teil des Mittelmeeres gesichert wird. Die Fortentwicklung der portugiesischen Revolution ist also durch diese Politik aufs höchste gefährdet.

Die Revolution kann sich nicht länger auf die Offiziere stützen

Die Offiziere und die Revisionisten stützen ihre Macht in Portugal auf die breite Zustimmung der Arbeiterklasse und des Volkes. Die Offiziere haben den Faschismus beseitigt. Die Revisionisten sind diejenigen, die am härtesten den Widerstand gegen den faschistischen Terror organisierten.

Zum Sturz des Faschismus, zur Sicherung ihrer Macht, die sie seitdem ausüben, benötigen sie aber die Arbeiterklasse und das Volk. So haben sie immer dann an die Arbeiterklasse und das Volk appelliert, wenn akute Gefahr drohte. So haben sie selbst die Arbeiterklasse bewaffnet, als Spinola mit einer Handvoll Reaktionäre zweimal einen Putschversuch unternahm. Seine Versuche scheiterten gerade, weil das Volk einhellig gegen ihn stand und die Mittel besaß, gegen diese Versuche der Reaktion die Errungenschaften der portugiesischen Revolution zu verteidigen. Jedoch jedesmal, wenn die Gefahr vorüber schien, haben die Offiziere zusammen mit den Revisionisten die Waffen wieder eingesammelt.

Während sie gegenüber der Reaktion auf das Volk und besonders auf die Arbeiter bauen können, haben sie andererseits nicht davor zurückgeschreckt, selber gegen die Arbeiterklasse und das Volk vorzugehen, wenn die Arbeiterklasse und das Volk die Revolution selbständig weitertreiben wollten.

So war das, als im Sommer letzten Jahres immer neue Streiks entstanden und die Arbeiter in vielen Betrieben so weit gingen, die Betriebe zu besetzen und die Besitzer davonzujagen. Die Offiziere haben damals im Bündnis mit der Regierung ein Gesetz verfügt, das ihnen die Möglichkeit gab, Streiks auszusetzen und zu verbieten. Das war ein Schritt, der sich ganz klar gegen die Kampfmöglichkeiten der Arbeiter richtete. Ein zweiter solcher Schritt erfolgte jetzt, knapp drei Wochen nach dem letzten Putschversuch der Reaktion, der nur mit Unterstützung der Arbeiterklasse und des Volkes zunichte gemacht werden konnte: Der Offiziersrat verbot die "Bewegung für den Wiederaufbau der Partei des Proletariats" (MRPP). Dabei handelt es sich um eine Organisation, die sich auf den Marxismus-Leninismus und die Maotsetung-Ideen in ihrer Politik bezieht. Verboten wurde also nicht nur eine Organisation. Das Verbot ist vielmehr so auszulegen, daß überhaupt jeder auf dieser Grundlage verfolgt werden kann und soll, der das revolutionäre Programm der Arbeiterklasse vertritt und propagiert.

Eine solche Maßnahme schadet der portugiesischen Revolution, denn die Einschränkung der Demokratie in solcher Weise behindert die Arbeiterklasse, ihre und des Volkes revolutionäre Kraft zu entfalten.

Die Zersetzung der Armee wird sich beschleunigen

An diesem Beispiel sieht man schon, wie schädlich es ist, wenn die Offiziere darüber bestimmen können, wer an der Politik beteiligt wird und wer nicht. Wenn die Arbeiterklasse und das Volk sich als selbständige Kraft gegenüber dem Offiziersrat und der Regierung organisieren und verhalten, wird mit solcher Bevormundung schnell ein Ende sein. Die Offiziersbewegung und die ganze Armee wird sich dann entscheiden müssen, auf welcher Seite im Klassenkampf sie stehen.

Ohne die breiten Volksmassen aber kann der Offiziersrat sich nicht gegen die Angriffe der Reaktion und die Interventionsdrohungen der Imperialisten halten. Ohne die Mobilisierung der Werktätigen wird auch keine Landreform gegen die Grundbesitzer durchzusetzen sein.

Eine Politik, die sich aber auf die Arbeiterklasse und das Volk beziehen muß, die beansprucht, die Revolution in Portugal weiterzutreiben, wird damit zugleich den Zersetzungsprozeß in der Offiziersbewegung und der Armee weiter befördern. Bekannt geworden ist z. B. eine rechte Abspaltung von 750 Offizieren und Unteroffizieren, die sich als "Demokratische Bewegung der Streitkräfte" (MDFA) gegenüber der MFA konstituiert haben. Die MDFA erklärt in ihrem Manifest, daß sie gegen die Kommunistische Partei und die Regierung sei und für eine Demokratie nach westlichem Muster kämpfen wolle.

Das ist für die Revolution selber nur günstig, denn "es ist eine evidente Tatsache, daß die Desorganisation der Armeen und die gänzliche Lösung der Disziplin sowohl Bedingung wie Resultat jeder bisher siegreichen Revolution war". Diese Lehre, die Friedrich Engels bereits 1851 aus der Geschichte zog, wird sich auch an Portugal bewahrheiten. Unter dem Druck der Reaktion und der Supermächte von der einen Seite und unter der Notwendigkeit, sich auf das Volk in der Politik beziehen zu müssen, wird sich die Zersetzung der portugiesischen Armee beschleunigen. Der größte Teil der Soldaten steht bereits an der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes. Das zeigen die Soldatenkomitees, die immer mehr zunehmen (Le Monde, 29.3.75). Das haben die Vorgänge in den letzten Monaten gezeigt. Dieser Teil wird sich weiter vergrößern und aufhören, die Arbeiterklasse und das Volk zu bevormunden.

–g.j.–

Schweden:

10 000 Holzfäller streiken

6 000 Waldarbeiter streiken, weitere 4 000 Holzfäller schließen sich in diesen Tagen dem Streik an. Sie fordern einen monatlichen Mindestlohn von 4 000 Kronen und eine tägliche Zulage von 25 Kronen. Mit dem Holzfällen im Akkord wollen sie Schluß machen. Wie gemeldet wird, ist dieser Streik der schwerste in Schweden seit Kriegsende.

Lusaka: Schwerer Schlag gegen das Volk von Zimbabwe

Fast die gesamte Führung der ZANU verhaftet

Etwa 100 ZANU–Mitglieder wurden festgenommen / Viele sind noch in Haft / Verbot der ZANU

Zahlreiche Führer, Militärkommandeure und Vertreter im Ausland der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) reisten letzte Woche nach der sambischen Hauptstadt Lusaka, um an der Trauerfeier für den ermordeten Nationalen Vorsitzenden der ZANU, Herbert Chitepo, teilzunehmen. Die sambischen Streitkräfte nahmen diesen Anlaß zur Gelegenheit, fast die gesamte Führung der ZANU mit vorgehaltenem Gewehr festzunehmen.

Etwa hundert ZANU-Mitglieder wurden festgenommen, von denen viele noch in Haft sitzen. Die ZANU wurde gleichzeitig in Sambia verboten und das Büro in Lusaka und die Ausbildungs- und Flüchtlingslager an der Grenze zu Zimbabwe von der sambischen Armee besetzt. Die Aktion, die den Berichten nach mit Südafrika und dem rhodesischen Siedlerregime abgestimmt gewesen sein soll, wurde von der sambischen Regierung so begründet:

Die ZANU solle den bewaffneten Kampf in Zimbabwe nicht weiterführen, sondern sich an den "friedlichen" Aktivitäten des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) beteiligen.

Dieser Anschlag der sambischen Behörden bedeutet einen schweren Schlag gegen die ZANU und den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Ein bedeutender Teil des militärischen Nachschubs für die in Zimbabwe kämpfenden Kräfte der ZANU und der materiellen Unterstützung für die in den Operationsgebieten lebende Bevölkerung wurde bisher von Sambia aus koordiniert und transportiert. Alle ZANU-Einrichtungen in Sambia sind jetzt besetzt, die ZANU-Kämpfer entwaffnet und der Nachschub gesperrt.

Bis es der ZANU gelungen ist, neue Basen zu finden und von dort aus den Kampf zu organisieren, werden die Kämpfer und die Bevölkerung in den Operationsgebieten in eine große Notlage geraten sein.

Der Präsident von Sambia – in einer Front mit den Imperialisten gegen die ZANU

Dieser Angriff der sambischen Behörden ist ein erneuter Versuch, die ZANU als die Bewegung, die in Zimbabwe den Befreiungskampf am konsequentesten führt, zu zerschlagen. Macht der sambische Präsident, Kaunda, gemeinsame Sache mit den Kolonialistenregimes von Rhodesien und Südafrika gegen das Volk von Zimbabwe?

Kaunda, der sich in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und auf anderen Welttribünen gerne als der kämpferische Gegner der weißen Rassisten im südlichen Afrika und Verteidiger der Interessen der afrikanischen Völker darstellt, ist offenbar bereit, sich selbst den Machenschaften derselben rassistischen Machthaber anzuschließen und dem um seine Freiheit kämpfenden afrikanischen Volk von Zimbabwe in den Rücken fallen, wenn es den Befreiungskampf mit revolutionären Mitteln führt.

Die ersten Versuche, Druck auszuüben.

Die Lusaka-Verhandlungen fanden im Dezember 1974 zwischen den Befreiungsbewegungen auf Kaundas Initiative nach Absprache mit der südafrikanischen Regierung statt. Auf den Verhandlungen drängte Kaunda auf den vollständigen Zusammenschluß aller Befreiungsbewegungen in dem ANC, der dann möglichst **bald und ohne Bedingungen** Verhandlungen mit dem Smith-Regime aufnehmen sollte. Nur durch die richtige und konsequente Politik der ZANU bei diesen Verhandlungen der Befreiungsorganisationen von Zimbabwe ist es gelungen, die Einheitsfront aller Bewegungen zu bilden auf der Grundlage der Forderung nach Übergabe der Regierung an die Mehrheit und der Anerkennung der Notwendigkeit des bewaffneten Befreiungskampfes bis zur vollständigen Unabhängigkeit.

Eben weil die ZANU den bewaffneten Kampf entschlossen fortsetzt, unternehmen jetzt die Kolonialisten und Imperialisten alle Versuche, die ZANU als führende Kraft im Befreiungskampf auszuschalten. Die jüngsten Beispiele sind die erneute Verhaftung des ZANU-Präsidenten Sithole und die Ermordung des Nationalen Vorsitzenden Chitepo. Aber eben weil das Volk von Zimbabwe keinen Kompromiß mit dem Smith-Regime sucht, werden die ZANU und das ganze Volk von Zimbabwe bis zum endgültigen Sieg über das Kolonialregime und für die Errichtung der Volksmacht in Zimbabwe weiterkämpfen.

Geheimprozeß gegen den ZANU-Präsidenten Sithole

Am 24.März begann der Geheimprozeß gegen den ZANU-Präsidenten Sithole, der am 4.März von dem Siedlerregime erneut verhaftet worden war, weil er angeblich die Ermordung anderer afrikanischer Führer im ANC geplant habe. Daß es sich dabei um den Versuch der Spaltung der Widerstandsorganisationen handelte, zeigte sich, als diese Anklage schon am ersten Tag fallen gelassen werden mußte. Stattdessen wurde Sithole jetzt beschuldigt, einen mit der Smith-Regierung angeblich vereinbarten Waffenstillstand gebrochen zu haben. Dabei konnte jedoch kein Vertragsdokument, sondern nur eine Erklärung Smiths vorgewiesen werden. Diese besagte, daß Vorster von Südafrika ihm zugesagt habe, die Guerillatätigkeiten würden eingestellt werden, wenn Smith die Führer von ZANU und ZAPU freiläßt. Außerdem hat auch das Smith-Regime nie einen Waffenstillstand hergestellt, sondern auf Flugblättern gefordert, daß die ZANLA-Streitkräfte sich ergeben.

Kein Waffenstillstand

Einem Waffenstillstand aber hat die ZANU niemals zugestimmt. Sie ist allerdings bereit, einen Waffenstillstand zu vereinbaren, wenn das Smith-Regime abtritt und die Regierungsgewalt an die Mehrheit übergibt.

Einziger Zeuge des Regimes war der Chef der rhodesischen Sicherheitspolizei! Das Urteil wird erst später ausgesprochen.

Die Aktionen des Smith-Regimes gegen Sithole und Chitepo waren Schläge ins Wasser.

Die Führung des ANC hat sich mit Sithole solidarisch erklärt, und die Aufnahme von Verfassungsverhandlungen mit dem Smith-Regime von Sitholes Freilassung abhängig gemacht. In dem Prozeß sah sich das Regime daher gezwungen, den eigentlichen Grund der Verhaftung, nämlich den entschlossenen Standpunkt der ZANU in der Weiterführung des bewaffneten Kampfes, offenzulegen. Genauso wird sich auch die jetzt erfolgte Verhaftung der Führung der ZANU in Sambia als ein Schlag ins Wasser erweisen.

–H.B.–

Rex Chiwara berichtet:

Augenzeugenbericht des Repräsentanten der ZANU in Westeuropa

Was jetzt passiert ist, muß im Zusammenhang mit der erneuten Verhaftung unseres Präsidenten Sithole in Salisburg und der darauf folgenden Ermordung des Genossen Chitepo gesehen werden.

Wir waren alle bei den Trauerfeierlichkeiten unseres Führers Chitepo versammelt, als am Sonntag, dem 23. März, etwa Viertel nach sieben abends unser Hauptquartier in Lusaka, in dem wir uns befanden, von zambischem Militär umstellt wurde. Wir mußten herauskommen und wurden in Armeelastwagen abtransportiert. Etwa 100 Männer und 50 Frauen unserer Frauenabteilung befanden sich zu der Zeit im Hauptquartier, das auch Chitepos Haus war. Sie nahmen aber nur die Männer zum Polizeihauptquartier mit.

Unter den Festgenommenen befinden sich die Mitglieder des "Dare" (oberster Delegiertenrat der ZANU) und unsere Führung außerhalb Zimbabwes: die Genossen Muzi, Gumbo, Kangai. Nur der Verantwortliche für die Verteidigung, Genosse Tongogara, war nicht dabei. Von den Vertretern der ZANU im Ausland waren außer mir auch die in Tansania und Ägypten dabei. Nur der Vertreter in Schweden, der später kam, entging der Verhaftung. Morgens etwa um halb drei wurden dann unsere Führer Muzi, Gumbo und Kangai weggebracht, wohin, wissen wir bis heute nicht. Um vier Uhr wurden wir in Gruppen zur Personenfeststellung gebracht, wobei wir vorbereitete Formulare ausfüllen mußten. Als wir die Papiere im Zusammenhang mit der Festnahme unterschrieben hatten, sagte man uns, daß wir vorläufig 28 Tage festgehalten werden sollen, ob diese Frist verlängert würde, würde dann entschieden werden. Den Grund der Festnahme erfuhren wir nicht.

Bei mir war es insofern anders, als die Genossen mich aufgefordert hatten, zu versuchen, mich der Einkerkerung zu entziehen. Dazu gab ich mich als Vertreter einer Studentenorganisation in Großbritannien aus, die mich zur Teilnahme am Begräbnis Chitepos geschickt habe. Darauf wurde ich von sechs Sicherheitsoffizieren der zambischen Regierung verhört. Sie wollten herausbekommen, wie stark die Studentenorganisation ist, wie sie arbeitet und welche Beziehungen zur ZANU-Führung bestehen.

Darauf wurde ich zwar freigelassen, sollte mich aber jederzeit zur Verfügung der Polizei halten und durfte nicht ausreisen. Ich machte mich dann sofort daran, herauszufinden, wer von unserer Organisation noch in Freiheit war. Die Führer der ZANLA (die bewaffneten Freiheitskämpfer) waren auch beim Begräbnis. Sie waren danach aber wieder untergetaucht; einige waren wieder in die Lager in Mozambique zurückgekehrt. Einige waren jedoch zu den Durchgangslagern in Zambia gegangen, hatten eine kurze Besprechung durchgeführt und sich dann abgesetzt. Die Regierung von Zambia nahm nicht nur uns fest, sie durchsuchte Häuser von Genossen und besetzte auch diese Durchgangslager. Wir unterhalten in Zambia drei, eines mit über 500 Menschen.

Dann kam der heftigste Schlag: Die Regierung von Zambia verbot uns, weiterhin von ihrem Gebiet aus zu operieren.

Diese Aktion ist Teil eines systematischen Plans zur Ausschaltung der ZANU. Dabei gab die zambische Regierung in der britischen Presse offen zu, daß sie vor ihrem Anschlag Schmith und Vorster konsultierte und sich mit ihnen absprach.

Die Imperialisten und Kolonialisten haben die ungeheure Unterstützung gesehen, die die ZANU in Zimbabwe hat, und erkannt, daß sie dabei ist, die Macht im Land zu übernehmen. Deshalb versuchen sie nun Schritt für Schritt die Führer und die Organisation auszuschalten.

Das Wichtigste ist für uns jetzt, Mittel zu sammeln, um unsere Leute in die Lage zu versetzen, weiterzuarbeiten, wo die Regierung von Zambia sie nicht erreichen kann, sie mit Nahrung zu versorgen und sie in die Lage zu versetzen, den bewaffneten Kampf fortzusetzen.

Dabei ist ein besonderes Problem, daß alle Bankkonten in Zambia von der Regierung beschlagnahmt wurden oder die Kontoinhaber gefangengehalten werden. Wir müssen jedoch die Menschen in den Lagern versorgen, ihnen Geld für die Ernährung beschaffen, wofür wir jetzt nur eine kurze Übergangslösung finden konnten.

> Vom KBW wurden die restlichen 61 575,21M aus der Landrover-Sammlung, für die noch keine Objekte beschafft wurden, an die ZANU überwiesen.
>
> Wir fordern auf, durch Spenden auf **ZANU-Spendenkonto**
>
> **10 68 326**
>
> Volksbank Mannheim
>
> die ZANU weiterhin zu unterstützen



Trotz Einreiseverbot: Erfolgreiche Kambodscha-Veranstaltungen

Das Einreiseverbot der Bundesregierung für den Vertreter des kambodschanischen Volkes Chau Teary konnte die erfolgreiche Durchführung der Solidaritätsveranstaltungen nicht verhindern. In Frankfurt brachten 600, in Bremen 750 und in Heidelberg 800 Menschen ihre kämpferische Solidarität mit dem kambodschanischen Volk zum Ausdruck. 8 000 DM konnten gesammelt werden. An allen Orten verpflichteten sich die Teilnehmer, mindestens weitere 10 000 DM zusammenzubringen.

Auszug aus der Rede von Chau Teary

Auf den Solidaritätsveranstaltungen wurde jeweils von den Indochina-Komitees die Rede der Vertreter des kambodschanischen Volkes vorgetragen. Dabei wurden Diapositive aus Kambodscha gezeigt, die gut den Befreiungskampf in Kambodscha illustrierten. Die Rede hatte vier Abschnitte: 1. Fünf Jahre Aggression der US-Imperialisten und fünf Jahre Siege der Einheitsfront FUNK und der Volksbefreiungsstreitkräfte; 2. Aufbau und Entwicklung in den befreiten Gebieten; 3. Die Ford-Kissinger-Regierung beharrt darauf, ihre Einmischung in Kambodscha fortzusetzen; 4. Das Ende der amerikanischen Einmischung bedeutet für Kambodscha den wahren Frieden. – Wir drucken im folgenden den 2.Abschnitt der Rede ab:

Aufbau und Entwicklung in den befreiten Gebieten

In fünf Jahren sind diese großen befreiten Gebiete, die sich über 97 % des nationalen Territoriums erstrecken, unter Führung der Einheitsfront FUNK zu einem rechtmäßigen demokratischen, blühenden und gesunden Staat geworden. Heute läßt sich die FUNK mit einem kraftvollen Baum vergleichen, der gut gegossen, fest verwurzelt und gut geschützt ist, und unter dem ein immer größerer Teil der Bevölkerung Zuflucht sucht.

Dieser Staat ist organisiert, strukturiert und ausgestattet mit allen Machtbefugnissen auf allen Ebenen, ausgehend von den Dörfern bis zur nationalen Ebene. Er wird repräsentiert von der Einheitsfront FUNK mit Samdech Norodom Sihanouk, dem Staatsoberhaupt, als Präsidenten, und von der Regierung GRUNK mit Samdech Penn Nouth als Premierminister und Khieu Samphan als stellvertretendem Premierminister; diese repräsentieren den einheitlichen Willen der 6 Millionen Bewohner der befreiten Gebiete.

Die Nationalversammlung der FUNK tritt zusammen, um Entscheidungen von nationaler Bedeutung zu treffen. Die erste Nationalversammlung fand vom 19. bis 21.Juli 1973 statt, zu einer Zeit, wo sich die militärische, politische und wirtschaftliche Situation beträchtlich zugunsten des nationalen Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes verändert hat.

Beharrlich und ausdauernd werden die befreiten Gebiete aufgebaut. Kultur und Volkskünste entwickeln sich lebhaft. Das Gesundheitswesen entwickelt sich von Jahr zu Jahr.

Die Viehzucht und die landwirtschaftliche Produktion, vor allem die Reisproduktion mit zwei Ernten im Jahr, sind um 100 bis 220 % gesteigert worden. Dies war möglich durch den Aufbau von Gruppen für gegenseitige Hilfe, die Entwicklung der Saatzucht und die Bewältigung des Bewässerungsproblems. Baumwollanbau und Seidenraupenzucht sind in vollem Aufschwung. Die Kautschukproduktion ist gestiegen, vor allem seit der Verstaatlichung der Plantagen im Juli 1974.

Die Fabriken und die Handwerksbetriebe (Spinnereien, Herstellung von Tuch, Papier, Zucker, Tabak usw.) entwickeln sich rasch. Kurz: die befreiten Gebiete können nicht nur ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen, sondern darüberhinaus die der Kämpfer an der Front und die von Hunderttausenden von Flüchtlingen, die aus den Gebieten des Feindes kommen. Zusätzlich haben sie sogar einen wichtigen Überschuß für die Ausfuhr erwirtschaftet, so z. B. bei Reis, Kautschuk und Vieh. Auf finanzieller Ebene hat der Riel von Phnom Penh keinen Wert mehr seit dem 26.Februar 1975, dem Tag der Erklärung der zweiten Nationalversammlung. Ein neuer, von der GRUNK herausgegebener Riel ist nach und nach in Umlauf gebracht worden, so wie die konkreten Bedingungen es erforderten.

Auf diese Weise sind neue Möglichkeiten für die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung im Dienste des Volkes und des nationalen Befreiungskampfes geschaffen worden. Gemäß der Erklärung vom 23.März 1970 von Samdech Norodom Sihanouk, dem Staatspräsidenten und Präsidenten der FUNK, und gemäß dem politischen Programm der FUNK, ist unser Volk auf dem Wege, ein wirklich unabhängiges, souveränes, friedliches, neutrales, blockfreies, demokratisches und gesundes Kambodscha aufzubauen.

Die Befreiungsstreitkräfte stellen darin einen mächtigen Schutzwall und eine sichere Garantie dar. Denn sie setzen siegreich den Kampf für die nationale Befreiung fort. Die Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und der Blockfreiheit hat nicht nur den Staatsstreich vom 18.März 1970 und die Aggressionen der amerikanischen Imperialisten überlebt, sie hat sich in diesen fünf Jahren des beharrlichen Kampfes gefestigt. Außerdem sind die Beziehungen von Kambodscha zu einer großen Zahl blockfreier Länder viel breiter und militanter geworden. Die Beteiligung Kambodschas am gemeinsamen Kampf wird immer aktiver, in einer Zeit, in der die Bedrohung durch Imperialisten, Kolonialisten, Neokolonialisten, Rassisten und Zionisten auf allen blockfreien Ländern und den Ländern der Dritten Welt immer schwerer lastet. Die amerikanischen Imperialisten versuchen seit Beginn der Bewegung der Blockfreiheit, Kambodscha mit allen Mitteln von dieser Politik abzubringen. Die FUNK und die GRUNK werden jedoch immer fest und standhaft eine Politik der Blockfreiheit verfolgen, die entschieden gegen Unterdrücker und Aggressoren auftritt und sich solidarisch mit den Unterdrückten und Angegriffenen erklärt.

Dies ist eine grundlegende und strategische Position, keinesfalls eine Taktik, die aus den momentanen Bedingungen herrührt. Sie entspricht gleichermaßen den historischen und geographischen Bedingungen von Kambodscha, als auch den Gepflogenheiten seines Volkes.

Resolution

Angenommen auf der Kambodscha-Solidaritätsveransta tung in Heidelberg (Auszug)

Allein die US-Imperialisten sind für die Fortsetzung des Krieges verantwortlich. Sie wollen in sogenannten Friedensverhandlungen einen Kompromiß durchsetzen, um ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes fortsetzen zu können. Zumindest wollen sie noch demonstrieren, welche Opfer ein Volk bringen muß, wenn es sich von der US-Herrschaft befreien will. Dadurch wollen sie das großartige Beispiel beeinträchtigen, das der Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes allen um ihre Freiheit kämpfenden Völkern liefert. Demgegenüber beweist das kambodschanische Volk unter Führung der FUNK und der GRUNK täglich erneut seine Bereitschaft, kompromißlos und ohne Verhandlungen für den endgültigen Sieg, für die vollständige Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu kämpfen. Es wird keinen Kompromiß geben im Kampf für ein neues, unabhängiges und freies Kambodscha, wie es bereits in den befreiten Gebieten Kambodschas Wirklichkeit geworden ist.

Diesem aufopfernden Volk gilt gerade jetzt unsere volle Sympathie und Unterstützung.

Insbesondere wenden sich die Anwesenden gegen alle Versuche der Bundesregierung, die Propagierung der gerechten Ziele des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes und dessen Unterstützung in Westdeutschland zu unterdrücken.

Sofortige Beendigung jeglicher US-Einmischung in Kambodscha!

Anerkennung der rechtmäßigen kambodschanischen Regierung, GRUNK, durch die Bundesregierung!

Weg mit den Einreiseverboten!

Weg mit den Sammlungsverboten!

Es lebe die deutsch-kambodschanische Freundschaft!"

Meldungen

Die Bourgeoisie rettet sich

Schon immer hat das Saigoner Regime und seine Handlanger am Krieg und am Elend der Bevölkerung in Südvietnam verdient.

So haben die Agenten Thieus über eine Million Menschen in Da Nang zusammengetrieben, um sie "vor dem Kommunismus zu retten" – tatsächlich aber scheren sie die Menschen einen Dreck, ihnen geht es um die letzte Möglichkeit, noch einmal ein
letzte Möglichkeit, noch einmal ein
gutes Geschäft zu machen.

So berichtete die französische Zeitung 'Le Monde' vom 28.3.75, daß jeder, der mit dem Flugzeug ausgeflogen werden wollte, 200 000 Piaster (= 286 Dollar) zahlen mußte. Für den Schiffstransport sogar 1 Million Piaster (= 1 400 Dollar). Damit ist klar, daß sich diesen "Luxus" nur eine kleine Minderheit leisten kann, die auch Grund hat, sich so schnell wie möglich aus dem Staube zu machen. Ein Lehrer z. B. verdient nicht mehr als 6 000 Piaster im Monat.

Amis raus aus Thailand

Die thailändische Regierung hat die US-Regierung aufgefordert, ihre in Thailand stationierten Truppen und Luftwaffeneinheiten vollständig abzuziehen. Sie will keine weiteren Waffentransporte nach Phnom Penh zulassen. Ein amerikanisches Verlangen nach einer einjährigen Frist für den Truppenabzug hat die thailändische Regierung abgeschlagen.

Saigon: Evakuierung des US-Botschaftspersonals

Die Botschaft der USA in Saigon hat mit der Evakuierung von Botschaftspersonal begonnen. Diese Evakuierungen wurden als vorbeugende Maßnahme bezeichnet, da in Saigon mit der Möglichkeit von Unruhen und antiamerikanischen Aktionen gerechnet wird.

Die angekündigte Fortsetzung der Zusammenstellung der völkermordenden Waffen, die US-Imperialisten in Südvietnam eingesetzt haben, muß leider verschoben werden aus Platzmangel.
Red.

Große Erfolge des Befreiungskampfes in Südvietnam

Das vietnamesische Volk befreit die Städte / Thieu – Armee flieht / Zwangsevakuierung der Bevölkerung wird verhindert

Die militärischen Positionen des Thieu-Regimes in Südvietnam geraten unter den Schlägen der Befreiungsstreitkräfte und der Volksaufstände in den Städten immer stärker ins Wanken. Im Norden des Landes sind sie inzwischen ganz und gar zusammengebrochen.

Nach dem fluchtartigen Rückzug der Thieu-Truppen aus Kontum und Pleiku, wo sie Waffen im Wert von 300 Millionen Dollar zurückgelassen haben (Süddeutsche Zeitung, 1.4.75), nach der Befreiung Hues, wo die Befreiungsstreitkräfte 250 Geschütze und 60 Panzer erbeuten konnten (Westfälische Rundschau, Ostern 1975), weht die Fahne der Provisorischen Revolutionären Regierung jetzt auch über Da Nang, der zweitgrößten Stadt des Landes. Nach einer Meldung der "New York Times" ist dabei amerikanisches Kriegsmaterial im Wert von 1 Milliarde Dollar in die Hände der Befreiungsfront gefallen (Frankfurter Rundschau, 1.4.75). 4 Elitedivisionen des Thieu-Regimes sind "im Strudel der Operationen ... vernichtet", drei weitere "sind in den nördlichen Provinzen schwer getroffen worden. Da Nang fiel ohne Gegenwehr." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.4.75) Über die Befreiung Qui Nhons, der drittgrößten Stadt Südvietnams, 180 km südlich von Da Nang, berichtete der 'Süddeutsche Rundfunk' am Nachmittag des 1.4.75, es sei dabei zugegangen wie beim Fall Da Nangs: 'Aufruhr' im Innern der Stadt, Lähmung und Zerfall der Thieu-Truppen, so daß die Befreiungsstreitkräfte einrücken konnten, ohne dabei noch auf Widerstand zu stoßen.

Keine nordvietnamesische Offensive ...

Unter dem Schleier einer lügnerischen Berichterstattung zeichnet sich allmählich ab, was gegenwärtig in Südvietnam sich tatsächlich abspielt. Keineswegs eine militärische Großoffensive Nordvietnams. Die 'Neue Züricher Zeitung' schreibt am 29.3.: "Das Gros der nordvietnamesischen Verbände steht inzwischen noch immer nicht in wirklicher Kampfberührung mit der sich absetzenden südvietnamesischen Armee. Größere Schlachten und eine Großoffensive sind noch nicht im Gange." Trotzdem aber fällt eine vom Thieu-Regime gehaltene Stadt nach der anderen.

..., sondern Volksaufstände und Zersetzung der Marionettentruppen.

Inzwischen ist zugegeben, daß Ban Me-Thuot befreit worden ist durch den Aufstand der Montagnards, der Bergstämme gegen das Thieu-Regime. Das Gleiche gilt für Kontum und Pleiku, von wo die demoralisierten Thieu-Truppen Hals über Kopf flüchteten. Kampflos gefallen ist ebenfalls Hue, wo eine Elitedivision stationiert war. Und über den Fall von Da Nang meinte der rechte südvietnamesische Abgeordnte Ly Qui Chung: "Da Nang fiel, weil Führung, Ordnung und Moral völlig zusammengebrochen waren. ... Die Regierung hatte mindestens fünf Divisionen in der Stadt und konnte sie trotzdem nicht halten." (Süddeutsche Zeitung, 1.4.75) Ein anderer meinte, "zur Eroberung Da Nangs hätte wohl ein einziges kommunistisches Regiment ausgereicht" (Mannheimer Morgen, 1.4.75). Kampflos kann aber ein einziges Regiment gegen 5 Divisionen nur siegen, wenn es sich auf eine Volkserhebung stützen kann und die fünf Divisionen geschlagen und demoralisiert sind. Tatsächlich hatten auch die revolutionären Volkskomitee in der Stadt Da Nang und in der Provinz die Stunde der Befreiung ausgerufen.

Der Korrespondent der 'Neuen Züricher Zeitung' berichtete schon am 27.März aus Saigon, daß südlich Hues "einige völlig umzingelte Einheiten" auf den Aufruf der Provisorischen Revolutionären Regierung hin die Waffen gestreckt und sich ergeben hätten.

Wovor flüchten die Vietnamesen?

Je näher der Sieg des vietnamesischen Volkes über das Thieu-Regime rückt, umso massiver versuchen bürgerliche Presse, Radio und Fernsehen den Sieg des Volkes als grenzenloses Elend darzustellen, das die Kommunisten erzeugt haben. Hauptmittel ist dabei die Berichterstattung über das "Flüchtlingselend", wobei behauptet wird, daß Hunderttausende sich "vor den kommunistischen Aggressoren in Sicherheit zu bringen versuchen".

Vom "panischen Entsetzen der Flüchtlinge vor den anrückenden Befreiern (Welt, 1.4.75) ist die Rede. Was sich tatsächlich abspielt, muß man verschlüsselten und verstreuten Meldungen entnehmen. Die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung', die den 'Roten' keineswegs wohlgesonnen ist, schreibt am 29.3.75: "Ein Motiv für die Massenflucht ist auch die Gefahr, die von dem 'weißen Schrecken' ausgeht. Die Armee Thieus bekämpft und bombardiert in Kampfzonen oft alles, was sich bewegt; gleichgültig, ob es sich um Freund oder Feind handelt." Die 'Süddeutsche Zeitung' vom 1.April berichtet über "die Beschießung von Bergungsflugzeugen und Geleitzügen durch in Panik geratene Soldaten". Und: "Eine Gruppe von Reportern der 'New York Times' hat Hunderte von Flüchtlingen interviewt, warum sie flüchteten. "Weil alle anderen auch gehen", war die typische Antwort der Befragten. Kein einziger, so sagten die US-Reporter, sei geflohen, weil er Angst vor den Kommunisten gehabt habe. Die meisten flohen ihren eigenen Angaben zufolge, weil sie nicht Opfer von blutigen kriegerischen Zusammenstößen werden wollten, die sie befürchteten. 'Es ist besser, Richtung Saigon zu gehen, weil die Kommunisten keine Bombardierungsflugzeuge haben', sagte einer der Flüchtlinge." (Stuttgarter Zeitung, 27.3.1975)

Zwangsevakuierung

Der Korrespondent der 'Süddeutschen Zeitung' bestätigt dieses Bild: "Er (Thieu) hat aus den geräumten Gebieten über die Hälfte der Bevölkerung für sich retten können; 'zwangsevakuiert' sagte die Opposition in Saigon. Das Muster ist aus amerikanischer Zeit bekannt: Entvölkerung des Feindgebietes, die 'Herzen und Gehirne der Menschen erobern', und sei es mit vorgehaltener Maschinenpistole."

Und in der 'Le Monde' berichtet J.Decorney: "Flieht sie (die Bevölkerung) vor den Kommunisten? Dieses Argument wurde bei jeder Offensive der Provisorischen Revolutionären Regierung von Saigon und Washington gebracht. 'Die Zivilisten entscheiden sich mit ihren Füßen', sagt man uns immer. Es scheint, daß die Bevölkerung Angst vor den Kämpfern und den Repressalien hat. Sie weiß, daß wenn die Saigoner Armee ein Gebiet aufgegeben hat, dieser Bereich zu einer 'feuerfrei Zone' wird. So greift die Luftwaffe bereits Pleiku und Kontum an." (Le Monde, 21.3.75)

Wie es bei der Vertreibung und Zwangsevakuierung der Bevölkerung zugeht, beweist der folgende Bericht des Franzosen M.Henri Louyrette, Direktor einer Teeplantage 20 km südöstlich von Pleiku über seine Flucht.

"Vorneweg fuhren Panzerwagen und die Bulldozer, und der Konvoi benutzte eine Straße, die seit mehr als 20 Jahren gemieden wurde. Alle Lastwagen, die eine Panne hatten und die den Weg verstellten, wurden samt den Menschen auf ihnen rücksichtslos beiseitegeräumt."

"Es sind viele", fuhr M.Louyrette fort, *"die auf dieser Flucht den Tod fanden. Nicht unter den Granaten der Kommunisten, die haben wir praktisch nie gesehen, sondern weil sie von den Fahrzeugen zerquetscht wurden, die brutal von den Bulldozern umgeworfen wurden. Selbst die Verletzten wurden liegengelassen und ihre Schmerzensschreie wurden nicht beachtet."* (Le Monde 26.3.75)

Die Reichen und ihr Anhang fliehen

Freiwillig wird auf solche Fluchttrecks sich niemand so leicht begeben. Carlos Widmann in der 'Süddeutschen Zeitung' berichtet, es sei neben den Truppen "auch der Mittelstand und das städtische Kleinbürgertum, die von den Kommunisten nur harte Gängelung zu gewärtigen haben", die sich aus dem Hochland und Hue "rasch nach Süden absetzten" nach Da Nang. "Aufgabe der Truppe (in Da Nang) war es, die Stadt mindestens so lange zu halten, bis die Flüchtlinge aus dem Norden und jene Bürger Da Nangs, die vom Kommunismus Nachteile erwarten, sicher evakuiert sind. Aber die Truppen haben es nicht einmal versucht." (1.4.1975)

Politische Manöver ohne Aussicht auf Erfolg

Der Zusammenbruch eines großen Teils seiner Militärmacht hat das Thieu-Regime auch politisch weiter in Bedrängnis gebracht. Während Thieu noch davon spricht, der Rückzug seiner Truppen sei vorläufig, um zunächst den Verteidigungsgürtel einzuengen und später den Endsieg erkämpfen zu können, spekuliert ein Teil der Militärs und der rechten Opposition darauf, um die Hauptstadt Saigon und das Mekong-Delta einen verkleinerten Reststaat halten zu können: "Kein Phnom Penh, sondern ein Taiwan" wie Pater Tanh, der Führer der katholischen Oppositionspartei erklärt.

Aber auch für einen konterrevolutionären Reststaat stehen die Chancen schlecht. Unter der Frage "Ist Saigon zu verteidigen?" stellt A.Weinstein, Militärberichterstatter der 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung" der Thieu-Clique eine düstere Prognose. Und politisch gerät das Thieu-Regime immer weiter in die Isolierung.

Wer bricht das Pariser Abkommen?

Die bürgerlichen Presseorgane verbreiten gegenwärtig die Behauptung, daß die Kommunisten das Pariser Abkommen verletzt und gebrochen hätten mit der Befreiung mehrerer Städte. Tatsächlich beruft sich die unter Führung der Kommunisten stehende Provisorische Revolutionäre Regierung mit Recht auf die Forderung nach Durchführung dieses Abkommens. Wer es gebrochen hat, darüber kann man in amerikanischen Zeitungen lesen. Die 'International Herald Tribune' schrieb kürzlich, daß bereits im Augenblick des Waffenstillstandes "Thieu zur Offensive überging, um die kommunistischen Flecken auszuradieren". Die US-Zeitschrift 'Foreign Affairs' bestätigte, daß Thieu "auch die Verwirklichung der politischen Bestimmung des Abkommens blockiert" und "jede öffentliche Erwähnung der Bestimmungen des Dokuments verbot".

Die Provisorische Revolutionäre Regierung hat einen 7-Punkte-Aufruf erlassen, in dem sie den Sturz des Thieu-Regimes fordert. Und in dem sie die Bevölkerung der noch vom Thieu-Regime kontrollierten Städte, die Organisationen der 'dritten politischen Kraft' und alle, denen das Schicksal der Heimat am Herzen liegt, auffordert, sich zusammenzuschließen zur Schaffung einer Verwaltung in Saigon, die wirklich nach Frieden, Demokratie und nationaler Einheit strebt und das Pariser Vietnam-Abkommen strikt einhalten würde. Mit einer solchen Regierung erklärt die Provisorische Revolutionäre Regierung ihre Verhandlungsbereitschaft.

Die Quelle für die Stärke der Kommunisten

Wie der genauere Verlauf der militärischen Operationen sein wird, ist gegenwärtig nicht zu sagen, wo von Stunde zu Stunde neue Meldungen über befreite Städte und Stützpunkte eintreffen. Es ist auch nicht zu sagen, wie rasch das Marionettenregime in Saigon endgültig zusammenbricht.

Daß der Sieg trotz aller erneuten Versuche amerikanischer Intervention schließlich auf Seiten des vietnamesischen Volkes liegen wird und daß es unter Führung der Kommunisten seine Befreiung erreichen wird, das ist heute nicht mehr zu verkennen.

Schon 1966 haben die USA in den geheimen Pentagon-Papieren festgehalten: "Die wichtigsten Quellen der kommunistischen Stärke im Süden sind einheimischer Natur. Ihre Kraft rührt von den sozialrevolutionären Zielen der Kommunisten und ihrer Identifikation mit der nationalen Sache her."

–W.M.–

Gebiete unter kommunistischer Kontrolle
Umstrittene Gebiete

Die links abgebildete Karte wurde am 12. Januar 1974 in der "Süddeutschen Zeitung" abgedruckt. Sie zeigt, daß damals die Befreiungsstreitkräfte das Land außerhalb der großen Städte und der Verbindungsstraßen weitgehend beherrschten. Die rechts abgebildete Karte stammt aus "Le Monde" vom 28. März 1975, vor der Befreiung Da Nangs. Sie zeigt die Provinzen, deren Hauptstädte bis dahin befreit waren, schraffiert. Inzwischen ist der Fall von Qui Nhon, Tuy Hoa und Nha Trang bekannt. Die Geschwindigkeit des "Vormarsches" kann man sich leicht erklären, wenn man Karte 1 und 2 vergleicht: Die Befreiungsstreitkräfte waren schon überall. Sie brauchten nur zum Angriff anzutreten, nachdem der Aufstand in den Städten begonnen hatte.

Freilassung aller Kriegsverbrecher in der VR China

Peking. Der Ständige Ausschuß des 4.Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China beschloß auf seiner Sitzung am 17. und 18.März die Amnestie sämtlicher Kriegsverbrecher aus der Zeit vor dem Sieg der chinesischen Revolution im Jahre 1949. Dieser Akt, der auf eine Direktive des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, Mao Tsetung hin erfolgte, ist Ausdruck der Festigkeit der proletarischen Staatsmacht in China.

Bei den betreffenden Kriegsgefangenen handelt es sich um Leute, die vor der Befreiung Chinas auf der Seite der reaktionären Kuomintang-Partei unter Tschiang Kai-schek das Volk unterdrückt hatten. Die meisten von ihnen waren führende Vertreter der Konterrevolution. Insgesamt sind es 293 Gefangene, die letzten aus der Zeit des revolutionären Bürgerkrieges. Unter ihnen sind 219 Armeeoffiziere und Generäle, 21 Kuomintang- und Regierungsfunktionäre und 50 Geheimagenten der Tschiang Kai-schek-Clique und 3 weitere Kriegsverbrecher.

Tschiang Kai-schek, der oberste Kuomintang-Kriegsverbrecher und Massenmörder, mußte vor dem revolutionären Volk vom chinesischen Festland fliehen. Die Unterstützung von allen imperialistischen Ländern der Welt – voran damals die USA – konnte die totale Niederlage der Kuomintang nicht verhindern. Tschiang Kai-schek führt heute gemeinsam mit seinem Sohn und wenigen Anhängern ein faschistisches Regime auf der Insel Taiwan, die eine Provinz Chinas ist. Die Befreiung Taiwans ist nur eine Frage der Zeit. Schon lassen die imperialistischen Länder die Tschiang-Clique immer mehr im Stich, weil sie sich vor dem Unmut der Volksrepublik China fürchten. Die Freilassung von ehemaligen Kuomintang-Führern, die sich heute für die Volksrepublik China aussprechen, wird die Tscniang Kai-schek-Reaktionäre weiter in Mißkredit bringen und bedeutet dementsprechend eine Unterstützung der Kämpfe der Bevölkerung von Taiwan.

Sämtliche Freigelassene erhalten die staatsbürgerlichen Rechte. Diejenigen, die arbeitsfähig sind, werden die Möglichkeit zur Ausübung eines passenden Berufes bekommen. Die Kranken werden freie medizinische Verpflegung genießen. Diejenigen, die nicht arbeiten können, werden mit allem frei versorgt werden, was sie zu einem angenehmen Leben brauchen. Diejenigen, die in Taiwan zu leben wünschen, haben dazu die Erlaubnis und bekommen die Reisekosten erstattet. Wer von Taiwan zurückkehren möchte, wird willkommen geheißen. Jeder bekommt bei der Freilassung neue Kleider und eine für den Anfang genügende Geldmenge. Chinesische Partei- und Staatsführer werden sie empfangen. Anschließend wird für sie eine Fahrt durch China organisiert, und sie erhalten die Möglichkeit zum Studium.

Diese Leute haben in den über 25 Jahren der Gefangenschaft arbeiten müssen und haben an politischer Schulung teilgenommen. Notwendigerweise kamen sie in dieser Zeit zu der Einsicht, daß sie gegenüber dem Volk und dem Sozialismus machtlos sind. Der stellvertretende Premierminister Chinas, Hua Guofeng, sagte hierzu in seiner Rede vor dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses: *"In den Jahren haben wir eine große Zahl von Kriegsverbrechern umerzogen, indem wir der Politik des Vorsitzenden Mao folgten, Strafe mit Milde und Arbeit mit ideologischer Erziehung zu verbinden. Von den Kriegsverbrechern, die aufgrund besonderer Amnestie oder wegen der Beendigung ihrer Strafzeit freigelassen wurden, hat sich die Mehrheit gut oder ziemlich gut verhalten. Einige haben sogar nützliche Beiträge für den sozialistischen Aufbau geleistet."*

Daß in China viele Rechte und Konterrevolutionäre während ihrer Strafe umlernen, das hat nichts mit "Gehirnwäsche" zu tun, wie die Reaktionäre und die bürgerlichen Propagandisten in den Zeitungen usw. und bei entsprechenden Gelegenheiten immer sagen. Was auch immer sie unter "Gehirnwäsche" verstehen mögen – das gibt es nicht im Sozialismus. Wohl aber gibt es dies im Kapitalismus. Die Bourgeoisie will gerade mit ihren Strafen und Gefängnissen den Menschen das Rückgrat brechen und ihnen den Widerstand gegen die Bourgeoisie aus dem Gehirn waschen. Daß dies auch in Westdeutschland so ist, wurde vielen gerade in den letzten Monaten am Beispiel der Behandlung der RAF-Häftlinge klar. Der proletarische Staat hat für die Konterrevolutionäre und Reaktionäre Gefängnisse. Er schützt sie so vor den Saboteuren, unterdrückt und bestraft sie. Sie werden jedoch nicht einfach nur unterdrückt, sondern auch erzogen, indem sie im Rahmen ihrer Strafe für die Gesellschaft sinnvolle Tätigkeiten ausüben und durch das Lernen in Schulungen ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse und zum Volk ändern.

Eindrucksvoll schilderte beispielsweise der 1959 freigelassene Pu Yi, der letzte Kaiser von China, seine Entwicklung und seinen Lernprozeß in der Zeit seiner Haft als Kriegsverbrecher. Seine Politik hatte zum Tod unzähliger Menschen geführt, wie er selbst gestand. In seiner Autobiographie beschreibt er, wie er, der Kaiser und "Sohn des Himmels", sich durch die Erziehung schließlich als Mensch empfand. Erstmalig konnte er sich als Mitglied einer Gesellschaft empfinden, und erstmalig war er fähig, sich selber und ohne Dienerschaft zu waschen und seine Strümpfe zu stopfen. Für die westdeutschen reaktionären Herausgeber des Buches kann dies nur das Ergebnis einer "ganz raffinierten, psychologischen Gehirnwäsche" sein. Das ist äußerst lächerlich und lügenhaft!

Die Freilassung erfolgt zu einem Zeitpunkt, in dem die politische und wirtschaftliche Lage Chinas stabiler und sicherer denn je ist. Die Große Proletarische Kulturrevolution und die derzeitige Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius haben die Arbeitermacht in China mehr denn je gestärkt und das sozialistische Bewußtsein der Massen enorm gehoben. Unter der Führung der Kommunistischen Partei hat sich das chinesische Volk kürzlich eine Verfassung gegeben, die die errungenen Siege absichert. Die Diktatur des Proletariats ist in einem Maße gefestigt, daß Leute, die einmal große Verbrechen gegenüber dem Volk begangen haben und sich nach einer langen Zeit der Umerziehung ihrer Schuld bewußt sind, heute das Gefangenenlager verlassen und die staatsbürgerlichen Rechte erhalten können. Sie hindern die Revolution nicht mehr. Der proletarische Staat kann sie ertragen. Aber nicht nur das. Die Freilassung dieser Leute *"hat eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung der revolutionären Einheitsfront, für die Umwandlung negativer Faktoren in positive, für die Vereinigung mit jedem, mit dem die Vereinigung möglich ist, für das Vorwärtstreiben der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus und für die Förderung des patriotischen Kampfes der Massen in Taiwan gegen die Tschiang Kai-schek-Clique".* (Aus der Rede von Hua Guo-feng; dieses und obiges Zitat sind von U.K. übersetzt aus Hsinhua News Bulletin vom 19.3.75)

—Uwe Kräuter, Peking—



Der ehemalige Kuomintang - General Huang We erhält seine Amnestieurkunde

die Volksrepublik China aussprechen, gandisten in den Zeitungen usw. und
Der ehemalige Kuomintang - General Huang We erhält seine Amnestieurkunde